PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

SITZUNGSPERIODE 2011-2012 Nr. 32

Ausführlicher Bericht

8. Dezember 2011

VORSITZ: Herr F. SCHRÖDER, Präsident

SEKRETÄRIN: Frau R. STOFFELS

Die Sitzung wird um 17.03 Uhr eröffnet.

ERÖFFNUNG UND ANWESENHEITEN

HERR SCHRÖDER, Präsident: Ich eröffne die heutige Plenarsitzung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Anwesend sind Frau R. ARENS, die Herren P. ARIMONT, M. BALTER, K.-H. BRAUN, R. CHAINEUX, F. CREMER, Frau P. CREUTZ, die Herren E. DANNEMARK, L. FRANK, Frau F. FRANZEN, Herr H. KEUL, Frau L. KLINKENBERG, die Herren H.-D. LASCHET, A. MERTES, P. MEYER, Frau N. ROTHEUDT, Frau P. SCHMITZ, die Herren F. SCHRÖDER, C. SERVATY, L. SIQUET, Frau R. STOFFELS, Frau G. THIEMANN, die Herren A. VELZ und J.-L. VELZ, Herr Ministerpräsident K.-H. LAMBERTZ, die Herren Minister H. MOLLERS und O. PAASCH, Frau Ministerin I. WEYKMANS, die beratenden Mandatare Frau A. MARENNE-LOISEAU und Herr B. LUX, die Senatorin Frau C. NIESSEN sowie die Kammerabgeordnete Frau K. JADIN.

Entschuldigt ist Herr H. GROMMES.

Abwesend sind die beratenden Mandatare, die Herren D. BARTH, J. BARTH, Frau M. BONGARTZ-KAUT und Frau C. MARGREVE, die Regionalabgeordneten Frau M. DETHIER-NEUMANN und Herr E. STOFFELS sowie der Europaabgeordnete Herr M. GROSCH.

ANNEHMBARKEIT VON DEKRETVORSCHLÄGEN

HERR SCHRÖDER, Präsident: Zur Annehmbarkeit liegen vor:

1. der Dekretvorschlag zur Bekämpfung des Dopings im Sport – Dokument 92 (2011-2012) Nr. 1 –, eingereicht von den Herren Servaty, Dannemark und A. Velz. Kein Einwand? Dem ist so. Der Dekretvorschlag wird an den Ausschuss II für Kultur weitergeleitet.
2. der Resolutionsvorschlag zum Problem geschlechtsspezifischer Unterschiede im Bildungsbereich – Dokument 93 (2011-2012) Nr. 1 –, eingereicht von den Damen Creutz und Thiemann. Kein Einwand? Dem ist so. Der Resolutionsvorschlag wird an den Ausschuss III für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung weitergeleitet.

DEKRETENTWURF ZUR DRITTEN ANPASSUNG DES DEKRETS VOM 3. DEZEMBER 2009 ZUR FESTLEGUNG DES HAUSHALTSPLANS DER EINNAHMEN UND DES ALLGEMEINEN AUSGABENHAUSHALTSPLANS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2010 – DOKUMENT 5-HH2010-3. ANPASSUNG (2011-2012) NR. 2

DEKRETENTWURF ZUR ENDGÜLTIGEN ABRECHNUNG DES HAUSHALTSPLANS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2010 – DOKUMENT 6-HH2010-ENDGÜLTIGE ABRECHNUNG (2011-2012) NR. 3

DEKRETENTWURF ZUR ZWEITEN ANPASSUNG DES DEKRETS VOM 9. DEZEMBER 2010 ZUR FESTLEGUNG DES HAUSHALTSPLANS DER EINNAHMEN UND DES ALLGEMEINEN AUSGABENHAUSHALTSPLANS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2011 – DOKUMENT 5-HH2011-2. ANPASSUNG (2011-2012) NR. 3

DEKRETENTWURF ZUR FESTLEGUNG DES HAUSHALTSPLANS DER EINNAHMEN UND DES ALLGEMEINEN AUSGABENHAUSHALTSPLANS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2012 – DOKUMENT 4-HH2012-FESTLEGUNG (2011-2012) NR. 5

DISKUSSION (FORTSETZUNG) UND ABSTIMMUNG

HERR SCHRÖDER, Präsident: Wir setzen die allgemeine Diskussion über die dritte Anpassung des Einnahmen- und Ausgabenhaushalts 2010, die Abrechnung des Haushaltsplans 2010, die zweite Anpassung des Einnahmen- und Ausgabenhaushalts 2011 und die Festlegung der Haushaltspläne 2012 mit den Antworten der Regierung auf die im Rahmen der Haushaltsdiskussion aufgeworfenen allgemeinen Fragen fort. Dafür wurde eine Richtredezeit von maximal 20 Minuten pro Minister festgelegt. Ich weise darauf hin, dass für die Repliken auf die Antworten der Regierung 15 Minuten pro Fraktion festgelegt wurden. Wir beginnen mit den Antworten der Regierung. Herr Minister Mollers hat das Wort.

HERR MOLLERS, Minister: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Zwei Tage der Haushaltsdebatte haben wir bereits hinter uns; heute steht sozusagen das große Finale auf der Tagesordnung.

Die Regierung hat Ende Oktober einen umfangreichen Haushalt vorgelegt, der in einer Vielzahl von Ausschusssitzungen im Detail, Zuweisung pro Zuweisung, erläutert worden ist. Ich möchte jedem Abgeordneten, der sich gewissenhaft mit den ausführlichen Dokumenten auseinandergesetzt hat – das heißt sowohl mit den Zahlen als auch mit der über 750 Seiten starken Rechtfertigungserklärung –, meinen ehrlich gemeinten Respekt aussprechen. Es ist sicher keine leichte Aufgabe, die Fülle an Informationen zu verarbeiten, die unsere Verwaltung während Monaten zusammengestellt hat, um dem Parlament eine größtmögliche Transparenz zu bieten. Ich bin immer wieder davon beeindruckt, wie gründlich sich die meisten Mitglieder dieses Hauses mit diesen Unterlagen befassen, um ihrer Aufgabe als Kontrollinstanz der Regierung gerecht zu werden.

Politik, meine Damen und Herren, ist kein banales Geschäft! Im Gegenteil, wer wirklich dazu beitragen will, dass sich unsere Gemeinschaft weiterentwickelt, darf sich die Aufgabe nicht zu leicht machen, sondern muss sich im Detail für die Dinge interessieren. In der Demokratie begreife ich die Politik als einen Prozess der Diskussion, der Erörterung des Für und des Wider verschiedener Positionen und Meinungen; ein Prozess, der am Ende dazu führen muss, dass im größtmöglichen Konsens Lösungen oder tragfähige Kompromisse gefunden werden.

In diesem Prozess trennt sich meist relativ deutlich die Spreu vom Weizen. Das hat auch die diesjährige Haushaltsdebatte erneut gezeigt. Ich bin davon überzeugt, dass die Menschen in unserer Gemeinschaft sehr gut verstehen, wer ernsthaft bereit ist, Verantwortung zu tragen, wer dafür unangenehme, aber richtige Entscheidungen in Kauf nimmt und wer sich damit begnügt, große Töne zu spucken, auf Mode- oder Protestwellen zu reiten oder eher Nebensächliches zu großen Kriegsschauplätzen hochzustilisieren, nur um sein Profil in der öffentlichen Wahrnehmung zu schärfen.

Die Haushaltsdebatte im Dezember wird von den Fraktionen traditionell dazu genutzt, inhaltlich Position zu beziehen. Wünsche, Vorschläge, Lob und Kritik werden geäußert und Forderungen gestellt. Das ist ein wesentlicher Bestandteil der demokratischen Streitkultur und für die Regierung immer wieder sehr aufschlussreich. Ich kann Ihnen sagen, dass ich die Debatte in diesem Jahr in gewisser Weise genossen und alles in allem als angenehm empfunden habe, wenn man einmal von wenigen Ausnahmen absieht. Ich habe für meine Arbeit als Minister eine ganze Reihe von wertvollen Impulsen mitnehmen können. Das sage ich nicht nur, um die vorweihnachtliche Stimmung in diesem Hause nicht zu trüben. Ich sage das auch in dem Bewusstsein, dass sich die Debatte über den

Organisationsbereich 50 – Gesundheit, Familie und Soziales – von den Diskussionen über die anderen Bereiche wesentlich unterschieden hat.

Meine Kollegen in der Regierung kommen daher womöglich zu einer ganz anderen persönlichen Einschätzung. Da die Redner der Fraktionen vor allem inhaltliche Schwerpunkte angesprochen haben, werde ich Sie nicht mit Zahlen und Prozentsätzen langweilen, sondern mich bemühen, Ihnen Antworten auf Ihre zahlreichen Fragen und Anmerkungen zu geben.

Zu den Zahlen nur so viel: Trotz der Sparzwänge der letzten Jahre ist der Bereich Gesundheit, Familie und Soziales finanziell immer wieder deutlich aufgewertet worden. Ich denke, das zeigt sehr klar die Prioritätensetzung dieser Regierung.

Aber nun zum Inhaltlichen. Wenn ich mir die Debatte rückblickend durch den Kopf gehen lasse, dann war es eigentlich spannend zu sehen, welche Unterschiede sich zwischen den Oppositionsfraktionen abgezeichnet haben. Die Mitglieder der ECOLO-Fraktion haben ihre Anmerkungen und ihre Kritik in dem Bewusstsein formuliert, dass sie selbst als gewählte Volksvertreter Teil des demokratischen Diskussionsprozesses sind und mit genau denselben Hürden und Herausforderungen zu kämpfen hätten wie die aktuelle Mehrheit, wenn sie denn selbst Koalitionspartner wären. Dieses Bewusstsein äußert sich in einer größtenteils konstruktiven Haltung. So hat sich beispielsweise Frau Franzen am Montag bemüht, eigene Sparvorschläge zu formulieren, auch wenn Letztere tatsächlich nur einen kleinen Impakt auf das Haushaltsjahr 2012 haben würden.

Die VIVANT-Fraktion und Teile der CSP versuchen sich in ihren Stellungnahmen so darzustellen, als stünden sie außerhalb der parlamentarischen Prozesse, als könnten sie diese sozusagen als alleinige neutrale Beobachter begutachten und als seien sie die einzigen Politiker, die die Interessen der Menschen wirklich vertreten. Dabei vergessen sie, dass auch sie, hätten sie Mehrheitsverantwortung zu tragen, unter denselben Rahmenbedingungen Politik gestalten müssten wie wir alle.

Diejenigen, die einen solchen Politikstil betreiben, müssen begreifen, dass sie damit zu den eigentlichen Urhebern der so viel beklagten Politikverdrossenheit werden. Wer den Menschen vorgaukelt, die Politik könne alle Probleme der Welt lösen, tue dies jedoch aus den unterschiedlichsten Gründen nicht, der schmälert das Verständnis für die oft komplizierten, aber absolut sinnvollen Prozesse in einer Demokratie und der entzweit gewollt oder ungewollt das Volk und die gewählten Volksvertreter. Da ist es beruhigend zu wissen, dass schon so mancher beliebte Populist relativ schnell entzaubert wurde, sobald er selbst Verantwortung tragen musste.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat keinen Einfluss auf ihre Einnahmen. Sie muss unter der Voraussetzung schwankender Haushaltsmittel für eine größtmögliche Stabilität bei der Gewährleistung von Dienstleistungen zugunsten der Bürgerinnen und Bürger sorgen, und zwar so, dass soziale Unterschiede weitest gehend ausgeglichen werden. Angesichts dieser enormen Herausforderung, die eine wahre Kraftanstrengung von der Regierung und von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium verlangt, verwundert es schon, dass Herr Arimont im Grunde nur dort in seinem 6-Punkte-Programm bzw. in seiner „Mahnung", wie er es genannt hat, sparen will. Diese Kraftanstrengung soll also mit noch weniger Mitteln bewältigt werden, als das ohnehin schon der Fall ist.

Nein, Herr Arimont, die Deutschsprachige Gemeinschaft ist kein Verein für Freizeitgestaltung, sondern eine höchst professionelle Institution, von der das Wohl und Wehe von 76.000 Bürgerinnen und Bürgern in vielen Bereichen des täglichen Lebens abhängt. Und eine solche Institution kostet nun mal Geld, ob Sie das wollen oder nicht.

Ich behaupte gar nicht, dass immer alles perfekt läuft. Auch ich bin der Meinung, dass man sein Handeln immer wieder selbstkritisch auf den Prüfstand stellen muss, aber Ihre oberflächliche, Beifall heischende Forderung zeugt im Grunde nur von Ihrem Verständnis von Demokratie. Die Regierung und die Abgeordneten der Mehrheit werden sich ernsthaft

mit dem Thema Sparmaßnahmen auseinandersetzen. Dabei werden wir uns die Sache gewiss nicht so leicht machen wie Sie und verschiedene andere Mitglieder dieses Hauses.

Sehr viel tiefgründiger und fundierter fand ich die interessanten Ausführungen von Kollege Braun zur sogenannten Mackenroth-These. Soziale Solidarität in Form von Renten, Arbeitslosengeld oder Eingliederungseinkommen, um drei Beispiele zu nennen, die jedem hier ein Begriff sind, lässt sich nach dieser Theorie nur aus dem laufenden Volkseinkommen herstellen, und es ist Aufgabe des Staates, den nötigen Ausgleich zwischen Wohlhabenden und Bedürftigen zu garantieren. Bei schwankenden Einnahmen des Staates muss der Staat – und damit auch die Deutschsprachige Gemeinschaft – für größtmögliche Stabilität dieses Ausgleichs sorgen. Dies geschieht notfalls, indem wirtschaftlich schwierigere Zeiten durch Kredite, Leasingverfahren oder Sparmaßnahmen überbrückt werden.

Es lohnt sich, die Mackenroth-These genauer zu betrachten, und ich kann den Kollegen von VIVANT nur empfehlen, sich ebenfalls damit zu befassen. Vielleicht wäre das ein sinnvoller Lesetipp für „Balters Bücherecke". Übrigens, Herr Balter: Das, was Herr Braun am Montag zur Mackenroth-These ausgeführt hat, habe auch ich gemeint, als ich im Ausschuss auf Ihren Vorschlag reagiert habe, der sich mit der japanischen Pflegewährung befasste. Dieses System soll ja folgendermaßen funktionieren: Wer alten Menschen seine Zeit schenkt, soll den größten Teil seines Lohnes in der Alterspflegewährung „Fureai Kippu" ausbezahlt bekommen. Diese Währung soll dann bei anderen Ehrenamtlichen einlösbar sein, wenn man selbst einmal pflegebedürftig wird.

Ich habe Ihnen, Herr Balter, damals die Frage gestellt, wer mir denn angesichts des demografischen Wandels in unseren Breitengraden garantiert, dass ich diese Währung auch in 30, 40 oder 50 Jahren noch in Pflege oder Betreuung eintauschen kann, wenn weit weniger junge als alte Menschen zur Verfügung stehen werden. Ich habe bis heute von Ihnen keine schlüssige Antwort erhalten. Stattdessen doktern Sie weiter an Philosophien herum und werfen mit Begriffen und Konzepten um sich, die Sie selbst offenbar nicht ganz erfasst haben. Fragt man nach, dann erhält man als ausweichende Antwort lapidar, Sie wollten ja nur eine Diskussion anstoßen.

Herr Meyer hat am Dienstag den demografischen Wandel mit vielen Zahlen und Statistiken beschrieben, die allesamt richtig sind. Es freut mich, dass Sie unser Vorhaben unterstützen, ein seniorenpolitisches Gesamtkonzept zu erstellen. Im Laufe dieses Prozesses werden wir uns auch mit dem flämischen Modell der Pflegeversicherung und den thematischen Prämien auseinandersetzen. Ich darf Sie aber daran erinnern, Herr Meyer, dass bereits 2003 eine Studie der Universitäten Neu-Löwen, Lüttich und Brüssel zu dem Resultat gekommen ist, dass eine Pflegeversicherung aus Gründen der Finanzierung nur auf föderaler Ebene vorstellbar sei, u. a. aufgrund der bescheidenen Größe unseres Landes. Die Flamen haben trotzdem bereits 2001 eine verpflichtende Pflegeversicherung ins Leben gerufen. In der Tat wäre es interessant, nach zehn Jahren einmal gemeinsam mit den Flamen Bilanz zu ziehen.

So viel steht fest: Die Zuschüsse seitens der Flämischen Gemeinschaft in diese Versicherung sind in den letzten Jahren massiv angestiegen, zum einen, weil die Zahl der Pflegeempfänger gestiegen ist, zum anderen, weil die Zahl der Beitragszahler zurückgegangen ist. Und die Prognosen zur Entwicklung der flämischen Bevölkerungspyramide verheißen für die kommenden Jahrzehnte nichts Gutes. Man darf also schon jetzt davon ausgehen, dass eine Beteiligung beispielsweise unsererseits am flämischen System nur dann möglich sein wird, wenn auch genügend Geld auf den Tisch gelegt wird. Wenn ich die flämischen Gemeinschaftszuschüsse grob auf die Bevölkerungszahlen der Deutschsprachigen Gemeinschaft herunterrechne, ohne die hier wohnhaften deutschen Mitbürger zu berücksichtigen, die einer deutschen Pflegegeldkasse angeschlossen sein dürften, dann komme ich bereits auf einen Betrag in mehrfacher Millionenhöhe.

Die Frage ist, ob dieses System angesichts der hohen Kosten für eine kleine Gemeinschaft tatsächlich einen Mehrwert für unsere Bevölkerung bringt. Ich habe nicht

den Eindruck, dass unser derzeitiges Pflegesystem sozial ungerecht ist. Ich nenne nur ein Beispiel: Die Deutschsprachige Gemeinschaft bezuschusst bereits heute jede einzelne Stunde geleisteter Familien- und Seniorenhilfe mit 23 Euro. Das ist vielen Nutznießern gar nicht bewusst. Wir werden aber Ihrer Anregung folgen und der Frage nach dem flämischen Modell noch mehr im Detail nachgehen.

Sie haben Recht, Kollege Meyer: Wir müssen sicherstellen, dass unsere Seniorinnen und Senioren auf eine würdige Weise in einer angepassten Umgebung altern können. Wir brauchen auch im Alter soziale Gerechtigkeit. Wir müssen aber auch dafür sorgen, dass das Potenzial, das die Generation 60+ für unsere Gesellschaft birgt, nicht ungenutzt verpufft. Ich denke da an Beschäftigungsmöglichkeiten und an den Austausch zwischen den Generationen. Frau Klinkenberg hat das sehr eindrucksvoll geschildert und auch der Beirat für Familien- und Generationenfragen hat die Bedeutung dieser Themenfelder erkannt. Die Ergebnisse seines Bürgerforums, das vor einigen Wochen stattgefunden hat, werden in das seniorenpolitische Gesamtkonzept einfließen, das kann ich garantieren. Ich kann aber nicht garantieren, dass Frau Klinkenberg ihren netten jungen Pfleger erhält.

Frau Franzen, die in diesem Zusammenhang zu Recht auf das hohe Alter des Seniorenpfleger-Anwärters Luc Frank in 50 Jahren hinwies, wollte wissen, ob die Regierung plane, im Rahmen der wallonischen Initiative *résidences-services sociales* aktiv zu werden bzw. dafür Sorge zu tragen, dass dieses Konzept auch Seniorinnen und Senioren in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zugänglich gemacht wird. In der Tat sind etwas mehr als 26 % der Mieter des öffentlichen Wohnungsbaus in der Deutschsprachigen Gemeinschaft über 60 Jahre alt, und die Zahl dürfte in den kommenden Jahren noch ansteigen. Mit Sicherheit wäre für einige von ihnen das Betreute Wohnen sinnvoll und interessant; dieses ist aber aufgrund ihrer Einkommens- oder Vermögenssituation unerschwinglich. Außerdem werden in gewissen Fällen von diesen Personen Wohnungen belegt, die räumlich und von der Ausstattung her nicht mehr ihren Bedürfnissen gerecht werden und in denen jüngere Familien viel besser untergebracht wären.

Da die Zuständigkeit für den Wohnungsbau immer noch bei der Wallonischen Region liegt, die Deutschsprachige Gemeinschaft jedoch für die Seniorenpolitik verantwortlich ist, haben mein wallonischer Amtskollege Nollet und ich dieses Thema auf die Tagesordnung der gemeinsamen Sitzung unserer jeweiligen Regierungen gesetzt, die in der kommenden Woche stattfinden wird. Wir möchten den beiden Regierungen vorschlagen, eine strukturelle Zusammenarbeit in die Wege zu leiten, damit auch die Seniorinnen und Senioren der Deutschsprachigen Gemeinschaft von diesem Konzept profitieren können. Spätestens mit der Übernahme der Zuständigkeit für den Wohnungsbau haben wir jedoch alle Fäden selbst in der Hand, um solche Probleme zu lösen.

Frau Stoffels hat am Dienstag völlig zu Recht eine Lanze für die vielen Ehrenamtlichen gebrochen, die im Sozialbereich wertvolle Arbeit leisten. Ich kann mich dem nur anschließen, und das nicht nur, weil 2011 das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit ist. Es ist wichtig, dass die Politik optimale Rahmenbedingungen schafft, damit das starke Netz, auf dem unsere Gesellschaft aufbaut, auch weiterhin tragfähig bleibt. Aber ich bin ebenso überzeugt davon, dass die Gesellschaft selbst viele Lösungen entwickeln kann und wird. Ich nenne ein krasses Beispiel, um dies etwas deutlicher zu machen: Intergenerationelle Wohnformen werden spätestens dann fast von alleine entstehen, wenn der Druck des demografischen Wandels so groß wird, dass es gar nicht mehr anders geht. Die Politik kann allerdings den Prozess durch gezielte Anreize beschleunigen.

Natürlich sind wir auch jetzt schon in vielen Bereichen mit Mangelerscheinungen konfrontiert: Es gibt Wartelisten bei Alten- und Pflegeheimen, es gibt einen Mangel an Pflegekräften und es gibt Wartelisten bei der Kleinkindbetreuung. Diese Kombination

bringt gewiefte Direktoren verschiedener Einrichtungen dazu, Abhilfe zu schaffen. Durch die Ansiedlung von Kinderkrippen z. B. in der Nähe von Seniorenheimen können Pflegekräfte bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie entlastet werden, was die Attraktivität der Arbeitsplätze in der Pflege deutlich steigert und für das Altenheim letzten Endes zu einer Kostenersparnis führt, weil man das Personal länger und besser an den Arbeitsplatz bindet und nicht ersetzen muss. Die Schaffung dieser neuen Betreuungsplätze für Kleinkinder führt gleichzeitig dazu, dass die Politik im Prinzip außer der Bereitstellung von vernünftigen Rahmenbedingungen und der Ausbildung von qualifiziertem Personal nicht mehr viel dazu beizutragen braucht.

Die Gesellschaft findet also in vielen Fällen selbst tragfähige Lösungen. Das heißt aber nicht, dass wir die Hände in den Schoß legen dürfen. Und das tun wir auch nicht, denn derzeit reden wir mit insgesamt vier potenziellen Projektträgern darüber, wie wir die Anzahl der Betreuungsplätze für Kleinkinder in der Deutschsprachigen Gemeinschaft erhöhen können. Außerdem schaffen wir Anreize: Ich habe mehrfach in der Öffentlichkeit betont, dass die Regierung auch Mittel für Infrastruktur und Betrieb von neuen Kinderkrippen bereitstellen wird. Wir sind sogar bereit, den Erlass über die Anerkennung von Kinderkrippen anzupassen. Wir werden jedoch keine Krippen in Trägerschaft der Deutschsprachigen Gemeinschaft eröffnen, weil das nicht unsere Aufgabe ist und auch nicht sein kann.

Die Trägerschaft für solche Vorhaben muss aus Gründen der Effizienz lokal verankert sein, in Form eines privaten Trägers, einer VoG, einer anderen Sozialeinrichtung, einer Gemeinde oder eines ÖSHZ. Gerade im Sozialbereich gehört ein Höchstmaß an Verantwortung auf die Ebene, die dem Bürger am nächsten steht. Nur so können Lösungen gefunden werden, die den Bedürfnissen vor Ort am besten gerecht werden. Daher halte ich den Vorschlag von Frau Franzen, die Deutschsprachige Gemeinschaft solle im Seniorenbereich eine Reihe von Pilotprojekten initiieren, zwar für legitim, aber nicht unbedingt für zielführend. Das Seniorendorfhaus in Schönberg ist ja ein solches Pilotprojekt. Die Deutschsprachige Gemeinschaft sorgt zwar für die Finanzierung des Projekts, aber die Trägerschaft ist lokal verankert, nämlich beim ÖSHZ der Gemeinde St. Vith. Ich bin überzeugt davon, dass ein solch wichtiges und interessantes Vorhaben nur dann erfolgreich sein kann, wenn die Verantwortlichen möglichst nahe dabei sind. Ähnlich ist es beim Eltern-Kind-Treff in Kelmis. Die Deutschsprachige Gemeinschaft fördert durch Zuschüsse, aber die Verantwortung trägt die Frauenliga vor Ort.

Da wir in vielen Bereichen noch am Anfang solcher Initiativen stehen, erhoffen wir uns natürlich einen Effekt der Nachahmung, wenn sich die Projekte bewähren. Es hat sich in den letzten Jahren eingebürgert, dass sehr schnell der Ruf nach der Deutschsprachigen Gemeinschaft laut wird, wenn es um die Entwicklung und Finanzierung neuer Projekte auf lokaler Ebene geht. Das ist die Deutschsprachige Gemeinschaft möglicherweise selbst schuld: Sie hat durch die wachsenden Zuständigkeiten eine professionelle und handlungsfähige Verwaltung aufgebaut und hat viele Beschlüsse zugunsten der Gemeinden gefasst. Ich denke beispielsweise an die Zuschüsse für Schulen oder Kirchen und an die Wegedotation. Aber gerade soziale Herausforderungen müssen meines Erachtens zuallererst lokal in Angriff genommen werden. Erst wenn die lokale Ebene ein Problem nicht mehr alleine bewältigen kann, muss die Deutschsprachige Gemeinschaft als übergeordnete Behörde hinzugezogen werden. Das nennt man Subsidiarität.

Die Gemeinden praktizieren dies bereits in vielen Bereichen. Aber bei unbekannten Projekten, bei Experimenten und neuen Entwicklungen zögert man manchmal, Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Das mag zwar verständlich sein, begründet ist es jedoch nicht. Darüber wird in den kommenden Jahren noch zu diskutieren sein, nicht zuletzt im Zuge der anstehenden Staatsreform. Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist solange gerne bereit, startende Projekte im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen.

Herr Keul sprach am Dienstag die Reform der häuslichen Hilfe an, die bereits in der letzten Legislaturperiode in die Wege geleitet worden ist. Diese Reform wird weitergehen. Wir werden im kommenden Programmdekret einen rechtlichen Rahmen dafür schaffen, dass Familien- und Seniorenhelferinnen auch in geringerem Maße hauswirtschaftliche Tätigkeiten übernehmen dürfen, wobei die Grenze zwischen pflegerischen und hauswirtschaftlichen Aspekten ohnehin fließend verläuft. Gleichzeitig werden umgekehrt Dienste, die ausschließlich hauswirtschaftliche Aufgaben bei Senioren wahrnehmen, dafür sensibilisiert, den älteren Menschen, ihren Kunden, ganzheitlich zu betrachten und z. B. auch Wert auf das körperliche Wohlbefinden der Person zu legen. Machen wir uns nichts vor: Die Realität sieht bereits heute so aus. Warum soll eine Putzhilfe ihrer betagten Kundin nicht auch beim Gang zur Toilette behilflich sein können? Und warum soll sich eine Seniorenhelferin nicht auch um das äußere Wohlbefinden des älteren Herrn kümmern dürfen, indem sie die Küche sauber hält?

Die Flamen haben das bereits vor einigen Jahren erkannt und ihre Gesetzgebung angepasst. Wir werden das nun auch tun. Die Rolle des häuslichen Begleitdienstes *Eudomos* muss noch bekannter gemacht werden. Es zeigt sich, dass noch nicht alle Nutznießer die wertvollen Dienstleistungen dieser Einrichtung kennen. Daran arbeiten wir. Gerade bei der Abschätzung des Bedarfs spielt Eudomos eine ganz wichtige Rolle: Muss der Kunde wirklich ins Altenheim oder kann häusliche Pflege gewährt werden? Welche Tätigkeiten können von einer hauswirtschaftlichen Hilfe erledigt werden und ab wann muss eine Seniorenhelferin hinzukommen? All das sind Fragen, bei denen Eudomos wertvolle Hilfe leistet.

Wir arbeiten auch daran, die Aufgaben von Eudomos auszudehnen und die personelle Besetzung zu stärken. Diesbezüglich stehen wir in engem und konstruktivem Kontakt zur Beratungsstelle, und ich habe den Verantwortlichen bereits zugesagt, ab 2013 auch zusätzliche Mittel zur personellen Verstärkung zur Verfügung zu stellen.

In Bezug auf die Politik für Menschen mit Behinderung hat Frau Klinkenberg auf die deutliche Erhöhung der Dotation an die Dienststelle hingewiesen. Die Regierung folgt trotz der Sparzwänge für 2012 dem Bedarf und steckt den Bereich nicht in ein finanzielles Korsett. In einigen Wochen wird das Resultat der Organisationsanalyse der Dienststelle für Personen mit Behinderung vorliegen. Daraus erhoffen wir uns weitere Erkenntnisse darüber, wie Behindertenpolitik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft noch besser gestaltet werden kann.

Erste Erkenntnisse und Ergebnisse zeigen bereits, dass die im Rahmen einer breiten Kundenbefragung angeschriebenen Personen mit Behinderung die Tätigkeiten der Dienststelle als gut bis sehr gut einstufen. Das ist eine sehr wichtige Feststellung. Das darf uns aber nicht daran hindern, interne Abläufe zu optimieren und Verwaltungsaufwand wo immer möglich zu verringern. Wie das geschehen kann, werden wir Ende Januar bei der Veröffentlichung des Abschlussberichts erfahren.

Die Regierung plant, die Bezuschussung von einer Reihe von Initiativen im Sozialbereich auf eine dekretale Basis zu stellen. Das betrifft vor allem die sogenannten offenen Treffpunkte, aber auch verschiedene Organisationen, die auf mehreren Feldern gleichzeitig aktiv sind: das *Haus der Familie* in Kelmis, das *Animationszentrum Ephata* in Eupen, das *Viertelhaus Cardijn* und das Café *Patchwork* in St. Vith. Die Schwierigkeit besteht darin, dass alle vier Initiativen sehr unterschiedlich sind. Wir stehen also vor der Herausforderung, eine einheitliche gesetzliche Basis zu schaffen, die aber gleichzeitig jeder einzelnen Initiative den Gestaltungsspielraum lässt, den sie benötigt, um ihre Dienstleistungen auch weiterhin anbieten zu können.

Erste Gespräche haben auf Initiative der Projektträger stattgefunden. Außerdem werden derzeit auch interne Überlegungen angestellt, was jedoch sicherlich noch eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen wird, Frau Franzen. Aber wir werden uns auf jeden Fall

systematisch mit den Trägern konzertieren. Es hat übrigens keinen Sinn, jetzt irgendwelche Schnellschüsse von uns zu erwarten, da wir von Anfang an deutlich gesagt haben, dass wir die Erfahrungen des Hauses der Familie in Kelmis, das ja erst im Januar an den Start geht, für andere Vorhaben nutzen wollen. Das war eines der Ziele dieses Pilotprojekts und dabei lassen wir uns nicht aus der Ruhe bringen.

ECOLO hat bereits vor einigen Monaten angekündigt, selbst einen Dekretvorschlag auszuarbeiten. Nur zu, ich bin schon sehr gespannt! Wichtig ist aber auch hier – und das gebe ich Ihnen für ihre Arbeiten mit auf den Weg – eine angemessene Beteiligung der lokalen Verantwortungsträger, der Gemeinden, und dies natürlich nicht nur auf finanzieller, sondern vor allen Dingen auf inhaltlicher Ebene.

Frau Franzen hat die Vernetzung der Personen und Organisationen angesprochen, die im Sozialbereich tätig sind. Sie ist der Regierung ein wichtiges Anliegen. Das dürfte spätestens nach der Lektüre des REK klar geworden sein. Neben dem entsprechenden Zukunftsprojekt startet in den nächsten Wochen ein Modellvorhaben zum Thema Case Management. Frau Franzen bescheinigte mir am Dienstag, dass unsere Bemühungen in die richtige Richtung gehen, bemängelte aber gleichzeitig in diesen Bereichen einen „Leerlauf in der Kommunikation seitens des Ministers". Wissen Sie, Frau Franzen, es ehrt mich, dass Sie sich Sorgen darüber machen, dass nun plötzlich alles viel zu schnell gehen könnte. Aber ich glaube mittlerweile sagen zu können, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ministerium und im Kabinett über so gute Kontakte zu den einzelnen Organisationen verfügen, dass sie eine ehrliche Rückmeldung von ihnen erhalten werden, sollte der Zeitpunkt der Startveranstaltung und der Weiterbildung absolut ungünstig sein. Wir sind da sehr flexibel und haben das bisher noch immer im Konsens mit unseren Partnern regeln können.

Und was Ihre immer wieder geforderte Partizipation angeht, so habe ich Ihnen schon einmal gesagt: Partizipation ist gut und wichtig, aber sie hat auch Grenzen. Zu einem gewissen Zeitpunkt muss sich auch ein Minister zurückziehen, über das in den Partizipationsveranstaltungen Gehörte nachdenken und eigene klare Positionen erarbeiten, zu denen er stehen kann und für die er die Verantwortung übernimmt. Das braucht manchmal Zeit. Mir scheint, Sie kritisieren hier um des Kritisierens willen. Stellen Sie sich vor, wir wären auf diesem Gebiet noch besser; dann wären wir ja fast perfekt und Sie würden sich hier langweilen.

FRAU FRANZEN *(aus dem Saal)*: Nein, ich würde mich freuen!

HERR MOLLERS, Minister: Das Thema der Verankerung der Sozialökonomie in den Beschützenden Werkstätten wurde von Ihnen und von Frau Klinkenberg angesprochen. Ich bin froh, dass wir mit diesem Vorhaben auf so breite Akzeptanz stoßen. Auch hier soll eine dekretale Basis geschaffen werden. In Kürze wird sich eine Arbeitsgruppe, die sich aus Vertretern der drei Beschützenden Werkstätten und der wichtigsten Akteure der Solidarwirtschaft – *Rcycl*, *Bisa* und *Alternative* – zusammensetzt, mit diesem Thema befassen und bis zum Sommer Vorschläge ausarbeiten, wie die Betreuung der Personen mit Vermittlungshemmnissen, eines sehr gemischten Zielpublikums, am sinnvollsten bewerkstelligt werden kann. Dabei spielt auch der Betreuungsschlüssel eine Rolle.

Bevor ich noch ein Wort zum REK und zur Staatsreform sage, möchte ich kurz ein Thema anschneiden, dass Herr Balter am Dienstag aufgegriffen hat. Er empfahl dem Parlament, eine Resolution an das föderale Parlament zu richten, mit der Forderung, in Belgien das elterliche Züchtigungsrecht abzuschaffen. Das elterliche Züchtigungsrecht war von Prof. Christian Pfeiffer bei der Vorstellung der KFN-Studie angeprangert worden. Seiner Aussage zufolge ist es einer der Gründe für die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verhältnismäßig weit verbreitete elterliche Gewalt gegenüber Kindern. Ich teile die Auffassung, dass man das Thema „elterliche Gewalt" aus der Tabuzone herausholen muss. Die Öffentlichkeit muss sensibilisiert werden. Eltern müssen begreifen, dass „eine gewaltfreie Erziehung den aufrechten Gang fördert", wie Prof. Pfeiffer es ausdrückte. Kinder müssen darauf hingewiesen werden, dass sie Rechte haben. Und auch die Politik muss handeln.

Allerdings, Herr Balter, gibt es in Belgien gar kein elterliches Züchtigungsrecht, und vorsätzliche Körperverletzung ist in jedem Falle strafbar. Das Problem liegt vielmehr auf einer anderen Ebene: Kinderschützer fordern – meines Erachtens völlig zu Recht –, dass

das Recht auf gewaltfreie Erziehung, das in der UN-Kinderrechtskonvention von 1989 festgeschrieben wurde, endlich auch in Belgien in geltendes Gesetz umgewandelt wird. Das ist bislang noch nicht geschehen. Es geht also nicht darum, ein Recht abzuschaffen, sondern darum, eines zu verankern.

Ich habe nach den etwas ernüchternden Aussagen von Prof. Pfeiffer ein juristisches Gutachten erstellen lassen, dessen Fazit zusammengefasst wie folgt lautet: „Aufgrund der in Belgien aktuell geltenden strafrechtlichen und Jugendschutzbestimmungen ist vorsätzliche Körperverletzung grundsätzlich strafbar. Wird diese zudem durch Eltern ihren Kindern zugefügt, gilt dies strafrechtlich als erschwerender Umstand. Der Staatsanwaltschaft und in letzter Instanz dem Strafgericht bleibt es überlassen, bei der Strafverfolgung abzuschätzen, ob es sich bei der Erziehungsmaßnahme um eine ‚vorsätzliche Körperverletzung' bzw. ‚strafbare Belästigung' handelt oder ob die Handlung im Rahmen der Ausübung der elterlichen Autorität als strafrechtliche Rechtfertigung geltend gemacht werden kann. (Diese Lücke lässt das Gesetz also noch offen.) Das deutliche Vermerken des Verbots jeglicher Form der körperlichen Bestrafung von Kindern durch ihre Eltern oder jeder anderen Person, die Kinder betreut, würde sicher zu einem Anstieg der Zahl der Anzeigen führen. Im Rahmen einer deutlichen Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention wäre das Einfügen einer entsprechenden Bestimmung im Zivilgesetzbuch und parallel dazu im Strafgesetzbuch sicherlich sinnvoll." So weit das Ergebnis dieses Gutachtens.

Ich überlasse es dem Parlament, eine entsprechende Initiative zu ergreifen. Parallel dazu werden wir prüfen, ob und wie das Verbot der körperlichen Bestrafung in unseren Zuständigkeitsbereichen bereits verankert werden kann, beispielsweise in den Anerkennungsbedingungen von Tagesmüttern, Jugendhilfeeinrichtungen und Pflegefamilien. Viel wichtiger erscheint mir jedoch, und auch das wurde von Prof. Pfeiffer deutlich gesagt, dass über dieses Thema gesprochen wird, dass die Öffentlichkeit darüber debattiert. Elterliche Gewaltanwendung darf nicht salonfähig sein und muss gesellschaftlich geächtet werden. Das bringt uns dem Ziel einer gewaltfreien Erziehung mindestens genauso gut näher wie die Einführung von Sanktionen.

Wie angekündigt, möchte ich noch ein Wort zum REK sagen. Herr Balter hat am Dienstag einen ganzen Teil seiner Rede damit verbracht, über die Namensgebung von einzelnen Zukunftsprojekten herumzuphilosophieren. Ich habe nicht alles verstanden, Herr Balter, und habe auch nicht den Eindruck, dass inhaltlich sehr viel Verwertbares dabei war. Sie haben ähnlich wie Frau Franzen bemängelt, dass ein Teil der Mittel, die für das REK benötigt werden, noch nicht gedeckt ist.

Wissen Sie, liebe Kollegen, das ist in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eben die Herausforderung: Ziele verfolgen, ohne sich von finanziellen Hürden aus der Bahn werfen zu lassen. Die fortwährende Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten beflügelt die Kreativität! Ich gebe Ihnen ein erstes Beispiel: Beim Zukunftsprojekt *Aufwertung der Pflegeberufe* waren vor einem knappen Jahr die Voraussetzungen noch völlig anders als heute. Damals gingen wir davon aus, dass wir das gesamte Projekt alleine würden stemmen müssen. Heute wissen wir, dass wir uns einem Interreg-Projekt anschließen konnten, das bereits einen großen Teil unserer Aufgaben unterstützt. Was will ich damit sagen? Die finanziellen Rahmenbedingungen haben sich dadurch natürlich für dieses Zukunftsprojekt auch grundlegend geändert. Eingesetzte Mittel haben aus unserer Sicht einen viel größeren Impakt, und ein Teil wird durch EU-Gelder kofinanziert. Und mehr noch: Der Pflegekräftemangel ist auch in den Provinzen Lüttich und Hasselt, in den Niederlanden und in der Bundesrepublik eine große Herausforderung. Da ist es sinnvoll, die Kräfte zu bündeln, anstatt sich gegenseitig Konkurrenz zu machen.

Ich gebe Ihnen ein zweites Beispiel: Die Regierung strebt im Rahmen des REK eine verstärkte Zusammenarbeit unserer beiden Kliniken an. Frau Franzen bedauerte, dass die Kosten für die externe Begleitung durch einen oder mehrere Experten noch nicht

gedeckt seien. Nun haben wir seit wenigen Tagen eine neue Föderalregierung, und ich habe seit einigen Monaten aus Brüssel die Zusage, dass man auf föderaler Ebene bereit sei, gewisse Gesetzesvorschläge zu erarbeiten, die unserer besonderen sprachlichen und geografischen Situation Rechnung tragen und unsere Krankenhäuser auf eine stabilere Basis stellen, vorausgesetzt, sie sind zu einer engen Kooperation untereinander bereit. Zudem habe ich bei den Direktoren der beiden Krankenhäuser den festen Willen ausgemacht, ihre Zusammenarbeit aus eigener Initiative zu verstärken. Ich werde mich in wenigen Tagen erneut mit beiden treffen, um gemeinsam Zukunftsszenarien weiterzuentwickeln. Die Staatsreform wird darüber hinaus die komplette Verantwortung für die Infrastruktur in unsere Hände legen – ein sehr interessanter Hebel, durch den wir dann vieles hier in der Deutschsprachigen Gemeinschaft besser aufeinander abstimmen können.

Der Betrag, der in der Tabelle für eine Expertise vorgesehen ist, ist ein Schätzbetrag. Je nach Verlauf der Diskussion werden wir nur einen Teil davon brauchen. Vielleicht brauchen wir aber auch viel mehr Geld dafür. Da scheint es mir vernünftig, die Gelder erst dann im Haushalt zu reservieren, wenn ein verlässlicher Betrag feststeht. Das gilt besonders, wenn es sich um hohe Beträge handelt. Die Regierung wird zur richtigen Zeit die notwendigen Entscheidungen treffen.

Ja, meine Damen und Herren, Regionalentwicklung beginnt im Kopf und nicht in der Brieftasche! Ich habe eben die Staatsreform bereits kurz erwähnt. Die anstehende sechste Staatsreform wird in der Tat gerade in meinem Zuständigkeitsbereich eine ganze Reihe von neuen Materien bringen. Die Anhörungen im Unterausschuss zur Staatsreform haben zumindest eines belegen können: Unsere Verwaltung ist in der Lage, mit diesen neuen Kompetenzen umzugehen. Dort wird seit Wochen intensiv an der Vorbereitung der Übernahme gearbeitet. Wir gehen dabei sehr systematisch vor. Es stimmt, dass noch viele Fragen offen sind. Wir werden ihnen Schritt für Schritt nachgehen und uns die nötige Zeit lassen, um Überlegungen zur künftigen Gestaltung der neuen Zuständigkeiten anzustellen, Frau Franzen.

Wer zum jetzigen Zeitpunkt die Aussage in die Welt setzt, die Regierung plane eine Kürzung des Kindergeldes, sobald dieses in die Zuständigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft übertragen sei, der sagt ganz einfach die Unwahrheit und versucht sich in billiger Stimmungsmache. Diese Bemerkung richtet sich nicht an Sie, Frau Franzen, das möchte ich ganz ausdrücklich betonen.

Die Bildung einer neuen Föderalregierung macht nun endlich den Weg frei, um über konkrete Abläufe zu diskutieren. Denn meines Erachtens gibt es in Flandern und in der Wallonie dazu nicht weniger offene Fragen als bei uns. Die Meldung, dass gerade die für meine Ressorts wichtigen Bereiche auf föderaler Ebene in die Hände von Laurette Onkelinx (für die Bereiche Gesundheit und Soziales) und Philippe Courard (für die Bereiche Familien- und Behindertenpolitik) gelegt werden, hat mich sehr erfreut. Mit beiden hatte ich in den vergangenen Jahren sehr konstruktive und vertrauensvolle Kontakte, und ich weiß, dass beide die besonderen Interessen der Deutschsprachigen Gemeinschaft in ihren Überlegungen berücksichtigen. Deswegen kann ich heute bedenkenlos wiederholen, was ich bereits am 10. Oktober an dieser Stelle gesagt habe: Ich freue mich auf die Übernahme der neuen Zuständigkeiten! Ich bitte das Parlament, dem Haushalt in seiner jetzigen Form zuzustimmen und bedanke mich für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit!
(Applaus bei ProDG, der SP und der PFF)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Frau Ministerin Weykmans hat das Wort.

FRAU WEYKMANS, Ministerin: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Zu den Rahmenbedingungen des vorliegenden Haushalts ist bereits viel gesagt

worden: bei der Haushaltsvorstellung, während der Ausschussberatungen und während der Haushaltsdebatte selbst.

Es ist auch richtig, dass wir den heute zur Abstimmung vorliegenden Haushalt an die inzwischen veränderten Wirtschaftsparameter anpassen müssen. Wir werden dies jedoch erst bei der ersten Haushaltsanpassung im Frühjahr 2012 tun. Warum wir uns bis dahin Zeit lassen, wurde bereits mehrfach erklärt. Der wichtigste Grund ist wohl, dass Kürzungen wohlüberlegt und gut vorbereitet sein sollten.

Dieser Haushalt ist also kein Anlass für Euphorie, aber er wird den drei Grundsätzen gerecht, die auch die Sparhaushalte 2010 und 2011 prägten. Einer dieser Grundsätze ist die Beschäftigungsgarantie. Vor allem im Organisationsbereich 40 haben wir versucht, die Indexierung bei den Zuschüssen der in diesem Bereich tätigen Vereinigungen und Organisationen zu berücksichtigen, weil diese sehr viele Personen beschäftigen. Diese Unterstützung unsererseits hat übrigens auch zu einer Angebotssicherung geführt.

Es war uns zudem wichtig, an den geplanten Investitionen auf Gemeinde-, Gemeinschafts- und Vereinsebene festzuhalten. Gerade in Krisenzeiten wollen wir nicht in Stillstand verfallen, sondern auch künftig in die Weiterentwicklung unserer Gemeinschaft investieren.

Was bedeutet das in Zahlen und wie sieht der Infrastrukturplan aus? Im Organisationsbereich 40 sind insgesamt 11,2 Millionen Euro an Zuschüssen für 44 Projekte in den Bereichen Kultur, Sport, Tourismus und Denkmalschutz vorgesehen. Eines der größten Projekte ist der Neubau des Kombibads in Eupen. Weitere Projekte sind die Sanierung der Kirche in Lontzen und der Jugendherberge in Eupen sowie das Energieversorgungsprojekt für das Naturzentrum Ternell. Alle diese Projekte werden mit diesen Zuschüssen finanziell abgedeckt.

Zudem haben wir 2,7 Millionen Euro an Kapitaldotation für die DGG *Gemeinschaftszentren* vorgesehen, und zwar 2 Millionen Euro für die erste Instandsetzungsphase des Heidberg-Klosters, 500.000 Euro für das Interreg-Projekt „Blue Spot –Hot Spot", einem jugendtouristischen Angebot in Worriken, sowie für weitere Investitionen in Worriken und 200.000 Euro für den BRF.

Neben den Infrastrukturinvestitionen haben wir versucht, dem Bedarf im Programm 11 – Jugend – und im Programm 13 – Kultur nachzukommen. Herr Laschet hat bereits die Erhöhung der Dotation für das Jugendbüro erwähnt. Zu den Aufgaben des Jugendbüros gehört das Streetwork. Wir haben den diesbezüglichen Bericht erhalten und im Begleitausschuss festgestellt, dass der Bedarf an Streetwork gestiegen ist, was bedeutet, dass mehr Personalressourcen notwendig sind. Infolge dieser Feststellung wird das Personal im kommenden Jahr um eine halbe Vollzeitäquivalentstelle aufgestockt. Zudem haben wir eine halbe Vollzeitäquivalentstelle für einen qualifizierten Jugendarbeiter vorgesehen, der im Jugendbüro die Aufgabe der Begleitung und Beratung der Jugendeinrichtungen und -organisationen wahrnehmen sowie die Offene Jugendarbeit gewährleisten soll. Das ist eine direkte Folge der Umsetzung des Jugenddekrets.

Im Kulturhaushalt haben wir eine Erhöhung der Mittel vorgesehen, da Ende 2012 an der Spitze des IKOB ein Personalwechsel ansteht. Der Nachfolger des jetzigen Leiters muss von diesem eingearbeitet werden, was unseren Haushalt 2012 natürlich doppelt belastet, weil zeitweise zwei Gehälter gezahlt werden müssen.

Die Bereiche Jugend und Kultur sind also zwei wichtige Posten im Haushalt 2012.

Im Verlauf meines Redebeitrags möchte ich auf einige Themen eingehen, die in den Stellungnahmen der verschiedenen Fraktionen angesprochen worden sind, und zwar der BRF, die Nachhaltigkeit, die Medienkompetenzvermittlung, der Tourismus und das Projekt „Heidberg-Kloster". Ich werde auch auf die unterschiedlichen Gesetzesinitiativen eingehen, mit denen wir uns in den kommenden Wochen und Monaten in diesem Hause beschäftigen werden. Schließen möchte ich dann mit Anmerkungen zur Umsetzung des Zukunftsprojekts *Grenzen leben*, das in der Debatte ebenfalls mehrfach erwähnt wurde.

Kommen wir aber zunächst zum BRF. Die Finanzen und die Entwicklung der Dotation wurden in der Debatte mehrfach erwähnt. Wie alle anderen parastatalen Einrichtungen wurde der BRF in den Jahren 2010 und 2011 bekanntlich an den allgemeinen Sparanstrengungen beteiligt, was zu einer Kürzung der Dotation geführt hat. Für das Jahr 2012 haben wir eine Erhöhung der Dotation um 5,25 % vorgesehen, um die klassische Kostenentwicklung abzudecken, aber zum Teil auch um die verringerten Dotationen der Jahre 2010 und 2011 etwas aufzufangen. Das ermöglicht es dem BRF, für das Jahr 2012 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Die CSP-Fraktion war der Ansicht, der BRF könne glücklich sein, dass er noch Reserven gehabt hätte, mit denen er das erhebliche Defizit habe ausgleichen können, und dass diese Reserven auf sein gutes Wirtschaften zurückzuführen seien. Ich möchte den Glanz des BRF natürlich nicht kleinreden, aber diese Reserven sind in erster Linie auf den Investitionsplan des BRF zurückzuführen, der durch die jährliche Kapitaldotation der Deutschsprachigen Gemeinschaft gespeist wird, jedoch nicht unbedingt im vorgesehenen Jahr genutzt wird. Bleiben diese Mittel ungenutzt, fließen sie in die Investitionsreserve. Möchte der BRF zu einem späteren Zeitpunkt auf diese Reserve zurückgreifen, muss die Regierung dies genehmigen. Ein solcher Rückgriff auf die Reserven ist jedoch auch eine Form des Defizits und hat natürlich Auswirkungen auf das globale Defizit der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Die Aussagen von Herrn J.-L. Velz in diesem Zusammenhang waren zutreffend, denn das, was der Rechnungshof in seinem Bericht gesagt hat, ist nicht ganz richtig. Die Anpassung der Kapitaldotation an den normalen Bedarf des Investitionsplans des BRF von 600.000 Euro auf 200.000 Euro hat nichts mit der Erhöhung der klassischen Dotation um 5,25 % zu tun. Das darf man nicht vermischen, denn die Kapitaldotation ergibt sich ausschließlich aus dem Investitionsbedarf, den der BRF für sich, auf einen Mehrjahresplan verteilt, festgelegt hat. So ist auch die Entwicklung der Kapitaldotation in der Simulation zu verstehen. In den Jahren 2010 und 2011 betrug die Kapitaldotation für den BRF jeweils 600.000 Euro und jetzt kommen wir auf eine normale jährliche Kapitaldotation von 200.000 Euro zurück.

Kollege Frank äußerte in seiner Stellungnahme die Theorie, dass die jährliche Zusatzdotation, die die Deutschsprachige Gemeinschaft als Ausgleich für die Radio- und Fernsehgebühren erhält, als zweckgebundene Einnahmen verbucht werden müssten. Diese Zusatzdotation ist seines Erachtens integral an den BRF zu übertragen. Diesbezüglich möchte ich auf das verweisen, was ich am 9. Dezember 2010 in der damaligen Haushaltsdebatte gesagt habe. Diese Einnahmen sind weder zweckgebunden noch gibt es im Medienbereich nur den BRF. Der Direktor des BRF hat selbst darauf hingewiesen, dass der Medienhaushalt auch die Pressehilfe für das *Grenz-Echo* umfasst und dass darüber unter anderem das Medienzentrum, die Initiativen in Bezug auf die Medienkompetenzvermittlung und die Ausrüstung der Mediotheken in den Schulen finanziert werden.

Ich kann die Behauptung, der BRF sei nicht in der Lage, seinen öffentlichen Auftrag zu erfüllen, nicht verstehen. Nach Meinung der Befürworter dieser Behauptung erhält der Sender zu wenig Geld. Diese Meinung können wir überhaupt nicht teilen, denn sie steht im Widerspruch zu dessen Entwicklung. Die finanziellen Mittel sind dem Bedarf des BRF vollkommen angemessen. Radio, Fernsehen und Internet gehören mittlerweile zum Angebot des BRF. Die mittlerweile jährlich durchgeführte Nutzerumfrage hat ergeben, dass die Nutzerzufriedenheit sehr hoch ist. Dabei wird der BRF vor allem als Informationsmedium wahrgenommen, und gerade im letzen Jahr hat er versucht, dieses Profil durch weitere Investitionen noch zu schärfen. Dazu hat es verschiedene Arbeitsgruppen und Workshops gegeben, die Redaktionen sind neu aufgestellt worden und man hat neue Journalisten rekrutiert. Zudem hat der BRF erfreulicherweise eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Radio- und Fernsehsendern aus dem Inland, der

Euregio und sogar aus der Großregion gesucht. All das schafft einen direkten Mehrwert für den BRF, der als kleiner öffentlich-rechtlicher Sender natürlich auch versuchen muss, mit Partnern zusammenzuarbeiten, um Synergieeffekte zu schaffen. Auch Frau Schmitz ist in der Debatte noch einmal auf die Wichtigkeit von Kooperationen im Allgemeinen eingegangen.

Zu behaupten, der BRF könne seinem öffentlichen Auftrag nicht gerecht werden, ist mir auch deshalb ein Rätsel, weil wir diesen Auftrag in diesem Jahr im zuständigen Ausschuss noch einmal ganz deutlich definiert haben. Wir haben das BRF-Dekret angepasst und konnten uns im Rahmen der diesbezüglichen Diskussion erneut davon überzeugen, dass der BRF seinem Auftrag gerecht wird.

Kommen wir zur Nachhaltigkeit. Frau Arens ist sehr ausführlich auf diesen Punkt eingegangen und hat sich unter anderem nach dem nachhaltigen Konsum in den öffentlichen Einrichtungen, also beim Ministerium, bei den Diensten der Gemeinschaft usw., erkundigt. Aus Zeitgründen möchte ich nicht mehr darauf eingehen, denn der Ministerpräsident hat auf mündliche Fragen, die Sie, Frau Arens, ihm in diesem Zusammenhang gestellt haben, schon mehrfach geantwortet. Aufgreifen möchte ich hingegen die Bildung zur Nachhaltigkeit, weil sie in meinem direkten Zuständigkeitsbereich liegt. Die Bildung zur Nachhaltigkeit gehört zum Auftrag der Verbraucherschutzzentrale, den wir im Ausschuss in den Beratungen über den Geschäftsführungsvertrag klar festgelegt haben. Eine wichtige Aktion auf lokaler Ebene ist der von den ländlichen Gilden durchgeführte Dorfwettbewerb „Unser Dorf soll Zukunft haben", den die Deutschsprachige Gemeinschaft finanziell unterstützt.

Bei der Reform der Erwachsenenbildung haben wir die Bildung zur Nachhaltigkeit im Bildungsauftrag der Erwachsenenbildungsorganisationen festgelegt, deren Programme zielgruppengerichtet sind. Die Bildung zur Nachhaltigkeit ist eine der Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, um überhaupt als Erwachsenenbildungsorganisation anerkannt und gefördert zu werden.

Auch die Jugendorganisationen haben zum Thema „Bildung zur Nachhaltigkeit" Projekte durchgeführt, die wir unterstützt haben. In diesem Bereich sind wir also sehr aktiv. Wir haben die Bildung zur Nachhaltigkeit institutionell und strukturell verankert und uns dort für sie eingesetzt, wo es möglich war.

Unsere Investitionspolitik ist ebenfalls auf Nachhaltigkeit ausgerichtet. Darüber haben wir schon mehrfach ausgetauscht. Deshalb gehe ich jetzt nicht mehr auf alles ein. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass der Erlass zum nachhaltigen Bauen auch Teil des Zukunftsprojekts *Wirtschaften mit der Natur* ist. Wir haben bereits verschiedene Arbeitsschritte definiert, die natürlich dazu beitragen, nicht nur die Nachhaltigkeit, sondern auch die nachhaltige Entwicklung in unserer Gemeinschaft zu verankern.

ECOLO fehlt die Nachhaltigkeit in der Politikgestaltung. Das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Alleine die Regierungserklärung zum REK und den 16 Zukunftsprojekten spricht für eine nachhaltige Politikgestaltung: Zum einen haben wir das Prinzip der Nachhaltigkeit für jedes einzelne Zukunftsprojekt ausführlich definiert. Zum anderen streben wir in vielen Bereichen und nicht zuletzt auch beim Jugenddekret eine Politik an, die an Indikatoren gebunden ist, die messbar und transparent sein soll und die demzufolge auch nachhaltig ist. Anders kann man es nicht definieren. Wenn wir uns für eine nachhaltige Politikgestaltung einsetzen, finde ich es etwas befremdend, dass Sie, Frau Arens, uns das Gegenteil vorwerfen und dass Ihre Fraktion uns nicht bei diesem Vorhaben unterstützt.

Ich komme nun zur Medienkompetenzvermittlung, auf die vor allem Frau Arens und Frau Schmitz eingegangen sind. In diesen Themenkomplex gehören die Resultate der

KFN-Studie. Herr Mollers ist bereits im Detail auf den Zusammenhang zwischen Medien und Gewaltbereitschaft und Gewalterfahrungen bei Kindern und Jugendlichen eingegangen. Angesichts der Resultate dieser Studie müssen bei uns die Alarmglocken läuten.

Bereits seit vielen Jahren haben wir bei der Medienkompetenzvermittlung gute Netzwerkarbeit geleistet sowie viele Projekte realisiert und zum Teil auch fest etabliert. Die Medienkompetenzvermittlung gehört schon lange zu unseren politischen Schwerpunkten. Bereits 2003 haben wir eine Studie durchgeführt, um die bestehenden Angebote in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu erfassen. Als Konsequenz dieser Studie hat sich das Medienzentrum zu einer Medienagentur entwickelt und ist zu einem Dreh- und Angelpunkt für Schulen und für Organisationen geworden, die entweder eine Weiterbildung organisieren möchten und einen Referenten brauchen oder die ein Projekt mit Jugendlichen, mit Eltern oder mit älteren Menschen durchführen möchten. Das Medienzentrum verfügt mittlerweile über sehr umfangreiches Informationsmaterial, weil es eng mit den Medienzentren des Saarlands und Nordrhein-Westfalens sowie mit dem Landschaftsverband Rheinland zusammenarbeitet. Letzterer ist sozusagen Gold wert, da er dem hiesigen Medienzentrum alle möglichen interessanten Inhalte in deutscher Sprache zur Verfügung stellt. Ein neues Projekt, das das Medienzentrum in diesem Zusammenhang Ende November 2011 durchgeführt hat, ist das Kinderkinofest *KiKiFe*.

Für uns ist ganz klar, dass wir weiter an der Medienkompetenzvermittlung arbeiten und verstärkt in die Netzwerkarbeit investieren müssen. Um das strukturell festzuhalten, werden wir auch den Strategieplan nutzen. Die KFN-Studie bildet die Basis des Strategieplans, da sie zurzeit die einzige aktuelle Erhebung ist. Die Themen Gewaltprävention und Medienkompetenzvermittlung werden wir in diesen Strategieplan einbauen und als Querschnittsaufgabe definieren. Das ist das Ziel des Strategieplans. Zudem werden wir die Möglichkeit ergreifen, diese Themen in Projekte aus dem Unterrichtswesen und dem Jugendbereich sowie in die Elternfortbildungen zu integrieren, denn die Eltern sind das schwache Glied in der Kette, sodass wir sicherlich auch dort verstärkt ansetzen müssen.

Kommen wir zum Tourismus. Diesbezüglich stehen 2012 für uns zwei wichtige Themen im Fokus. Zunächst werden wir uns der Erstellung des Leitbilds für den Tourismus in Ostbelgien widmen. Dieses Vorhaben werden wir in Zusammenarbeit mit externen Partnern umsetzen. Ein zweites wichtiges Thema ist die Einführung des Qualitätsmanagements, das wir im Ausschuss bereits vorgestellt haben.

In Bezug auf den barrierefreien Tourismus möchte ich nochmals darauf hinweisen, dass dieser in das Leitbild integriert werden muss. Das Leitbild bildet jedoch die Basis, um die Zielsetzung der Tourismusentwicklung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft klar zu definieren. Ich halte es deshalb für erforderlich, diese logische Reihenfolge einzuhalten. Zudem handelt es sich bei der Leitbilderstellung um einen partizipativen Prozess, bei dem Konzertierungsgespräche mit allen Tourismusakteuren in Ostbelgien stattfinden werden. Es hat keinen Sinn, in politischen Aktionismus zu verfallen. Damit würden wir der Komplexität des Themas nicht gerecht. Ich hoffe, für die empfohlene Vorgehensweise auch die Unterstützung der ECOLO-Fraktion finden zu können.

Das Projekt „Heidberg-Kloster" ist in der diesjährigen Haushaltsdebatte mehrfach erwähnt worden. Gleich zu Beginn möchte ich Herrn Mertes von der VIVANT-Fraktion in seinem Elan bremsen. Er sprach davon, dass ein großes Kongresszentrum geplant sei, aber ich muss ihm widersprechen: Es handelt sich bei diesem Projekt um ein Bildungs- und Begegnungszentrum. Zudem weiß jeder, dem die Örtlichkeiten vertraut sind, dass die Ansiedelung eines Kongresszentrums dort gar nicht möglich wäre.

Ich werde das Gefühl nicht los, dass man sich dieses Projekts der Deutschsprachigen Gemeinschaft allzu vorschnell bedient, um der Regierung vorzuwerfen, dass sie in Krisenzeiten solche überflüssigen Bauvorhaben plant. Wenn es sich beim Heidberg-Kloster nicht um ein altes Projekt handeln würde, dass wir in den letzten Monaten und Jahren über Legislaturperioden hinweg hier bereits des Öfteren besprochen haben, könnte ich diese Kritik ja noch nachvollziehen. Meines Erachtens ist es jedoch einfach nur Augenwischerei, die Streichung dieses Projekts in der Haushaltsdebatte als Sparvorschlag

zu nennen, ohne sich mit den inhaltlichen Aspekten ernsthaft auseinandergesetzt und vertraut gemacht zu haben.

Deswegen werde ich jetzt die Entstehungsgeschichte dieses Projekts in Erinnerung rufen. Vor genau zehn Jahren hat die damalige Eigentümerin des Klosters, die VoG Heidberg, zusammen mit dem Leiter des Staatsarchivs ein Umnutzungskonzept ausgearbeitet: Aus dem Heidberg-Kloster sollte ein Bildungs- und Begegnungszentrum werden. 2001 ist das Projekt in dieser Form vorgestellt worden und bei der damaligen Regierung auf breite Zustimmung gestoßen. Die Regierung hatte auch finanzielle Unterstützung zugesagt. In den folgenden Jahren fehlte es der VoG jedoch an finanziellen Eigenmitteln, um den Restbetrag zu stemmen. Hinzu kam, dass ständig Notreparaturen an dem doch relativ alten und großen Bau durchgeführt werden mussten. Mit meinem Amtsantritt 2004 habe ich dieses Dossier von meinem Vorgänger übernommen. 2006 sah sich die VoG nicht mehr in der Lage, das Projekt alleine weiterzuführen, und richtete einen Hilferuf an die Regierung. Wir haben daraufhin Gespräche mit der Stadt Eupen geführt. Nachdem diese das Projekt nicht übernehmen wollte, haben wir uns zur Übernahme bereit erklärt. Aus unserer Sicht wäre es völlig verantwortungslos gewesen, die VoG in ihrer Notsituation sich selbst zu überlassen. Die Übernahme des Projekts hatte für uns jedoch auch denkmalschützerische Gründe, weil wir es als unsere Pflicht angesehen haben, das älteste Klostergebäude der Deutschsprachigen Gemeinschaft vor dem Verfall zu bewahren.

Ein weiterer Grund, der die Übernahme des Gebäudes durch die Deutschsprachige Gemeinschaft rechtfertigt, ist die Opportunität. Das Heidberg-Kloster hat verkehrstechnisch gesehen eine ausgezeichnete Lage: Es liegt im Zentrum der Stadt Eupen und in unmittelbarer Nähe zum Bahnhof. Das macht das Gebäude im Hinblick auf ein Bildungs- und Begegnungszentrum mit öffentlichem Charakter so interessant. Darüber hinaus soll das Kloster auch der hiesigen Bevölkerung weiterhin zugänglich bleiben. Darauf zielt beispielsweise die Sanierung der Kapelle ab. Die Umnutzung als Bildungs- und Begegnungszentrum ist auch eine ideale Ergänzung zu der Eupener Unterkunftsinfrastruktur, sprich: Hotel, Jugendherberge und Bed & Breakfast.

2008 hat das Parlament beschlossen, das Heidberg-Kloster in die DGG *Gemeinschaftszentren* zu integrieren. Das Projekt ist in der Presse mehrfach thematisiert worden. Zu Beginn meines Mandats im Jahr 2004 wurde das Vorprojekt an den Tagen des Offenen Denkmals vorgestellt. 2008 haben wir das Heidberg-Kloster für Besucher geöffnet, die bei einer Führung einen Einblick in die Geschichte dieses Gebäudes erhielten. Auch ein Projektentwurf wurde ausgestellt und den Besuchern erklärt. In den vergangenen Monaten sind die Stadt Eupen und die Schule intensiv in die Ausarbeitung des endgültigen Projekts einbezogen worden.

Im zuständigen Ausschuss haben zu diesem Projekt Beratungen und eine Besichtigung des Heidberg-Klosters stattgefunden. Dabei sind wir auf Fragen bezüglich der zukünftigen Nutzung eingegangen, die wir uns derzeit so vorstellen, dass das geplante Bildungs- und Begegnungszentrum von den DGG *Gemeinschaftszentren* mit privaten Partnern geführt wird. Das alles ist vertieft worden. Und jetzt kommt man und sagt, dass die Durchführung dieses Projekts unnötig sei!

Im Infrastrukturplan 2011 haben wir 180.000 Euro für den Ankauf des Parkplatzes des *Eupen Plaza* am Bahnhof vorgesehen, um das Gelände um das Heidberg-Kloster aufzuwerten und zugänglich zu machen. Das macht es möglich, den angrenzenden Schulhof und die Parkanlage beizubehalten. Für die Lehrer bietet der Parkplatz eine zusätzliche Parkmöglichkeit, was für mehr Sicherheit auf dem Schulgelände sorgt.

Für die zu tätigenden Bauinvestitionen sind 8,5 Millionen Euro an Kapitaldotation der Gemeinschaftszentren vorgesehen: 2 Millionen Euro im Jahr 2012, 6 Millionen Euro im Jahr 2013 und 500.000 Euro im Jahr 2014. Mit diesen 8,5 Millionen Euro soll die Komplettsanierung des Klosters sowie der Neuaufbau der angrenzenden Kapelle, die durch den Brand erhebliche Schäden davongetragen hat, gedeckt werden. Die Heizung muss erneuert, die Böden müssen isoliert und das Dach muss komplett erneuert und

isoliert werden. Natürlich braucht ein Bildungs- und Begegnungszentrum auch Seminarräume, Zimmer usw. In den Kosten enthalten ist auch die Asbestentfernung, deren Ausschreibung zurzeit noch läuft und mit der im Januar begonnen wird. Das Genehmigungsverfahren läuft derzeit und laut Planung sollen die Arbeiten im Frühjahr starten.

Die ECOLO-Fraktion vertritt in Bezug auf das Heidberg-Kloster eine schizophrene Haltung: Einerseits spricht sie sich nicht ganz gegen das Projekt aus, andererseits plädiert sie dafür, in einer ersten Phase lediglich denkmalschützerische Maßnahmen zur Sicherung des Gebäudes vorzunehmen und zu einem späteren Zeitpunkt auf das Projekt zurückzukommen. Diese Sichtweise kann ich überhaupt nicht nachvollziehen, zumal ECOLO Mitglieder hat, die von Beruf Architekt sind und somit Experten auf diesem Gebiet. Bevor Denkmalschutzmaßnahmen ergriffen werden, muss die Zweckbestimmung des Gebäudes klar sein. Es gilt ja unter anderem, die technischen Voraussetzungen für eine Sicherung des Gebäudes zu schaffen. Das fängt bei der Installation der Heizungsanlage an, denn wenn ein Gebäude nicht beheizt wird, wird sich sein Zustand sehr schnell verschlechtern. Alleine die Denkmalsanierung würde gemäß der Berechnung unseres Infrastrukturdienstes ungefähr 4,4 Millionen Euro ausmachen. Das ist mehr als die Hälfte der jetzt vorgesehenen Baukosten. Das wäre in meinen Augen eine halbherzige Vorgehensweise, die am Ende mehr Geld kosten würde. Es gibt nur eine Wahl: Entweder verwirklicht man das Projekt oder man verzichtet ganz darauf.

Nach meinem Dafürhalten sprechen wesentlich mehr Gründe für dieses Projekt als dagegen. Das Projekt ist gut durchdacht, und es ist unsere Pflicht, dieses alte Klostergebäude nicht verfallen zu lassen. Der beste Schutz für ein denkmalgeschütztes Gebäude besteht in der ständigen Nutzung. Im alten Schlachthof, der zwei Jahre lang nicht genutzt wurde, können Sie die Schäden sehen, die ein Leerstand verursacht. Meines Erachtens ist es nicht sehr sinnvoll, mit dem Heidberg-Kloster ähnlich zu verfahren und darauf zu warten, dass irgendwann vielleicht ein Privatinvestor kommt und dort 5 Millionen Euro investiert.

Es wäre meines Erachtens auch gut, wenn wir in Zukunft die Geschäftsführung und die Bewirtung der Besucher in private Hände legen könnten. Wir haben schon potenzielle Nutzer: Ab September 2012 wird hier der Masterstudiengang der Hochschulen aus der Euregio organisiert. Wir haben außerdem regelmäßige Anfragen und Kontakte mit Partnern aus dem In- und Ausland, die ein solches Angebot in Zukunft nutzen möchten. Es besteht also ohne Zweifel Bedarf. Das Zentrum ist auch den Aufwand und das Geld wert, die bereits investiert worden sind. Auf dieses Projekt kann man nicht so einfach verzichten, denn es ist gut durchdacht und geplant und das Zentrum wird gut funktionieren.

Auf die Dekretinitiativen möchte ich jetzt nicht mehr im Detail eingehen, weil die Zeit mir davonläuft. Ich werde mich auf das Zukunftsprojekt *Grenzen leben* und das Kulturförderdekret beschränken, weil dieser Punkt in der Debatte mehrfach angesprochen worden ist und weil ich mich sehr freue, dass auch die Kultur jetzt in den Mittelpunkt des politischen Interesses gerückt ist, was in meiner siebenjährigen Tätigkeit als Kulturministerin nicht immer der Fall gewesen ist. Es war also gut, dass wir ein kulturelles Zukunftsprojekt im Regionalen Entwicklungskonzept definiert haben.

Ich möchte auch einen kleinen Rückblick machen, um meine Freude darüber zum Ausdruck zu bringen, dass Herr Karthäuser mir einmal zustimmt. Gleichzeitig muss ich ihn jedoch enttäuschen und sagen, dass ich weder auf ihn noch auf die CSP gewartet habe, um den Kulturbereich Schritt für Schritt aufzuwerten. Bereits in der letzten Legislaturperiode haben wir auf eine Gesamtgestaltung des innovativen Kulturförderkonzepts hingearbeitet. 2007 haben wir das Museumsdekret verabschiedet, das die Rahmenbedingungen für die Anerkennung und Bezuschussung der Museen im

deutschen Sprachgebiet sowie die Bezuschussung von Veröffentlichungen im Bereich des Kulturerbes regelt. 2009 haben wir den Amateurkunstbereich geregelt und durch ein neues System der Basisförderung der Amateurkunstvereine die Mittel für die Funktionszuschüsse an die Gemeinden übertragen.

Diese Reformschritte haben wir in der Kulturförderung bereits unternommen, sodass wir uns jetzt ausschließlich auf die sogenannten professionellen Kulturveranstalter und -produzenten konzentrieren können, mit denen wir Konventionen abgeschlossen haben und für die es seit der Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft noch kein Kulturdekret gibt. Wir werden uns also mit der hauptamtlichen Kulturarbeit, unter der in erster Linie die regionalen und professionellen Kulturträger zu verstehen sind, aber auch mit den frei schaffenden Künstlern und deren Förderung beschäftigen. Auch das Konzept „Kultur macht Schule", das die Kulturförderung im Schulprogramm berücksichtigt, und das Jugendkulturprojekt sollen in das Kulturförderdekret integriert werden.

Für dieses Zukunftsprojekt basieren wir uns natürlich auf die Konzertierungen, die bereits im Vorfeld der Erstellung des REK stattgefunden haben. Daran waren auch die Kulturakteure aktiv beteiligt und sie haben mehrere Resolutionsvorschläge im Hinblick auf das Kulturdekret unterbreitet. Wir haben uns Best-Practice-Beispiele im Schweizer Kanton Aargau angeschaut und diese sowie das flämische *kunstendekreet* analysiert. Darauf werden wir zu einem späteren Zeitpunkt noch im Detail eingehen.

Im zweiten Halbjahr 2011 haben wir uns mehrmals mit Vertretern eines informellen Künstlerverbandes getroffen, um mit ihnen über die zu schaffende Stipendienförderung auszutauschen. Am 5. Januar 2012 werden wir uns mit den professionellen Kulturträgern treffen, um über die Prinzipien der Kulturförderung zu beraten, die wir in Zukunft in das Kulturdekret einfließen lassen möchten. Wir werden dann auch die weiteren Arbeitsschritte festlegen.

Der Zeitplan sieht zunächst vor, vor allem die inhaltliche Arbeit am Kulturdekret im Haushaltsjahr 2012 voranzutreiben, sodass wir den Dekretentwurf noch im selben Jahr im Parlament hinterlegen können. Für das Jahr 2013 werden wir natürlich Übergangsbestimmungen definieren müssen. Abschließend möchte ich sagen, dass es der Deutschsprachigen Gemeinschaft sicherlich gut zu Gesicht stünde, wenn zum 30. Jubiläum ihrer Autonomie das neue Kulturförderdekret in Kraft treten würde.

Ich hoffe, auf alle Fragen geantwortet zu haben, und bitte Sie alle, dem Haushalt zuzustimmen.

(*Applaus bei der PFF, der SP und ProDG*)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Debatten der letzten Tage waren nach meiner Wahrnehmung eher unaufgeregt und meistens sachlich. Wirkliche Überraschungen haben wir nicht erlebt. Obschon – zwei interessante Begebenheiten sind mir dann doch aufgefallen: Erstens, für die Berechnung unserer Schulden haben wir allen Buchhaltungsgesetzen zum Trotz nach dem Balter'schen Rechenschieber aus dem Vorjahr nun auch noch einen Arimont'schen Rechenschieber kennengelernt. Der Ministerpräsident wird es sich bestimmt nicht nehmen lassen, auf diese Zahlenverirrungen der Opposition einzugehen. Zweitens, Kollege Balter hat einen Großteil seiner Rede damit verbracht, uns über das Gesamtdeckungsprinzip zu belehren.

Kollege Balter, selbstverständlich müssen wir immer versuchen, mit unserem Einkommen auszukommen. Was Sie uns jedoch während 20 Minuten rhetorisch einwandfrei und anhand von einprägsamen Beispielen über das Gesamtdeckungsprinzip erzählt haben, hat mit dem Gesamtdeckungsprinzip rein gar nichts zu tun. Das Gesamtdeckungsprinzip bedeutet, dass es in öffentlichen Haushalten grundsätzlich keine zweckbestimmten Einnahmen geben darf, dass also der Gesetzgeber frei über alle Einnahmen verfügen können muss, ohne in seinen Ausgabeentscheidungen an irgendwelche Vorgaben gebunden zu sein. Deshalb ist dieses Prinzip ganz im Gegensatz zu dem, was Sie

während 20 Minuten vorgetragen haben, auch nicht unbedingt mit privaten Haushalten vergleichbar.

Um Ihnen das zu erklären, greife ich gerne Ihr eigenes Beispiel auf. Wenn die von Ihnen am Montag ständig bemühte Mutter ihrem Kind 5 Euro gibt, um Brötchen zu kaufen – was auf den ersten Blick löblich ist – … (*Vereinzeltes Gelächter*) … und Sie dann jedoch das Gesamtdeckungsprinzip auf diese Situation anwenden, dann kommt das Kind möglicherweise nicht mit Brötchen, sondern mit einer Tüte Lutscher zurück.
(*Vereinzeltes Gelächter*)

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: Oder Chips!

HERR PAASCH, Minister: Oder Chips. Das, Kollege Balter …

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Das macht vielleicht ein schlecht erzogenes Kind. Ich bin jedoch gut erzogen!

HERR PAASCH, Minister: … ist das Gesamtdeckungsprinzip. Wie sagen Sie doch immer so schön: „Denken Sie doch noch einmal gründlich darüber nach!" So viel zum Thema finanzpolitischer Sachverstand.

Werte Kolleginnen und Kollegen, am eigentlichen Bildungshaushalt ist in den vergangenen Tagen keine Kritik geübt worden, wenn ich einmal von einigen Schulbauprojekten und einer formalen Bemerkung absehe, auf die ich später noch eingehen werde. Wohl aber habe ich in den letzten Tagen insgesamt 48 Bemerkungen und Fragen notiert, die meine Zuständigkeitsbereiche betreffen. Das ist eine ganze Menge. Dennoch werde ich mir die größte Mühe geben, auf die Bemerkungen einzugehen.

Dass der Bildungshaushalt an sich nicht kritisiert wurde, wird wohl daran liegen, dass wir gerade diesen Haushalt in den letzten 7 Jahren immer wieder massiv erhöht haben. Trotz der beiden Weltwirtschaftskrisen ist es uns seit 2009 erneut gelungen, den jährlichen Bildungs-, Beschäftigungs- und Ausbildungshaushalt um 5 Millionen Euro von 99,1 Millionen Euro im Jahr 2009 auf 104,1 Millionen Euro im Jahr 2012 zu erhöhen, und das trotz deutlich sinkender Schülerzahlen.

Mit diesem Geld haben wir zum Beispiel – Kollegin Rotheudt hat es angemerkt – das Stundenkapital im Sekundarschulwesen erhöht. In den Kindergärten haben wir damit begonnen, Frühlingsklassen einzurichten. In drei von neun Sekundarschulen haben wir mittlerweile Fachbereichsleiter eingestellt, die gemeinsam mit hoch qualifizierten wissenschaftlichen Experten die Schulleitungen entlasten, die pädagogische Arbeit in der Schule koordinieren und die Teamarbeit im Kollegium unterstützen. Die Mittel für die Weiterbildung der Lehrpersonen haben wir um 150.000 Euro erhöht. Im Förderschulwesen wurden zusätzliche Lehrpersonen und Fachkräfte eingestellt. Die Baremenreform, die wir durchgeführt haben, hat mittlerweile dazu geführt, dass sehr viele Lehrpersonen vor allem im technischen Unterricht deutliche Gehaltserhöhungen erhalten haben. Die Urlaubsgelder wurden für alle Personalmitglieder erhöht und – das ist ganz besonders wichtig – die Einstiegsgehälter wurden sogar zusätzlich zum Index um 3 % erhöht. In den Jahren 2013 und 2014 kommen zusätzlich zum Index noch einmal 7 % hinzu. Damit werden wir alle Gemeinschaften in Belgien überholen, was bedeutet, dass die Einstiegsgehälter für Lehrpersonen nirgendwo in Belgien so hoch sein werden wie in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Das sind nur einige von vielen Beispielen, die belegen, dass wir uns trotz der wirtschaftlich schwierigen Situation immer wieder bemühen, die materiellen Rahmenbedingungen für die Schulen zu verbessern.

Kollege Braun, wir haben versprochen, Kaufzentralen einzurichten. Wir bemühen uns, das zu tun, auch wenn das in der Praxis nicht einfach ist. Wir halten jedoch an diesem Ziel fest. Selbstverständlich stehen den Lehrpersonen über die Pädagogischen

Mediotheken, die Schulmediotheken und deren Vernetzung mit internationalen Universitätsbibliotheken zahlreiche Fachbücher und Fachzeitschriften zur Verfügung, die sie oft auch mit nach Hause nehmen dürfen. Ich gebe zu, dass diese Möglichkeiten oftmals jedoch zu wenig bekannt sind – das weiß ich aus zahlreichen Schulbesuchen –, und daran müssen wir in der Tat noch arbeiten.

Das alles mag noch nicht ausreichen. Beispielsweise müssen wir noch mehr tun für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund – wie Kollege Dannemark erwähnt hat – und auch für die Hausaufgabenhilfe, die von Kollegin Creutz angesprochen wurde. Sie haben jedoch festgestellt, dass wir uns darum bemühen, und mit diesen Bemühungen – das bestätigen uns zahlreiche Experten – befinden wir uns zumindest auf dem richtigen Weg. Es steht nämlich fest, dass keine unserer Nachbarregionen so viel Geld pro Schüler in die Bildung investiert wie die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens. Weder die Französische Gemeinschaft noch irgendein Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland investiert so viel Geld in die Bildung wie die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens.

Hinzu kommen unsere Investitionen in den Schulbau, die in den von mir soeben erwähnten 104 Millionen Euro noch gar nicht enthalten sind. Innerhalb weniger Jahre investieren wir sowohl im Norden als auch im Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft zusätzlich dazu mehr als 170 Millionen Euro in den Schulbau, um alle Schulen auf einen modernen pädagogischen Stand zu bringen. In der Tat tun wir das, weil wir der Überzeugung sind, dass Investitionen in die Bildung die besten, die nachhaltigsten und die sozialsten sind, die wir überhaupt in die Zukunft unseres Standortes tätigen können.

Hierzulande verfügen wir weder über Öl- noch über Gasreserven. Unser einziger Rohstoff besteht aus dem Wissen, den Fähigkeiten und der Innovationskraft der hier lebenden Menschen. Deshalb müssen wir genau diesen Rohstoff fördern und auch und gerade in Krisenzeiten in die Bildung investieren.

Zu unserem Investitionsprogramm gehört selbstverständlich das Infrastrukturkarussell auf dem Gebiet der Stadt Eupen. Vor wenigen Tagen hat die Pater-Damian-Schule ihre Baugenehmigung erhalten. In absehbarer Zeit wird also endlich auch die mit Abstand größte Schule Ostbelgiens über ein angemessenes Schulgebäude verfügen. Endlich werden die 1172 Schülerinnen und Schüler und mehr als 100 Personalmitglieder, die tagtäglich dort lernen und arbeiten, einen vernünftigen Speisesaal, eine Mediothek, genügend Klassenräume, Lehrerzimmer, eine Aula und Büroräume erhalten. Darauf haben sie sehr lange warten müssen. 2014 wird es voraussichtlich endlich so weit sein.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft wird dieses Bauvorhaben des freien katholischen Unterrichtswesens zu 80 % mit 4,4 Millionen Euro bezuschussen. Dass es bei dieser Summe bleibt und wir nicht mehr als 4,4 Millionen Euro in diesen Bau am Kaperberg investieren müssen, verdanken wir übrigens in der Tat dem Umzug des Parlaments. Kollege Dannemark hat das völlig zu Recht in Erinnerung gerufen. Würde das Parlament nicht für die so viel diskutierten 16,5 Millionen Euro an den Kehrweg umziehen, dann müsste der Steuerzahler mehr als 40 Millionen Euro, also weit mehr als das Doppelte, aufbringen, um der Pater-Damian-Schule angemessene Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Genauso ist das, Kollege Balter! Die Schule selbst hat übrigens am 20. November 2010 in aller Öffentlichkeit vorgerechnet, dass selbst diese 40 Millionen Euro dafür nicht ausgereicht hätten.

Kollege Balter, hören Sie also bitte auf mit diesem Geschwätz über Selbstbedienung, Prunkbauten für Politiker und Luxusfassaden! Werte Kolleginnen und Kollegen der kleinsten und der größten Oppositionspartei, mit der Realität hat dieses Gelaber und Gerede nichts, aber auch gar nichts zu tun!

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Ihres auch nicht mehr!

HERR PAASCH, Minister: Zu unserem Schulbauprogramm gehört natürlich auch das PPP-Projekt. Wir brauchen dieses Projekt, weil wir es uns nicht mehr erlauben können und möchten, jedes Jahr 4.400 Auszubildende und 500 Beschäftigte in maroden, zum Teil baufälligen Schulgebäuden unterzubringen. All diese Gebäude müssen dringend renoviert bzw. abgerissen und neu gebaut werden. Ich habe noch keinen getroffen – auch nicht in diesem Hause –, der das bestreitet. Sie selbst, Kollege Mertes von der VIVANT-Fraktion, haben sich davon vor Ort in meiner Anwesenheit überzeugen können und – da bin ich mir ganz sicher – auch überzeugen lassen. Sie selbst haben hier an diesem Rednerpult am 17. Mai 2010 zu diesem Thema gesagt: „Die VIVANT-Fraktion findet es gut" – Herr Balter hätte ‚löblich' gesagt – „dass die Deutschsprachige Gemeinschaft diese Schulen renovieren, sanieren und einen Teil neu bauen möchte. Für intakte und den Bedürfnissen angepasste Schulen zu sorgen, ist nun einmal die Aufgabe der Deutschsprachigen Gemeinschaft." Auch am vergangenen Montag haben Sie diesen Bedarf nicht bestritten. Trotzdem haben Sie uns vehement dazu aufgefordert, „auf dieses Projekt zu verzichten".

Werte Kollegen von VIVANT, man könnte Ihre Haltung auch so zusammenfassen: Sie finden es gut, dass diese Schulen renoviert werden, aber Sie sind nicht bereit, das Geld dafür aufzubringen.

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Jedenfalls nicht so, wie Sie es gemacht haben! Das haben wir von Anfang an gesagt!

HERR PAASCH, Minister: Sie sind gegen das PPP-Projekt …

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Ja!

HERR PAASCH, Minister: … obwohl ich Ihnen bereits des Öfteren zu beweisen versucht habe, dass dieses Verfahren die einzige und auf die gesamte Laufzeit des Projekts bezogen auch die kostengünstigste Möglichkeit ist, …

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Das werden wir ja sehen!

HERR PAASCH, Minister: … um diese Schulen instand zu setzen. Eines wird jedoch leider allzu oft vergessen: In den jährlichen Zahlungen für das PPP-Projekt sind auch die Kosten für den Unterhalt dieser Gebäude enthalten. Mit diesem Geld sichern wir für die nächsten 25 Jahre auch den Unterhalt dieser Gebäude ab. Wir sorgen also heute dafür, dass kommende Generationen eben nicht mehr einen so großen finanzpolitischen Kraftakt schultern müssen, wie wir das heute tun. Das nennt man nachhaltige Politik.

Werte Kollegen von VIVANT, da Sie mir ohnehin – dessen bin ich mir sicher – nicht glauben werden, möchte ich an dieser Stelle eine andere Person zitieren, der Sie vielleicht mehr vertrauen werden: „Es gibt in diesem Fall für uns keine Alternative. Wenn wir diese Schulen endlich sanieren und erneuern wollen, ist dieses Projekt in dieser Form nur über das PPP-Verfahren möglich. Das Projekt ist daher in unseren Augen alternativlos. Es nicht durchzuziehen, wäre den Schülern gegenüber fahrlässig."

HERR ARIMONT (*aus dem Saal*): Sehr gut!

HERR PAASCH, Minister: Weiter heißt es: „Die Schüler brauchen die Schulen jetzt; dementsprechend gilt es zu handeln." … Kollege Arimont, wenn Sie eine kleine Sekunde den Mund gehalten hätten … (*Allgemeines Gelächter*) … dann würde sich Kollege Balter jetzt fragen, wer das gesagt haben könnte. Dieses Zitat stammt in der Tat vom Fraktionsvorsitzenden der CSP. Herr Arimont hat das am 17. Mai 2010 an diesem Rednerpult wörtlich gesagt. Die ECOLO-Fraktion hat sich übrigens ähnlich geäußert und

sich für das PPP-Verfahren ausgesprochen.

Werte Kolleginnen und Kollegen der Opposition, mit Ausnahme der VIVANT-Fraktion haben Sie meines Erachtens alle in der Debatte vom 17. Mai 2010 zum PPP-Projekt Mut bewiesen. Das sollte man einmal öffentlich anerkennen. Deshalb erlaube ich mir heute einen wirklich gut gemeinten Ratschlag: Freuen Sie sich gemeinsam mit uns darüber, dass nun endlich gebaut wird! Freuen Sie sich mit uns darüber, dass wir im Gegensatz zu anderen nicht nur versprechen, nicht nur ankündigen und nicht nur planen! Freuen Sie sich mit uns darüber, dass wir auch in der Lage sind, zu entscheiden, umzusetzen und Versprechen wahrzumachen!

Werte Kolleginnen und Kollegen, zu unserem Schulbauprogramm gehört auch der Anbau am Technischen Institut der Bischöflichen Schule in St. Vith. Kollege Balter, was Ihr Kollege Mertes am vergangenen Montag über dieses Projekt des freien katholischen Unterrichtswesens gesagt hat, war alles andere als löblich. Es war sogar ziemlich befremdlich.

Es stimmt, dass wir diese Werkstätten zu 80 % bezuschusst haben. In diesem Zusammenhang jedoch von einem überteuerten Projekt, auf das wir hätten verzichten sollen, und sogar von „Träumereien der Regierung" zu sprechen, ist schon …

HERR MERTES (*aus dem Saal*): Das habe ich nicht gesagt!

HERR PAASCH, Minister: … Das haben Sie gesagt! Fragen Sie Ihren Redenschreiber! … eine Beleidigung all jener, die während mehrerer Jahre dieses Projekt zum Teil ehrenamtlich und im Rahmen ihrer Freizeit ausgearbeitet haben!

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Wir haben gar kein Personal, das uns unsere Redebeiträge schreibt!

HERR PAASCH, Minister: Vielleicht haben Sie Ihren Redebeitrag tatsächlich selbst geschrieben. Wenn das so ist, dann lesen Sie Ihren Text nach, denn so haben Sie das hier gesagt!

Deshalb, werte Kollegen der VIVANT-Fraktion, rufe ich in Erinnerung, dass am Technischen Institut nicht geträumt, sondern hart gearbeitet wird. An diesen Maschinen werden Hunderte Jugendliche von motivierten Lehrkräften in den Bereichen KFZ, Holz und Schweißen ausgebildet und auf ihr Berufsleben vorbereitet. Solche Investitionen sind folglich Investitionen in die Zukunft des ostbelgischen Handwerks. Dasselbe gilt übrigens auch für die Maurerschule in St. Vith, in die wir knapp 2,5 Millionen Euro investiert haben.

Ich möchte nun eine Frage von Kollege Braun beantworten. Bei der Buchung der Investition für die Maurerschule, die bereits vor einigen Jahren, im Jahr 2005, beschlossen wurde, haben sich sowohl das Arbeitsamt als auch die Regierung strikt an die Gesetzgebung gehalten. Diese Investition wurde ordnungsgemäß in Absprache mit dem Rechnungshof und auf der Grundlage der neuen Haushaltsordnung zum Zeitpunkt der Konsolidierung in den Haushalt 2011 eingetragen. Da das Arbeitsamt eine paragemeinschaftliche Einrichtung ist, wurden solche Investitionsentscheidungen im Jahr 2005 auf der Grundlage der damaligen Gesetzgebung natürlich nicht in den Infrastrukturplan der Gemeinschaft eingetragen. Wohl aber wurde das Parlament formell über die Höhe dieser Investition informiert. Das können Sie unter anderem in der Rechtfertigungserklärung zum Haushalt 2010 auf Seite 41 nachlesen.

Natürlich geht es in der Bildungs- und Beschäftigungspolitik nicht nur um Geld – beileibe nicht! Um Bildungspolitik gestalten zu können, braucht man ein bildungspolitisches Gesamtkonzept. Kollege Braun, ein solches Konzept haben wir bereits vor Jahren gemeinsam mit zahlreichen Wissenschaftlern und auf der Grundlage eines breiten Dialogs mit den Schulgemeinschaften erarbeitet. Alle Maßnahmen, die wir beschließen, bauen aufeinander auf und orientieren sich an diesem Konzept.

Kollege Cremer hat am vergangenen Montag die Grundzüge des Konzepts in Erinnerung gerufen. Ich brauche diese nicht zu wiederholen. Mir ist bewusst, dass dieses Konzept noch nicht überall ausreichend verstanden wird. Daraus jedoch zu schlussfolgern, dass wir in einem stillen Kämmerlein oder Hinterzimmer arbeiten, ist nun wirklich nicht fair. Im Gegenteil, wir bemühen uns sehr, mit der Basis über dieses Konzept zu diskutieren. Während des ganzen Jahres suchen wir konsequent den Dialog mit den Schulgemeinschaften, mit den Lehrerkollegien, mit den Elternvereinigungen, mit einzelnen Personalmitgliedern, mit Schülern und Studenten, mit allen Schulleitern, Schulträgern und Netzvertretern. Ich investiere einen Großteil meiner Zeit in diesen Bürgerdialog. Alleine in den letzten Wochen – um das an einem Beispiel festzumachen – habe ich neun Schulen besucht und mich während mehrerer Stunden mit neun Lehrerkollegien vor Ort über Bildungspolitik, über deren Sorgen, Nöte und Ängste unterhalten.

Kollege Braun, Sie fragen mich, ob ich zu einer breiten bildungspolitischen Debatte bereit sei. Ja, selbstverständlich bin ich das! Sie fordern mich damit zu einer Debatte auf, die ich seit Langem fast tagtäglich führe, und selbstverständlich geht es dabei auch um den Auftrag von Schulen. Über das, was zum Auftrag der Schule gehört, und vor allem über das, was nicht zum Auftrag der Schule gehört, haben wir uns inner- und außerhalb des Parlaments in der letzten Legislaturperiode sehr, sehr ausführlich unterhalten. Sie können sich gerne bei Ihrem ehemaligen Kollegen Hans Niessen erkundigen, der sich damals sehr intensiv an dieser Diskussion beteiligt hat.

Schulen haben sowohl einen Unterrichts- als auch einen Erziehungsauftrag, der grob zusammengefasst darin besteht, möglichst allen Menschen, unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft, möglichst alle Kompetenzen zu vermitteln, die sie brauchen, um am Prozess des lebenslangen Lernens teilzuhaben, um auf dem Arbeitsmarkt eine sie erfüllende Beschäftigung zu finden und sich als kritische Bürgerinnen und Bürger aktiv an der Gestaltung einer solidarischen Gesellschaft zu beteiligen. Das ist nach meinem Verständnis der Auftrag von Schulen. Unsere Aufgabe als Politiker besteht im Kern darin, den Schulen dabei zu helfen, diesen Auftrag zu erfüllen. Darüber können wir uns im Ausschuss selbstverständlich gerne so oft und so lange unterhalten, wie Sie das wünschen.

Nun meinte Kollegin Creutz, wir müssten uns dabei mehr mit geschlechtsspezifischen Unterschieden beschäftigen. Zu Beginn der Sitzung haben wir vernommen, dass die CSP-Fraktion dazu sogar einen formellen Resolutionsvorschlag an die Regierung eingereicht hat, in dem zu lesen ist: „Das Parlament beauftragt die Regierung, auf der Grundlage bestehender Studien- und Testergebnisse, geschlechtsspezifische Unterschiede bei Schülern und Schülerinnen in den Grund- und Sekundarschulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft abzubauen und dem Parlament einen aussagekräftigen Strategieplan hierzu vorzulegen." Die CSP-Fraktion fordert die Regierung also auf, geschlechtsspezifische Unterschiede bei Jungen und Mädchen abzubauen.
(*Vereinzeltes Gelächter*)

Frau Kollegin, wissen Sie eigentlich, was Sie da von mir verlangen? … (*Vereinzeltes Gelächter*) … Ich bin doch kein Chirurg! … (*Allgemeines Gelächter*) … Die Regierung kann doch keine geschlechtsspezifischen Unterschiede bei Menschen abbauen. Ich bitte Sie also, die Formulierung Ihres Resolutionsvorschlags noch einmal zu überdenken.

Im Ernst: Wahrscheinlich wollten Sie uns auf Leistungsunterschiede zwischen Jungen und Mädchen aufmerksam machen, denn die gibt es tatsächlich fast überall in der Welt; bei uns jedoch zum Glück etwas weniger ausgeprägt als in den meisten Staaten dieser Welt.

Natürlich können wir uns auch mit diesem Thema beschäftigen. Wie Sie wissen, haben wir das in der Vergangenheit bereits des Öfteren getan. Ich warne jedoch davor zu

glauben, die Politik könne dieses Problem lösen, denn dies ist nicht der Fall. Die Politik kann höchstens einige flankierende Maßnahmen ergreifen.

Mehrere Redner haben am vergangenen Montag den Lehrermangel angesprochen. In der Tat gibt es diesen fast überall in Europa und ganz besonders in den technischen Fächern. Bei uns ist er zurzeit noch etwas weniger akut. Der Lehrermangel ist jedoch auch bei uns ein sehr ernstes Problem, das sich im Übrigen noch weiter zu verschärfen droht, weil sehr viele Lehrpersonen in den nächsten Jahren pensioniert werden und andererseits nur relativ wenig junge Lehrer nachrücken. In Deutschland fallen bereits heute Hunderttausende Unterrichtsstunden aus. In der Französischen Gemeinschaft – darüber hat die Presse vor Kurzem berichtet – sieht es nicht viel besser aus. Frau Creutz, daran wird übrigens auch deutlich, dass wir den Lehrermangel nicht dadurch in den Griff bekommen können, dass wir auf frankofone Lehrpersonen zurückgreifen. Zwar tun wir das, aber das reicht nicht aus, denn die Französische Gemeinschaft leidet selbst unter einem akuten Lehrermangel.

Mit diesem besorgniserregenden Thema beschäftigen wir uns in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bereits seit einigen Jahren. Nicht zuletzt dieses Problem hat mich vor drei Jahren dazu veranlasst, eine Aufwertung des Lehrerberufs einzufordern. Mittlerweile haben wir beispielsweise – wie eingangs bereits erwähnt – die Einstiegsgehälter erhöht, ein innovatives Modell der Altersteilzeit entwickelt, unbefristete Arbeitsverträge eingeführt und Baremenreformen umgesetzt. All das wird jedoch nicht ausreichen. Wir werden weitere Maßnahmen, vor allem qualitative Maßnahmen, ergreifen müssen. Deshalb haben wir vor einigen Monaten alle Berufsaussteiger der letzten fünf Jahre befragt, warum sie aus dem Lehrerberuf ausgestiegen sind, und deshalb erkundige ich mich auch bei allen ostbelgischen Studentenvereinigungen nach dem Interesse oder nach dem fehlenden Interesse der Studenten am Lehrerberuf sowie nach den jeweiligen Gründen.

Die Ergebnisse dieser Befragungen werden demnächst im Ausschuss vorgestellt. Mehrere Erkenntnisse stehen jedoch jetzt bereits fest: Erstens, wir müssen beispielsweise unsere Dienstrechte grundlegend reformieren, um jungen Lehrpersonen mehr Planungssicherheit und interessantere Arbeitsverträge anbieten zu können. Zweitens, wir müssen die infrastrukturelle Ausstattung und Ausrüstung unserer Schulen verbessern. Drittens, wir müssen jungen Lehrern einen geschützten und professionell begleiteten Berufseinstieg ermöglichen. In der Tat dürfen wir nicht zulassen, dass sie ohne praktische Vorbereitung und ohne Begleitung einfach ins kalte Wasser geworfen werden. Kollege Braun, die neuen Berufseinstiegsangebote der Autonomen Hochschule können dazu effektiv einen Beitrag leisten und stehen übrigens allen jungen Diplomierten zur Verfügung. Die Autonome Hochschule ist gerne bereit, ein spezifisches Angebot für Sekundarschullehrer anzubieten. Viertens, wir müssen den Lehrerberuf wertschätzen und massiv bewerben, und dazu können wir alle hier unseren Beitrag leisten. Fünftens, wir müssen den Lehrerberuf auch für Quereinsteiger attraktiver gestalten. Gleichzeitig müssen wir jedoch auch anspruchsvolle pädagogische Ausbildungen einfordern und anbieten.

Werte Kolleginnen und Kollegen, mehrere Redner haben lobend hervorgehoben, dass wir die Mittel für die mittelständische Ausbildung um mehr als 5 % erhöht haben. Es stimmt, dass wir in den letzten Jahren gemeinsam mit den Ausbildungszentren sehr viele neue Angebote auf den Weg gebracht haben. Darüber haben wir in den letzten Wochen hier bereits des Öfteren ausgetauscht, sodass ich heute darauf nicht mehr zurückzukommen brauche. Heute greife ich lediglich noch einen Punkt auf, der von den Kollegen Dannemark, Braun und von Kollegin Creutz angesprochen wurde: Am 1. Oktober 2011 sind etwa 40 Lehrstellen in den Betrieben unbesetzt geblieben. Dafür gibt es drei Gründe: Erstens, aufgrund der in Ostbelgien angestiegenen Konjunktur haben die Betriebe mehr Lehrstellen zur Verfügung gestellt. Zweitens, auf der anderen Seite sinken unsere Schülerzahlen aufgrund der demografischen Entwicklung. Drittens, etwa 20 Personen haben die Aufnahmeprüfung an den Zentren für Aus- und Weiterbildung nicht bestanden.

Es wurde gefragt, was die Regierung zu tun gedenke, um dieses Problem zu lösen. Das habe ich kürzlich bereits im Rahmen mehrerer Interpellationen zum Facharbeitermangel dargelegt. In diesem Zusammenhang verweise ich ausdrücklich auf das REK. In einigen Stichworten möchte ich jetzt kurz erläutern, was wir zu tun gedenken: Erstens, wir müssen und möchten das Interesse junger Menschen, insbesondere das junger Mädchen, an technischen Berufen deutlich besser fördern. Deshalb haben wir unter anderem das Fach Naturwissenschaften/Technik mit einem eigenen Rahmenplan in allen Grundschulen eingeführt. Zweitens, wir müssen die Berufswahlvorbereitung auf allen Ebenen, vor allem in den Schulen, verbessern. Deshalb haben wir unter anderem für alle Schulen einen Rahmenplan „Berufswahlorientierung" eingeführt. Drittens, wir müssen dafür sorgen, dass Lernschwächen bereits in der Grundschule früh erkannt und behoben werden können. Deshalb haben wir unter anderem im Jahr 2009 ein neues Förderdekret verabschiedet, das – davon bin ich gemeinsam mit vielen namhaften Bildungsforschern überzeugt –mittelfristig zu deutlichen Verbesserungen in der Praxis führen wird. Viertens, in der Zwischenzeit brauchen wir ein Auffangnetz, eine Brückenqualifikation für Jugendliche, die die Ausbildungsreife trotz aller Anstrengungen nicht erreichen. Deshalb denken wir – wie Kollege Dannemark richtig anmerkte – über Anlehren und polytechnische Ausbildungen nach. Fünftens, wir brauchen auch innovative Ausbildungsformen für verhaltensauffällige Jugendliche mit größeren personalen und sozialen Kompetenzdefiziten. Deshalb arbeiten wir unter anderem an einem Qualiflex-Programm.

Werte Kolleginnen und Kollegen, zur Beschäftigungspolitik sind nur ganz wenige Bemerkungen gemacht worden. Mehrere Redner haben auf den Erfolg jener beschäftigungspolitischen Maßnahmen hingewiesen, die wir beschlossen hatten, um die Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise auf unserem Arbeitsmarkt im Rahmen unserer Möglichkeiten etwas abzufedern. Natürlich sind unsere Möglichkeiten in solchen globalen Zusammenhängen sehr begrenzt.

Dennoch waren unsere Maßnahmen ein Erfolg. Immer mehr Betriebe haben auf unsere Beschäftigungsprämien für ältere Arbeitsuchende zurückgegriffen. Die Anreize für Umschulungen und Kurzarbeit haben ganz eindeutig gegriffen. Das belegen alle verfügbaren Statistiken. Die Beschäftigungszellen, die wir im Zuge der Massenentlassungen bei *Carrefour*, *Aspel* und *Schlecker* geschaffen haben, haben sich vor allem im Vergleich zu den Modellen in den anderen Regionen bewährt. Erinnern Sie sich noch an die wütenden Proteste gewisser Kreise, zum Teil auch hier im Parlament, als ich nach diesen Massenentlassungen die Einrichtung von sogenannten Rekonversionszellen nach wallonischem Vorbild abgelehnt und stattdessen eigene Beschäftigungszellen nach flämischem Vorbild vorgeschlagen habe? Was hat man mir damals im Mai 2010 nicht alles vorgeworfen! Und wie sieht es heute, anderthalb Jahre später aus? Die Welt ist nicht untergegangen, wie damals angekündigt. Im Gegenteil, man ist mit unseren Beschäftigungszellen zufrieden. Unsere Integrationsquoten liegen deutlich über dem Landesdurchschnitt. Zum Glück sind wir damals nicht den Vorschlägen gewisser Kreise gefolgt und zum Glück haben wir uns damals nicht durch Proteste und Panikmache Angst einjagen lassen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich das abschließend sagen: In den nächsten Monaten werden wir aufgrund von zwei Weltwirtschaftskrisen, die uns innerhalb von nur drei Jahren zweimal schwer getroffen haben, zu weiteren Sparmaßnahmen gezwungen sein. Selbstverständlich kann der mit Abstand größte Aufgabenbereich unserer Gemeinschaft davon nicht ganz verschont bleiben. Das gebietet schon alleine die arithmetische Logik. Und wer ehrlich mit sich selbst und mit den Menschen umgeht, der muss jetzt schon feststellen, dass in den nächsten Jahren im öffentlichen Dienst keine zusätzlichen, linearen Gehaltserhöhungen möglich sind. Wahrscheinlich werden wir sogar das eine oder andere Althergebrachte in Frage stellen müssen. Ich hoffe, dass wir dazu in den nächsten Monaten im langfristigen Interesse unserer Gemeinschaft inner- und

außerhalb dieses Hauses einen sachlichen und konstruktiven Dialog werden führen können.

Kollege Frank, wie sagten Sie am 6. Dezember 2010 so schön: „Wir müssen die Bereitschaft zeigen, Altbewährtes auf den Prüfstand zu stellen." Ich bin gespannt, ob Sie zu Ihrem Wort stehen werden. Ich hoffe es und danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(*Applaus bei ProDG, der SP und der PFF*)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Herr Ministerpräsident Lambertz hat das Wort.

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Schon zum zwölften Mal in meiner Laufbahn hatte ich die Gelegenheit, in diesem Hause einen Haushalt vorzustellen, und ich werde heute – davon bin ich überzeugt – erneut seiner Verabschiedung beiwohnen dürfen. Mit den Jahren bekommt man ein Gefühl dafür, was immer wiederkehrt und was sich verändert.

Eines ist klar: Im Leben des Parlaments sind die Haushaltsdebatten immer der Höhepunkt. Das ist auch richtig so, denn der Haushalt ist schließlich die in Zahlen gegossene Politik der Regierung und der sie tragenden Mehrheit. Die Haushaltsdebatten sind der geeignete Augenblick, um eine politische Standortbestimmung vorzunehmen, und sie gewähren einen sehr aufschlussreichen Einblick in den Stand der politischen Streitkultur einer Körperschaft.

In diesem Zusammenhang stelle ich mir die Frage, was in diesem Jahr so ist wie im vorigen und was sich verändert hat. Seit mehreren Jahren unverändert geblieben ist die Prozedur. Die Regierung stellt den Haushalt vor – in diesem Jahr war das am 24. Oktober 2011 – und versucht, möglichst viele Informationen auf den Tisch zu legen, die mit Dokumenten untermauert werden. In zwei Plenarsitzungen tragen dann die Fraktionen ihre Stellungnahmen vor und die Regierung hört zu. In der dritten Plenarsitzung folgen die Antworten der Regierung und die Repliken der einzelnen Fraktionen. Daran schließt sich der Augenblick der Wahrheit an: die Abstimmung.

Noch etwas ist gleich geblieben: Mehrheit und Opposition verhalten sich jeweils auf eine erkennbare Art und Weise. Die Mehrheit stimmt zu und die Opposition lehnt ab. Die Opposition hat ihre allseits bekannten Argumente, warum sie dagegen ist, und hört nicht auf, in ihren Stellungnahmen Mehrausgaben einzufordern. Gott sei Dank macht die Mehrheit das etwas anders! Wenn Geld vorhanden ist, möchte auch sie mehr ausgeben. Ansonsten zeigt sie Einsicht zum Sparen, möchte aber vor allem, dass dieses Sparen keinem wehtut.

Ich muss beide, Mehrheit und Opposition, um Verständnis dafür bitten, dass die Regierung nicht allen Wünschen zu 100 % entgegenkommen kann. In Zeiten einer weltweit schwierigen Finanzlage kann es keine großen Mehrausgaben geben. Da ist der Status quo schon eine Spitzenleistung. Sparen ohne Schmerzen, werte Kolleginnen und Kollegen aus Mehrheit und Opposition, geht nur unter Anästhesie.

Allerdings glaube ich nicht, dass wir heute schon von Haushalten sprechen müssen, die Schweiß, Blut und Tränen einfordern, wie es einmal ein berühmter Politiker gesagt hat. Mit dem Blut und den Tränen können wir meines Erachtens noch ein wenig warten. Der Schweiß wird uns allerdings nicht erspart bleiben.

Noch etwas ist gleich geblieben: die Details der Rollenverteilung. Auf das Verhalten von Mehrheit und Opposition bin ich bereits grob eingegangen. Aber auch im Detail kann man Jahr für Jahr wiedererkennen, dass es vier Arten von Argumentationsschienen gibt: Erstens, man wirft mit populistischen Stammtischparolen um sich. Das ist bei Haushaltsdebatten sehr beliebt. Zweitens, man äußert weltpolitisch motivierte Fundamentalkritik, um deutlich zu machen, was alles in der Welt schiefläuft und anders sein müsste. Drittens, man äußert sachliche, konstruktive Kritik, wie wir sie in den letzten Tagen erfreulicherweise sowohl von der Mehrheit als auch von der Opposition gehört haben. Viertens – das ist die unspektakuläre Argumentationsform –, man äußert begründete Zustimmung zu den Vorschlägen der Regierung.

Sie werden es ahnen: Die Anwendung dieser vier möglichen Argumentationsschienen folgt in diesem Hause einer klaren Rollenverteilung. Es stellt sich jedoch die Frage, ob diese Rollenverteilung noch so ist wie in den anderen Jahren oder ob sie sich nicht doch etwas verändert hat. Mir ist schon beim Zuhören aufgefallen, dass ein zum Teil deutlicher

Rollentausch oder zumindest leichte Verschiebungen stattgefunden haben. Am meisten fällt auf, dass die größte Oppositionspartei der kleinsten in puncto Populismus mittlerweile bei Weitem den Rang abläuft. Das ist eine Feststellung, die mich jedoch nicht außerordentlich verwundert.

Bei der ECOLO-Fraktion schwanken die Argumente zwischen Fundamentalkritik und konstruktiven Bemerkungen. Die Mehrheit bleibt glücklicherweise sich und der Regierung treu, wofür wir ihr außerordentlich dankbar sind. Wenn man diese Synthese verdeutlicht haben möchte, braucht man sich im *Grenz-Echo* vom 6. Dezember 2011 nur den Bericht über die erste diesjährige Haushaltsdebatte einmal näher anzuschauen. Da wird getitelt – das ist auch gesagt worden –, dass dieser Haushalt die Tinte nicht wert sei, mit der er gedruckt ist. Abgesehen davon, dass das eine außerordentliche Beleidigung der Tinte darstellt … (*Vereinzeltes Gelächter*) … ist das natürlich absoluter Unsinn. Wie kann man so etwas behaupten, wenn das effektiv bestehende Problem einer zusätzlichen, noch nicht gedeckten Finanzierungslücke zwischen 0,5 und 1 % des Gesamthaushalts von 228 Millionen Euro beträgt? Da muss man im Kopf bezüglich der Größenordnungen irgendetwas verwechselt haben.

Dass es im Kopf nicht mit rechten Dingen zugeht, lässt sich noch an einem anderen Beispiel dokumentieren, das in dem von mir soeben erwähnten Artikel sogar für eine Zwischenüberschrift gesorgt hat. Die Deutschsprachige Gemeinschaft soll 730 Millionen Euro Schulden haben. Ich habe lange versucht zu verstehen, woher diese Behauptung kommen könnte, und verschiedene Berechnungsmöglichkeiten in Erwägung gezogen. Ich bleibe jedoch bei dem, was der Rechnungshof an Verschuldung feststellt. In dessen Bericht zum Jahr 2010 steht jedoch, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft insgesamt 67 Millionen Euro Schulden hat.

Wer so fahrlässig mit Zahlen umgeht wie manche hier, der tut das entweder, weil er sich geirrt hat, was ja noch nachvollziehbar wäre, oder weil er die Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft ganz bewusst in die Irre führen will, indem er ihnen erzählt, dass diese Regierung mittlerweile 730 Millionen Euro Schulden angehäuft hat. Das ist natürlich Unsinn, aber es passt zu der neuen Poleposition, die die CSP bei den populistischen Stammtischparolen eingenommen hat.

Außerdem wird behauptet, die Regierung habe sich übernommen und setze falsche Prioritäten. Auch das stimmt natürlich nicht. Werte Kolleginnen und Kollegen, was ist denn falsch an den Prioritäten der Regierung? Die Ministerkollegen haben deutlich unterstrichen, dass wir trotz Krisensituation schon seit vielen Jahren mit gewaltigen Erhöhungen klare Prioritäten in der Bildungspolitik, in der Sozialpolitik und in der Kulturpolitik setzen, und das sowohl bei den laufenden Ausgaben als auch bei den Investitionen. Wenn das falsche Prioritäten sein sollen, dann fordere ich den Autor dieser Aussage auf, uns zu sagen, was denn an der Priorität für Bildung und Soziales schlecht sein soll. Ich kann daran jedenfalls nichts Schlechtes finden.

Des Weiteren wurde gesagt, es gebe demnächst einen neuen Investitionsstau. Das ist eine völlig aus der Luft gegriffene Behauptung, was insbesondere die Zahlen belegen, die ich bei der Haushaltsvorstellung am 24. Oktober 2011 ausführlich dargelegt habe. Wir haben klar bewiesen, dass im Registrierungskatalog nur noch bescheidene Investitionssummen eingetragen sind und dass es durchaus möglich ist, diese auch in Zukunft zu tätigen.

Auch wurde gesagt, dass die Haushaltssimulation gut für den Reißwolf sei. Solche Sprüche sind wir in Sachen Haushalt von der CSP-Fraktion schon seit Gehlens Zeiten gewohnt. Da stehen die jungen Fraktionsmitglieder in der Kontinuität der Fehler der alten. Die Haushaltssimulation ist das entscheidende Instrument, das uns seit Beginn dieses Jahrtausends dazu dient, unsere Finanzen in den Griff zu bekommen und vor allem im Griff zu behalten.

Ich muss ehrlich eingestehen, dass ich in der diesjährigen Haushaltsdebatte etwas gelernt habe. Wann immer ich Zeit habe, lese ich Philosophiebücher. Das macht mir Spaß und man lernt unwahrscheinlich viel dabei. Einen Unterschied hatte ich geglaubt zu verstehen, und zwar den Unterschied zwischen „sein" und „haben". Hier habe ich jedoch erfahren, dass man Schulden haben darf, aber nicht verschuldet sein darf.

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Eben!

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: Das ist etwas, was ich nicht verstanden habe.

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Dann haben Sie nicht gründlich nachgelesen und vor allem kein vernünftiges philosophisches Buch gelesen! Sonst hätten Sie das nämlich verstanden.
(*Vereinzeltes Gelächter*)

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: Sie sind schon ein sehr großkotziger Parolendrescher!

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Also, hören Sie mal! Herr Präsident, das ist ja eine Unverschämtheit! Also bitte!

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: Ich wiederhole es noch einmal: Sie sind …

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Bis dato ist die Opposition sachlich geblieben und hat nie solche Wörter benutzt, wie Sie sie gerade benutzen. Ich fordere Sie auf, dies zurückzunehmen!
(*Vereinzelter Applaus*)

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: Das werde ich nicht tun, denn Ihre Bemerkung mir gegenüber finde ich unverschämt. Wenn Sie diese zurücknehmen, dann nehme ich meine Bemerkung auch zurück.

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Was soll ich zurücknehmen?

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: Das, was Sie gesagt haben.

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Dass „verschuldet sein" und „Schulden haben" ein Unterschied ist? Also ehrlich!

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: Schulden haben darf man, verschuldet sein darf man nicht: Wie kann man denn nicht verschuldet sein, wenn man Schulden hat?

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Indem man die Schulden mit Augenmaß betrachtet! Das ist ganz einfach!

HERR A. VELZ (*aus dem Saal*): Sie meinen „überschulden".

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: Ach, wissen Sie, Herr Balter, Sie haben wirklich eine besondere Art, die Dinge zu sehen. Die ist Ihnen eigen und die lasse ich Ihnen auch.

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Wenn meine Bemerkung nicht zutreffend wäre, würden Sie nicht darauf reagieren. Ganz einfach!

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: Ach, wissen Sie …

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Fahren Sie mit Ihrem Redebeitrag fort und bringen Sie Fakten und sachliche Argumente und nicht solchen Unfug!

HERR SCHRÖDER, Präsident: Dann lassen Sie ihn auch reden!

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: Kollege Balter regt sich auf, aber was soll's. Er kann natürlich keinem normal denkenden Menschen klarmachen, was er meint. Schulden machen, vor allem für Investitionen, das ist seines Erachtens nachvollziehbar. Das macht jeder Betrieb, jede Bürgerin und jeder Bürger; das habe ich auch gemacht, als ich mit meiner Frau ein Haus gebaut habe. Wenn ich Schulden mache, bin ich verschuldet; zumindest betrachte ich mich dann als verschuldet. Um das anders zu sehen, muss man wahrscheinlich die gleichen verschrobenen Gedankengänge in seinem Kopf haben wie die, die uns seitens der kleinsten Oppositionsfraktion immer wieder vorgetragen werden.

Zum Gesamtdeckungsprinzip haben wir bereits einiges gehört, aber auch in diesem Zusammenhang liegt Herr Balter falsch.

Auch die ECOLO-Fraktion hat zum Schuldenthema Stellung bezogen; wenn man genau hinhört sogar auf widersprüchliche Art und Weise. … (*Unruhe im Saal*) … Sie behauptet, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft ihre Schulden nie mehr auf null bringen könne. Sie führt dafür das Argument an, dass die Schuld das Alter Ego des Geldes ist. Darüber kann man diskutieren. Ich behaupte dennoch, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft schuldenfrei sein kann. Übrigens unterstützt Frau Franzen meine Ansicht, wenn sie argumentiert, die Deutschsprachige Gemeinschaft investierte zu viel und müsste weniger Geld für Investitionen ausgeben.

FRAU FRANZEN (*aus dem Saal*): Das stimmt nicht! Ich habe auch nicht von der Schuldenfreiheit gesprochen.

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: Das mache ich ja!

FRAU FRANZEN (*aus dem Saal*): Dann habe ich mir auch nicht widersprochen!

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: Warten Sie ab! Sie sollten sich mein Argument vielleicht bis zum Schluss anhören! Wenn die Deutschsprachige Gemeinschaft, wie in der Haushaltsordnung vorgesehen, nur Anleihen aufnimmt und Schulden macht, um Investitionen zu finanzieren, wenn sie nach dem Abbau des Infrastrukturstaus weniger Investitionen als während der Zeit des Abbaus zu tätigen braucht und wenn die Finanzierung der dann noch zu tätigenden Investitionen aus dem normalen Haushalt bestritten werden kann, dann braucht sie ab einem bestimmten Zeitpunkt überhaupt keine Anleihen mehr aufzunehmen. Wenn wir uns darin einig sind, werden wir umso schneller schuldenfrei sein, je mehr wir der Argumentation von Frau Franzen folgen und weniger investieren. Wenn wir nämlich ab einem gewissen Zeitpunkt keine Anleihen mehr aufnehmen, sind wir schuldenfrei, sobald die alten Schulden abbezahlt sind.

Meines Erachtens ist das sehr einsichtig und für jeden verständlich. Deshalb behaupte ich im Gegensatz zu Herrn Braun, dass wir unsere Schulden durchaus auf null bringen können, wenn wir diesbezüglich der Politik dieser Regierung folgen. Anlässlich des Antrittsbesuchs der neuen Ministerpräsidentin des Saarlands haben wir über dieses Thema in einem sehr interessanten Gespräch austauschen können. In Deutschland besteht seit 2009 sogar eine verfassungsrechtlich festgeschriebene Schuldenbremse, die es den Bundesländern prinzipiell verbietet, ab 2019 neue Schulden zu machen. Die Umsetzung dieses Prinzips wird zweifellos noch zu schwierigen Situationen in Deutschland führen.

Ich behaupte noch einmal: Wenn es uns gelingt, den Investitionsbedarf der Gemeinschaft nach Abbau des Investitionsstaus auf ein Niveau zu bringen, dass wir ihn mit den normalen Haushaltsmitteln der Gemeinschaft bezahlen können, dann brauchen wir keine Anleihen mehr aufzunehmen und dann sind wir 2038 schuldenfrei. Das kann man drehen und wenden, wie man will, das ist eine ganz logische Überlegung und eine der Grundlagen der Politik dieser Regierung.
(*Unruhe im Saal*)

Neu ist neben der Rollenverschiebung bei den Oppositionsfraktionen in diesem Jahr auch die Parameterverschlechterung. Diese kann man weder leugnen noch der Regierung anlasten. Die Regierung hat das gemacht, was sie immer tut: Sie ist von den Zahlen ausgegangen, die sie vom föderalen Planbüro zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung erhalten hat. Diese Parameter haben sich in der Zwischenzeit verschlechtert und es ist durchaus denkbar, dass sie sich weiter verschlechtern werden. Ein Nullwachstum kann jedoch keine Grundlage sein, auf der wir als Gemeinschaft langfristig unsere Finanzperspektiven aufbauen, denn solange das aktuelle Finanzierungsgesetz gilt, können alle belgischen Gliedstaaten nur mit einem gewissen Wachstum finanziell überleben.

Man kann sich natürlich die Frage stellen, ob das jetzige Messinstrument für das Wirtschaftswachstum, nämlich das Bruttoinlandsprodukt, das richtige ist. Das ist eine hochinteressante europäische Diskussion, die sehr gründlich, sehr kritisch und auch mit einigen interessanten neuen Perspektiven geführt wird und an der auch ich als Mitglied des Ausschusses der Regionen bei der EU beteiligt bin. Um jedoch von einem Wohlstand ohne Wachstum reden zu können, wie das manche mit sehr interessanten Argumenten dargelegt haben, muss man europaweit die Messwerte ändern. In der jetzigen Situation kann die Deutschsprachige Gemeinschaft ihre Perspektiven jedoch nicht auf einen solchen Wandel aufbauen.

Neu ist in diesem Jahr auch, dass wir uns im Morgengrauen der sechsten Staatsreform befinden. Sie wird uns unserem Ziel – ein Belgien zu viert – bedeutend näherbringen, uns jedoch noch nicht über die Ziellinie laufen lassen. Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Satz aus der Regierungserklärung, die Premierminister Di Rupo gestern verlesen hat: „Die Architektur Belgiens wird tiefgehend reformiert. Flandern, Wallonien, Brüssel und die Deutschsprachige Gemeinschaft erhalten noch mehr Autonomie." In der Regierungserklärung der neuen föderalen Regierung ist das ein klarer Hinweis auf ein Belgien zu viert, über den wir uns natürlich außerordentlich freuen.

Diese Staatsreform wird uns vor allem in unseren Zuständigkeiten im sozialen Bereich neue Handlungsmöglichkeiten und neue Chancen für Synergien bringen, etwa in der Altenpflege, in der allgemeinen Gesundheitsvorsorge und in der Behindertenpolitik. Auch können wir davon ausgehen, dass es im Zuge dieser Staatsreform für die Deutschsprachige Gemeinschaft ein neues Finanzierungsgesetz geben wird. Ich weiß, dass das einer der ersten Aufträge ist, die der neue Premierminister seinen Mitarbeitern erteilt hat. Es kommen also spannende Zeiten auf uns zu, die sich in den Haushaltsangelegenheiten sehr deutlich niederschlagen werden.

In den Zuständigkeitsbereichen, für die ich verantwortlich bin, hat man den Abbau von Verwaltungskosten eingefordert. Das heißt im Klartext – damit es für jeden verständlich ist –, dass man für einen Personalabbau plädiert. Es soll mir einmal jemand erklären, wo wir denn in dieser Verwaltung zu viel Personal beschäftigen. Auch wurde gefordert, wir sollten die Mittel für die Kommunikation senken und in puncto Außenbeziehungen weniger tun. Über all diese Dinge kann man reden, wie man über alles reden muss, aber unsere Informationstätigkeiten werden wir fortsetzen. Ein Beispiel dafür ist der kürzlich veröffentlichte Wegweiser zu den Diensten der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Wallonischen Region. Mit diesem Wegweiser setzen wir eine Schlussfolgerung um, die wir aus der Meinungsumfrage gezogen haben. Es gibt ein Manko an Information und es ist unsere Aufgabe, diesem Manko im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft entgegenzuwirken, denn es ist sehr wichtig, dass jeder weiß, welche Dienstleistungen er in Anspruch nehmen kann und wie diese organisiert sind.

Bei den Gemeinden ist eine Korrektur der Gesetzgebung erforderlich. Sie wird per Programmdekret vorgenommen, das übrigens heute von den Fraktionsvorsitzenden der

Mehrheitsfraktionen im Parlament hinterlegt worden ist. Ich danke Ihnen recht herzlich für diese gute Zusammenarbeit.

Ich möchte jedoch auch erwähnen, dass die Gemeinden und die ÖSHZ im Jahr 2012 fast 6 % mehr an Dotationen erhalten als 2011. Das ist kein Privileg, sondern die Folge der Anwendung der Kriterien. Ich möchte sehr deutlich sagen, damit es jeder versteht – ich habe es bereits gesagt, aber mir liegen Dokumente aus Gemeinden vor, die verdeutlichen, dass sie das offensichtlich nicht verstanden haben –, dass es viele Gründe gibt, die Verabschiedung von provisorischen Zwölfteln in einer Gemeinde zu rechtfertigen. Das muss jede Gemeinde selbst entscheiden und wir prüfen das bei der Durchsicht der Dokumente. Ein Argument ist jedoch völlig an den Haaren herbeigezogen. Gewisse Gemeindeverantwortliche ließen verlauten, dass bezüglich der Gemeindedotation wegen der anstehenden Sparzwänge noch Ungewissheit herrsche. Das möchte ich ausdrücklich dementieren. Im Jahr 2012 werden die deutschsprachigen Gemeinden und die ÖSHZ 21,8 Millionen Euro an Gemeindedotation erhalten. Diese Zahl habe ich in einem entsprechenden Rundschreiben mitgeteilt und daran werden auch weitere Sparmaßnahmen nichts ändern. Wie die Sache für 2013 aussieht, ist eine ganz andere Diskussion, auf die ich später noch zurückkommen werde.

Eine andere Kritik lautete, wir würden die Gemeinden zwingen, Anleihen für Projekte aufzunehmen, die sie aus Eigenmitteln bezahlen könnten. Dazu sei sehr deutlich gesagt, dass derjenige, der die Möglichkeit der alternativen Finanzierungen in Anspruch nimmt – wozu ja keiner gezwungen ist –, sich auch an die Spielregeln halten muss. Die Gemeinde nimmt eine Anleihe auf, deren Rückzahlung von der Gemeinschaft bezuschusst wird. Das sind die Spielregeln! Übrigens ziehen die Gemeinden daraus keinen Schaden, sonst würden nicht alle Gemeinden regelmäßig Anleihen aufnehmen. Wenn Sie mir das nicht glauben, nenne ich Ihnen dazu einige Zahlen: Anfang 2011 hatten alle Gemeinden zusammen eine Restschuld von 56,8 Millionen Euro. Gemäß den Haushaltsdokumenten werden sich diese Restschuldbeträge Ende 2011 auf 65,5 Millionen Euro erhöhen. Eine Gemeinde, die meint, sie könnte den Anteil an einer alternativen Finanzierung aus Eigenmitteln bezahlen, braucht nur ein anderes Projekt, was sie über Anleihen finanzieren wollte, an die Stelle zu setzen und dieses mit Eigenmitteln zu finanzieren. Die Regeln in puncto alternativer Finanzierung werden nicht verändert. Das muss jedem klar sein, der diese Möglichkeit in Anspruch nehmen möchte.

Der Haushalt ist und bleibt natürlich ein Spagat. Ein Spagat ist eine Übung, bei der jemand die Beine so weit spreizt, dass sie eine gerade Linie bilden. Das ist nicht einfach und kann auch durchaus wehtun. … (*Zwischenruf und vereinzeltes Gelächter*) … Diese Übung beherrschen meist nur durchtrainierte Athleten mit guter Gesundheit, die gelernt haben, sich voll und ganz auf eine Sache zu konzentrieren, ohne sich jedoch zu versteifen.

(*Vereinzeltes Gelächter*)

Das ist beim Haushaltsspagat nicht anders. Wenn man im Spagat sitzt, muss man ganz genau darauf achten, wie man sich bewegt, wie man sich nach vorne, nach hinten oder zur Seite lehnt, denn sonst können besonders empfindliche Stellen in Mitleidenschaft gezogen werden. … (*Zwischenruf*) … Es ist besonders wichtig, dass derjenige, der einen Spagat zu meistern hat, das Gleichgewicht zu wahren weiß, um insbesondere die schwachen Stellen nicht zu verletzen. In der deutschen Sprache wird der Begriff „Spagat" meistens als Metapher gebraucht. Sie können sich alle vorstellen, dass ich nicht vorhabe, hier einen Spagat vorzuführen. … (*Vereinzeltes Gelächter*) … Der Begriff wird gebraucht, wenn es gilt, zwei gegensätzliche Positionen miteinander zu vereinen. Genau das geschieht mit dem Haushalt. Der Spagat ist durch die neue angespannte Situation noch schwieriger geworden als in der Vergangenheit. Wir möchten die Dienstleistungen erhalten und punktuell sogar ausbauen. Daran haben wir nichts geändert, aber unter den neuen Voraussetzungen wird das schwieriger werden. Wir möchten auch den Abbau des Infrastrukturstaus beenden. Diesbezüglich werden wir vieles erneut unter die Lupe nehmen müssen, aber das Ziel an sich werden wir dabei keinen Augenblick lang aus den Augen verlieren.

Es ist ebenfalls falsch zu behaupten, wir würden alle Infrastrukturausgaben über Anleihen finanzieren. Von den 2090 Projekten des Infrastrukturplans, die wir bisher realisiert haben und bei denen es sich um die besonders wichtigen Projekte für die Zukunftsgestaltung handelt, sind deren lediglich 25 über alternative Finanzierungen abgewickelt worden. 2065 weitere Projekte in einer Höhe von 135,2 Millionen Euro sind über normale Verpflichtungsermächtigungen finanziert worden. Seit 2004 hat die Gemeinschaft keine einzige Anleihe mehr getätigt, d. h., dass wir einen erheblichen Teil dieser 135 Millionen Euro über die normalen Einnahmen der Deutschsprachigen Gemeinschaft finanziert haben. Zum jetzigen Zeitpunkt stehen im Registrierungskatalog noch rund 70 Projekte für knapp 20 Millionen Euro, was eine durchaus überschaubare Größenordnung ist. Sicherlich wird einiges der Durchforstung zum Opfer fallen oder zumindest die Tugend der Geduld lernen müssen. Das ist die eine Seite des Spagats.

Die andere Seite des Spagats bildet das möglichst große Reduzieren der krisenbedingten Neuverschuldung. Dabei hängt vieles davon ab, wie wir letztlich mit dem Kassenkredit zurechtkommen, was sich in den kommenden Tagen zeigen wird. Ohne ein Ergebnis vorwegnehmen zu wollen, kann ich Ihnen sagen, dass wir in dieser Sache äußerst zuversichtlich sind. Der Kassenkredit ist übrigens eine sehr wichtige Angelegenheit, da er große Auswirkungen auf die Zinsbelastung hat. Dass wir durchaus mit Kassenkrediten umzugehen wissen, beweist nicht zuletzt die Tatsache, dass der Kassenkredit der Gemeinschaft am heutigen Tag lediglich in Höhe von 2,2 Millionen Euro in Anspruch genommen worden ist, was sehr wenig ist. Ende des Jahres werden wir meines Erachtens jedoch eine ähnliche Größenordnung erreichen wie im letzten Jahr, nämlich rund 15 Millionen Euro.

Zu dieser anderen Seite des Spagats gehört auch das Erhalten von Spielräumen. Dabei werden wir uns insbesondere darum bemühen, dass das Regionale Entwicklungskonzept trotz zusätzlicher Sparmaßnahmen nicht unter die Räder gerät. In den Zahlen der Simulation haben wir bereits 1,6 Millionen Euro für neue Spielräume vorgesehen. Diese genügen jedoch nicht, um das noch zu finanzierende Volumen des REK vollständig abzusichern. Zudem möchten wir Spielräume für die Zukunft erhalten, insbesondere für die Infrastrukturpolitik, die ab 2019 ohne Anleihen auskommen muss, damit wir 2038 schuldenfrei sind. In der Simulation stehen ganz interessante Beträge. Für die Legislaturperiode 2014-2019 sind 30 Millionen Euro an alternativen Finanzierungen und 30 Millionen Euro an normalen Verpflichtungsermächtigungen und für die Legislaturperiode 2020-2024 50 Millionen Euro an Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen. Damit kann man auch in Zukunft eine ganz vernünftige Infrastrukturpolitik betreiben.

Das REK ist nicht in erster Linie eine Frage des Geldes. In der Tat findet diese Regionalentwicklung zuallererst einmal im Kopf statt – daran haben die wenig schmeichelhaften Aussagen von Frau Franzen nichts geändert. Dass dem so ist, kann man übrigens beweisen: Der Erlass über nachhaltiges Bauen, die Vernetzung mit den Nachbargemeinden und die Vorbereitung der Übernahme der Zuständigkeiten Raumordnung und Wohnungsbau sind im Wesentlichen keine Dinge, die Geld kosten, sondern es handelt sich dabei um kreative Anstrengungen, die wir unternehmen müssen. Sie sind vor allem möglich, weil wir auf den Sachverstand unserer eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurückgreifen, der für die Umsetzung des REK eingeplant und ein Grund mehr dafür ist, mit der Verwaltung etwas pfleglicher umzugehen, als ihr Verkleinerung anzudrohen.

FRAU FRANZEN (*aus dem Saal*): Das löst aber nicht die Frage der 1,3 Millionen Euro, die für 2012 fehlen!

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: … Darüber habe ich ja auch noch nicht gesprochen! …

Projekte mit großen Ambitionen, wie das Projekt *Wirtschaften mit der Natur*, über das wir im Zusammenhang mit den regionalen Produkten, mit der Energieeffizienz und dem nachhaltigen Bauen noch ausführlich reden werden, sind ebenfalls nicht in erster Linie eine Frage des Geldes. Man braucht natürlich auch Geld, aber dazu gehört noch viel, viel mehr. Ich freue mich schon auf die diesbezügliche Debatte, bei der wir beweisen werden, dass wir durchaus das Richtige vorhaben und auch machen werden.

Den Finanzplan des REK werden wir Ihnen nachher in einer aktualisierten Fassung verteilen, weil sich einige Rechenfehler hineingeschlichen hatten, die im Ausschuss IV bereits besprochen worden sind, und weil einige Zahlen noch an den Index angepasst worden sind, was jedoch keine fundamentalen Auswirkungen hat. Der aktualisierte Finanzplan belegt, dass von den 48 Teilprojekten 28 finanziell ganz abgedeckt sind. 54 % der
REK-Projekte sind jetzt bereits finanziell abgesichert.

In puncto Ausgaben für 2012 gibt es von diesen 48 Teilprojekten deren 15 (31 %) in einer Höhe von etwa 1,2 Millionen Euro, deren Finanzierung zum Zeitpunkt der Erstellung der Haushaltsdokumente noch nicht abgesichert war und für die wir uns weiterhin um eine Finanzierung bemühen müssen. Wenn Sie jedoch genau hinschauen, finden Sie selbst die Antwort. Bei diesen finanziell nicht abgesicherten Projekten handelt es sich um Projekte in den Bereichen „Innovation stimulieren" oder Energieeffizienz, für die wir 2012 externe Finanzierungen vorgesehen haben. Bei diesen Teilprojekten von 1,2 Millionen Euro sind deren für 0,5 Millionen Euro im Bereich Energieeffizienz vorgesehen. Dabei handelt es sich um Projekte, die wir auf europäischer Ebene oder bei der
Wallonischen Region eingereicht haben und für die wir auf Zusagen hoffen. Wenn wir das nicht schaffen, müssen wir das Ganze natürlich neu bewerten.

Bei den finanziell nicht abgesicherten Ausgaben für 2012 wird deutlich, dass es bei solchen Projekten nicht nur genügt, Ideen zu haben, sondern dass man sich auch um deren Finanzierung bemühen muss. Wir haben das sehr transparent und offen dargestellt, sogar mit den bestehenden Schwächen, weil wir nichts zu verheimlichen haben. Wenn Sie sich die finanziell nicht abgedeckten Ausgaben etwas näher anschauen, werden Sie feststellen, dass die punktuellen Ausgaben im Jahr 2012 zu 71 %, 2013 zu 76 % und 2014 zu 55 % finanziell abzudecken bleiben. Da ist also noch richtige Arbeit zu leisten. Bei diesen Ausgaben handelt es sich jedoch um die jährlichen einmaligen Ausgaben. Bei den rekurrenten Ausgaben, den die Zeit nach 2014 belastenden Ausgaben, sieht die Situation ganz anders aus. Da sind für 2012 bereits 90 %, für 2013 72 % und für 2014 55 % abgesichert. In dem aktualisierten Dokument sind diese Prozentsätze übrigens hinzugefügt worden, was der Transparenz dient.

Auch bei den 414 Arbeitsschritten kommen wir gut voran. Am 1. Juli 2011 waren bereits 87 (21 %) der 414 Arbeitsschritte erledigt. Ende des Jahres werden weitere 63 Arbeitsschritte erledigt sein. Ende 2011 werden also von den 414 Arbeitsschritten deren 150 bereits erledigt sein, was immerhin bereits 36 % entspricht. Diesbezüglich tut sich also schon einiges.

Die Finanzlage der Gemeinschaft ist zwar keine einfache, aber man muss sie korrekt bewerten. In diesem Hause wird von gewissen Mitgliedern immer so getan, als sei die Finanzierung über Dotationen ein Geschenk, das man irgendjemandes Großzügigkeit zu verdanken habe. Das ist natürlich Unsinn. Das Finanzieren über Dotationen ist lediglich Ausdruck der Tatsache, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft einen gesetzlich garantierten Anteil am belgischen Steueraufkommen hat, der von der Föderalregierung an uns weitergeleitet wird. Nicht mehr und nicht weniger. Es ist durchaus denkbar, dass wir in Zukunft auch über eigene Steuereinnahmen verfügen können. Das ist dann eine Finanzierungsmethode, die auf eine andere Art und Weise funktioniert.

In puncto Verschuldung haben wir im Vergleich zu anderen Behörden und Körperschaften meines Erachtens eine sehr vernünftige Politik betrieben. Ich rede nicht von den 15 Billionen Dollar Staatsverschuldung der Vereinigten Staaten, denn das ist keine Schuhgröße, die uns passt. Schauen wir uns jedoch einmal Bayern an, das eine Restschuld von 48 Milliarden Euro bei einem Jahreshaushalt von 22 Milliarden Euro hat. Wenn Sie im Vergleich dazu unsere Schuld, auch die zukünftige, auf unseren Jahreshaushalt umrechnen, werden Sie sehen, dass wir gar nicht so weit von Bayern entfernt sind. Dasselbe gilt auch für Belgien, Wallonien und Flandern. Gerade Flandern, dieser Gliedstaat, der beim Abbau der Schuld besonders aktiv war, hat das natürlich nur machen können, weil er die alternativen Finanzierungen massiv hochgefahren hat. In Flandern wird sich die Belastung durch die PPP-Projekte zwischen 2009 – als sie 33 Millionen Euro ausmachte – und 2014 erheblich erhöhen, weil Flandern laut Haushaltsdokumenten im Jahr 2014 fast 300 Millionen Euro an jährlicher Belastung aus PPP-Projekten zu zahlen hat. Viel wichtiger ist jedoch, dass Flandern eine ganze Reihe von Krediten nicht mehr selbst aufgenommen hat, sondern durch Dritte hat aufnehmen lassen und diese dann garantiert. 2008 sind garantierte Kredite in einer Größenordnung von 7,8 Milliarden Euro und 2011 garantierte Kredite in einer Höhe von 11,9 Milliarden Euro zu verzeichnen, die man natürlich genauso zur flämischen Schuld hinzurechnen muss, wie man bei uns die alternativen Finanzierungen hinzurechnet. So außergewöhnlich sind bei uns die Dinge also nicht.

Übrigens sind wir die einzigen in Belgien, die seit 2004 keinen einzigen Cent mehr an Anleihen aufgenommen haben. Wallonien, Flandern und Brüssel refinanzieren sich ständig auf dem Finanzmarkt. Wir haben seit 2004 keine einzige direkte Anleihe mehr getätigt. Folglich brauchen wir uns auch keine Lektionen erteilen zu lassen, wie solidarisch wir mit den anderen Gliedkörperschaften sind, wenn es um den Abbau der Staatsschuld und die Rückkehr zum Haushaltsgleichgewicht geht. In diesem Zusammenhang sind wir natürlich solidarisch und werden immer respektieren, wozu wir uns verpflichtet haben.

Zum jetzigen Zeitpunkt haben wir uns für 2011, 2012, 2013 und 2014 zu gar nichts verpflichtet. Zu den einzugehenden Verpflichtungen wird es sehr schnell eine Diskussion mit der neuen Regierung geben. Wir werden uns zu dem verpflichten, was in der Simulation steht, und das ist meines Erachtens durchaus sinnvoll.

Für den Anpassungshaushalt 2012 werden wir schwierige Vorbereitungsarbeiten zu leisten haben. Wir haben bereits damit begonnen und die Ziele sind klar. Wir bleiben dabei, dass wir 2015 mit unserem Haushalt im Gleichgewicht sein möchten und werden. Dieses Vorhaben setzt weitere Sparmaßnahmen voraus. Wir bleiben ebenfalls dabei, dass wir ab 2019 genügend Spielräume für Investitionen haben möchten, um eine Politik ohne Anleihen zu ermöglichen und 2038 dann sozusagen automatisch schuldenfrei zu werden. Dies sind nach wie vor unsere Ziele.

Ein weiteres Ziel wird sein, das Gesamtdefizit für die Jahre 2012, 2013 und 2014 trotz der schlechteren Parameter nicht weiter ansteigen zu lassen. Das sind klare, ambitiöse Ziele, die nicht einfach zu verwirklichen sind. Um sie zu erreichen, werden wir eine systematische Durchforstung vornehmen und alles auf den Prüfstand stellen. Jeder, der Vorschläge hat, soll sie machen. Dabei sollte er jedoch bitte auf die Forderung von Mehrausgaben verzichten. Bisher war vor allem diese Forderung zu hören, aber die ist mit symbolischen Kürzungen nicht zu erfüllen. Natürlich kommen die Kommunikationsarbeit und andere Verwaltungstätigkeiten genauso auf den Prüfstand wie alle anderen Ausgaben. Da wird es keine heiligen Kühe geben.

Wir werden jedoch unsere Prioritäten nicht verleugnen. Bildung, Soziales und korrekte Kulturpolitik bleiben selbst in schwierigen finanziellen Zeiten unsere Prioritäten. Auch die Infrastrukturpolitik wird einer Prüfung unterzogen, wobei wir allerdings in puncto Heidberg-Kloster eben schon gehört haben, dass es sich dabei um ein altes, strategisch

sehr wichtiges Projekt handelt. Das alleine genügt jedoch nicht. Dieses Projekt trägt vor allem zu einer massiven Verbesserung des Standorts Ostbelgien bei. Dank dieses Projekts ist uns im Bereich der universitären Ausbildung die Ansiedlung einer Kooperation zwischen den Universitäten und Fachhochschulen Hasselt, Lüttich und Aachen gelungen. Diese Niederlassung in Ostbelgien wird zu einer bedeutenden Aufwertung der Deutschsprachigen Gemeinschaft beitragen. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht ein Regierungsmitglied in Brüssel weilt und dort für den Tagungsstandort Ostbelgien wirbt. Sobald das Kloster renoviert ist, wird es als möglicher Veranstaltungsort infrage kommen.

Man kann darüber diskutieren, ob die Musikakademie umgesiedelt werden soll. Dass wir dies vorgesehen haben, hat seinen Grund. Bei der Übernahme der Verantwortung für die beiden ostbelgischen Interkommunalen habe ich mir diese genau angeschaut. Es handelt sich um VIVIAS und das MSP-Zentrum in St. Vith sowie um die Musikakademie in Eupen. Dabei habe ich festgestellt, wie wichtig und richtig unsere bisherigen Investitionen in diese Bereiche waren. Entsetzt hat mich jedoch der Zustand der Musikakademie in Eupen, wo dreimal wöchentlich 451 Schüler unterrichtet werden. Solche Rahmenbedingungen wie im Kolpinghaus und in der benachbarten Französischen Schule, die sowieso demnächst abgerissen werden soll, möchten wir den Musik interessierten jungen Menschen und ihren Lehrern in Ostbelgien eigentlich nicht zumuten. Deshalb ist ein Umzug durchaus sinnvoll. In welchem zeitlichen Rahmen das geschehen wird, ist noch nicht endgültig geklärt. Die Regierung wird jedoch alles Mögliche tun, um die ursprüngliche Planung wie vorgesehen aufrechtzuerhalten. Ob das gelingen wird, ist allerdings eine andere Frage.

Bei vielen zukünftigen Projekten werden wir den Standpunkt der Europäischen Union und von EU-Regionalkommissar Hahn befolgen, dass die öffentliche Hand nicht immer alles mit Zuschüssen finanzieren muss. Sogenannte Revolving-Instrumente, also Vorschussinstrumente, bei denen man zinslose Kredite gibt, sind durchaus denkbare Alternativen in vielen Bereichen und haben den großen Vorteil, dass man mit dem Geld, das zurückgezahlt wird, neue Projekte realisieren kann. Dieses Instrument sowie moderne Formen des Contractings, beispielsweise bei Energiesparmaßnahmen, werden wir in Zukunft sicherlich verstärkt einsetzen.

Bekanntlich halte ich nicht allzu viel von den Geldwerttheorien der VIVANT-Fraktion, zumindest nicht, wenn man sie nur auf Ostbelgien bezieht. Das ist eine Problematik, die sich auf Welt- und Europaebene abspielt. Wir hoffen, dass der Europarat bald Lösungen finden wird, denn es bedarf in der Tat großer Veränderungen, um die Spekulation welt- und europaweit einzudämmen.

Ich möchte noch eine andere Idee in den Raum stellen, von der ich persönlich begeistert bin: Warum sollte man nicht auch in einer Gemeinschaft, in der alle Bürgerinnen und Bürger an unzähligen Infrastrukturprojekten erkennen können, was sich durch das Handeln dieser Gemeinschaft alles verbessert, an ein ähnliches Instrument denken wie die Staatsbons, die der belgische Staat kürzlich mit Erfolg herausgegeben hat? Auch in Ostbelgien gibt es große Sparaufkommen. Sollten wir da nicht versuchen, die Menschen von einem Modell zu überzeugen, das darin besteht, einen Teil ihres Ersparten für Projekte in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Verfügung zu stellen, und ihnen dafür einen korrekten Zinssatz garantieren, beispielsweise 4 % wie bei den Staatsbons? Ich bin von einer solchen Idee begeistert und habe bereits vor Monaten, als Professor Gege vom Hamburger B.A.U.M.-Institut diese Idee im Rahmen einer Veranstaltung der Juniorenkammer vorgestellt hat, die Unterstützung der Regierung in Aussicht gestellt. Das Vertrauen in ein solches Vorhaben müssen die Bürgerinnen und Bürger, die bereit sind, ihre Ersparnisse in ein solches Modell zu investieren, schon selbst haben. Das Vertrauen wird umso größer, je mehr es uns gemeinsam gelingt, die Menschen in Ostbelgien für ihre Deutschsprachige Gemeinschaft zu begeistern.

Auf diese Begeisterung kommt es auch beim weiteren Verlauf der Staatsreform und unseren Verhandlungen mit der Wallonischen Region an. Wir stehen in diesem Zusammenhang zweifellos vor Umwälzungen, die mit der Gründung der deutschen Kulturgemeinschaft im Jahr 1973, mit der Erlangung der Dekretbefugnis 1983 und der Wahl der ersten eigenen Regierung 1984 vergleichbar sind. In zwei Jahren wird die Deutschsprachige Gemeinschaft bei Weitem nicht mehr so aussehen wie heute. Das ist eine ganz spannende Entwicklung, für die man sich selbst dann begeistern kann, wenn man schon über 20 Jahre lang Verantwortung trägt. Ja, ich war, ich bin und ich bleibe begeistert für das, was man jetzt schon mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft gestalten kann und vor allem nach der Erweiterung der Kompetenzen in den kommenden Jahren noch wird gestalten können.

Wenn wir unsere Zukunft sinnvoll gestalten möchten, dann sollten alle Politiker gemeinsam diese Begeisterung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verbreiten, statt ätzende Skepsis unter der Bevölkerung zu verbreiten. Denn dies führt nur dazu, dass wir den Ast absägen, auf dem wir sitzen und aus dem in den letzten Jahrzehnten so viel Hervorragendes gewachsen ist. Hervorragendes werden wir auch mit dem vorliegenden Haushalt leisten können, der – so hoffe ich – in wenigen Minuten hier verabschiedet wird. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!
(*Applaus bei der SP, der PFF und ProDG*)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Wir kommen zu den Repliken der Parlamentsmitglieder. Für die CSP-Fraktion hat Herr Arimont das Wort.

HERR ARIMONT (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Haushaltsdebatte ist immer der Höhepunkt der parlamentarischen Arbeit. Das haben wir eben noch gehört. Bevor ich auf die Antworten der Regierung eingehe, möchte ich zwei kleine Bemerkungen machen. Zunächst freue ich mich sehr, dass Frau Thiemann der heutigen Plenarsitzung beiwohnen kann … (*Allgemeiner Applaus*) … und wünsche ihr an dieser Stelle für die kommende Zeit alles Gute!

Eine zweite Bemerkung: Meines Erachtens ist die diesjährige Haushaltsdebatte sehr fair verlaufen. Wir haben fair gestritten und niemand hat einen anderen persönlich beleidigt, um seine eigene Argumentation durchzusetzen. Eben haben wir allerdings eine Ausnahme erlebt. Die persönliche Beleidigung, die eben ausgesprochen worden ist, gehörte nicht in diese Sitzung, und ich hätte mir vom Präsidenten gewünscht, dass er eingegriffen hätte.
(*Applaus bei der CSP, bei ECOLO und VIVANT*)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Herr Arimont, hitzige Debatten regeln sich sehr schnell von selbst. Das haben wir eben noch erlebt.

HERR ARIMONT (*vom Rednerpult*): „Hitzig" ist nicht gleichbedeutend mit „beleidigend"!

HERR SCHRÖDER, Präsident: Schauen Sie sich bitte einmal andere Parlamentsdebatten an! So schlimm, dass hier herumgeballert wird, wie es in manchen Parlamenten der Fall ist, ist es hier noch nicht. Wenn das der Fall wäre, dann würde ich selbstverständlich von meiner Polizeigewalt Gebrauch machen. Solange hier nur mit Worten um sich geworfen wird und sich die Debatte danach sehr schnell beruhigt, sollten wir es meines Erachtens dabei belassen. Rühren Sie bitte nicht immer wieder in solchen …

HERR ARIMONT (*vom Rednerpult*): Ich rühre nicht in etwas herum! Es ist die Rolle des Präsidenten, in einer solchen Situation einzugreifen! Hätte ich eine solche Äußerung gemacht, dann hätten Sie wahrscheinlich eingegriffen.

HERR SCHRÖDER, Präsident: Das hätte ich nicht! Sie haben vielleicht festgestellt, dass ich auch bei Herrn Balter, der ebenfalls sehr oft die Debatte unterbricht, nicht immer eingreife …

HERR ARIMONT (*vom Rednerpult*): Er hat jedoch noch nie jemanden persönlich beleidigt!

HERR SCHRÖDER, Präsident: Gut, das ist Ihre Meinung!

HERR ARIMONT (*vom Rednerpult*): Ja, das ist meine Meinung und …

HERR SCHRÖDER, Präsident: Ich versuche, darauf zu achten, dass die Debatte nicht ständig unterbrochen wird, sondern dass der Redner zu Wort kommt.

HERR ARIMONT (*vom Rednerpult*): Ich komme zurück zum Haushalt. Die Repliken der Fraktionen kommen immer aus dem Bauch heraus. Während der Debatte habe ich fleißig Notizen genommen und versuche nun, aus dem Stegreif auf die Bemerkungen und die Kritik von Regierung und Mehrheit einzugehen.

In der ersten Haushaltssitzung habe ich in der Einleitung meiner Stellungnahme prophezeit, dass die Opposition harsche Kritik an diesem Haushalt üben würde und dass die Mehrheitsparteien ein Loblied auf ihn singen würden. Meines Erachtens war das auch der Fall.

Bevor ich zur Bewertung der Antworten der Regierung komme, möchte ich zu dem, was die Kollegen der anderen Fraktionen gesagt haben, drei kleine Bemerkungen machen: Kollege A. Velz hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass dieser Haushalt mit einem Geniestreich ausgeglichen werden könnte, denn mit den 13 Millionen Euro, die jährlich an Immobiliensteuern aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft an die Provinz fließen, wäre unser Haushalt ausgeglichen und saniert. Das ist absolut richtig, völlig korrekt. In diesem Zusammenhang möchte ich einen weisen Mann zitieren, nämlich den Kollegen Servaty … (*Vereinzeltes Gelächter und Zwischenrufe*) … der gesagt hat: „Es ist nicht gut, immer nur vom Balkon aus zu kritisieren." Seit sieben Jahren gehört Ihre Partei der Regierungskoalition an, also sorgen Sie dafür, dass die Provinzgelder endlich an die Deutschsprachige Gemeinschaft zurückfließen.

Herr Dannemark war der Meinung, dass die derzeitige Krise das Ergebnis der weltweit grassierenden Verschuldung der Staaten ist. Ich stimme ihm natürlich zu, muss ihn jedoch auffordern, konsequent zu sein und dem vorliegenden Haushalt dann auch nicht zuzustimmen.

Der werte Kollege Servaty hat Abänderungsvorschläge seitens der CSP-Fraktion vermisst. Er hat gemeint, die Tatsache, dass wir keine eingereicht hätten, bedeute folglich, dass wir mit diesem Haushaltsentwurf einverstanden seien. Ich erinnere ihn daran, dass wir mehrfach gesagt haben, dass durch den Verzicht auf den Umzug des Parlaments, auf den teuren Regierungssitz des Ministerpräsidenten und auf die Renovierung des Heidberg-Klosters viele Millionen Euro hätten eingespart werden können. Von unserer Seite sind also sehr wohl Abänderungsvorschläge gemacht worden, aber man hat uns nicht angehört und kann uns nicht dafür verantwortlich machen, wenn dieses Geld trotzdem ausgegeben wird.

HERR SERVATY (*aus dem Saal*): Ich lasse Ihnen gerne die letzten 30 Sekunden, aber das Wort „Abänderungsvorschlag" habe ich in dem Zusammenhang nicht einmal in den Mund genommen!

HERR ARIMONT (*vom Rednerpult*): Sie haben es aber so gemeint.

HERR SERVATY (*aus dem Saal*): Nein, nein, Sie sollten hier keine falschen Eindrücke erwecken!

HERR ARIMONT (*vom Rednerpult*): Die Eindrücke sind immer wichtig! Wenn man uns jetzt vorwirft, dass wir uns als Oppositionspartei nicht an einer Durchforstung des Haushalts beteiligen und keine Vorschläge machen möchten, wie man diesen Haushalt, der neuesten Prognosen zufolge aufgrund eines geringeren Wirtschaftswachstums wahrscheinlich noch schlechter ausfallen wird als vorgesehen, sanieren kann, dann erinnert mich das ein wenig an meine Jugendzeit. Ich hatte gerade den Führerschein und

kein Geld für ein eigenes Auto. Mein Vater stellte mir sein Auto zur Verfügung und sagte: „Fahr nicht zu schnell, denn wenn du in eine Kontrolle gerätst, wird das teuer!" Wenn man jung ist, ist man ja etwas ungestüm. Man ist mit der Freundin unterwegs, fährt zu schnell durch eine Ortschaft, obschon man weiß, dass dort Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden, und schon wird man geblitzt.

HERR SERVATY (*aus dem Saal*): Ich bin noch nie wissentlich durch eine Geschwindigkeitskontrolle gefahren! … (*Allgemeines Gelächter*) … Also, ich weiß nicht, wie Sie das in Ihrer Freizeit machen, aber …

HERR ARIMONT (*vom Rednerpult*): Ich sagte ja, dass man in jungen Jahren …

HERR SERVATY (*aus dem Saal*): Ich bin schon geblitzt worden, aber wissentlich wähle ich mir nicht die Stellen aus, wo eine Geschwindigkeitskontrolle durchgeführt wird!
(*Unruhe im Saal*)

HERR ARIMONT (*vom Rednerpult*): Jedenfalls, wenn Sie geblitzt worden sind, Herr Servaty … (*Zwischenrufe und vereinzeltes Gelächter*) … und dann zu Ihrem Vater gehen und sagen, dass er das Bußgeld bezahlen muss, weil der Wagen ja ihm gehört, dann ähnelt das ein wenig dem Vorwurf, den man uns heute hier macht.

Ich komme zur Bewertung der Antworten der Regierung. Herr Minister Mollers hat eine schöne Formulierung kreiert, und zwar hat er von einer „Beifall heischenden Forderung" gesprochen. Ich nehme das zur Kenntnis, halte diese Aussage jedoch für Blödsinn. Unsere Anmerkungen waren zutreffend, und wenn sie als Beifall heischende Forderung aufgenommen werden, dann können wir nichts daran ändern. Abgesehen davon freue ich mich über das Lob von Herrn Minister Mollers an die Kollegen von ECOLO. Ich weiß nicht, ob sich die ECOLO-Fraktion auch darüber freut.
(*Gelächter bei ECOLO*)

Die ausführlichen Erklärungen von Minister Mollers zur gewaltfreien Erziehung von Kindern finde ich sehr interessant. Tipps für eine ideale Erziehung nehme ich zurzeit sehr gerne an. Den Kollegen J.-L. Velz und ab Januar 2012 auch Minister Paasch möchte ich in eine Kernkrabbelgruppe einladen. Dann können wir dieses Thema eingehend studieren.
(*Zwischenrufe und vereinzeltes Gelächter*)

HERR MOLLERS, Minister: Darf ich auch daran teilnehmen?

HERR ARIMONT *(vom Rednerpult)*: Natürlich!

Frau Weykmans sagt wie ihre Ministerkollegen, dass bis Mitte des Jahres 2012 wohlüberlegte Entscheidungen getroffen werden müssen. Darin liegt auch ein Hauptkritikpunkt unsererseits, denn wir fragen uns, warum man nicht rechtzeitig eine Art Puffer geschaffen hat, um besser gegen eine schlechtere Entwicklung der Wirtschaftsparameter gewappnet zu sein. Wenn man bis Mitte des Jahres 2012 Geld ausgibt, das auf einem bekanntlich zu optimistisch geschätzten Wirtschaftswachstum von 1,6 % fußt, wird es vielleicht für einen Puffer zu spät sein und man gerät in den kommenden Jahren in arge Engpässe. Meines Erachtens sind diese Befürchtungen berechtigt.

Natürlich ist das Heidberg-Kloster ein schönes Projekt. Allerdings sind wir und die anderen Oppositionsfraktionen der berechtigten Meinung, dass dieses Projekt zum jetzigen Zeitpunkt aufgrund der finanziellen Lage vielleicht nicht prioritär behandelt werden muss. Wenn man in zwei Jahren weiß, dass es ein Wirtschaftswachstum von 2 % gibt, dann kann man dieses Projekt immer noch verwirklichen. Zurzeit sieht es jedoch so aus, dass wir mit einem Nullwachstum und vielleicht sogar mit einem negativen

Wachstum rechnen müssen. Deshalb sollte man sich die Entscheidungen hinsichtlich des Heidberg-Klosters gut überlegen.

Minister Paasch hat den Arimont'schen Rechenschieber definiert, wofür ich ihm dankbar bin. Was Ihre Berechnung für den Umbau der Pater-Damian-Schule angeht, könnte ich den Paasch'schen Rechenschieber anführen, was genauso korrekt oder unkorrekt wäre. Ich möchte nicht noch einmal auf die Parlamentsdebatte eingehen, aber das gleiche Projekt an der PDS hätte natürlich durchgeführt werden können, wenn das Parlament an seinem jetzigen Standort ausgebaut worden wäre.

HERR PAASCH, Minister: Mit Sicherheit nicht, Herr Arimont!

HERR ARIMONT (*vom Rednerpult*): Mit Sicherheit wohl!

HERR PAASCH, Minister: Nein, auf keinen Fall!

HERR ARIMONT (*vom Rednerpult*): Ich bin mit Ihnen einverstanden, wenn Sie sagen, dass weder im Landesinnern noch in unseren Nachbarländern pro Schüler so viel Geld ausgegeben wird wie in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Die Ausgaben für das PPP-Projekt werden noch zusätzlich getätigt. Das ist löblich – um dieses Wort zu verwenden – und das tragen wir auch überzeugt mit. Das möchte ich ganz klar festhalten.

Zudem danke ich Ihnen für das Zitat, in dem ich mich selbst wiedererkannt habe. Ich werde mit einem Zitat kontern. Der Bürgermeister von Burg-Reuland, Josef Maraite, hat anlässlich des Festtags der Deutschsprachigen Gemeinschaft am 14. November 2011 in seiner Ansprache gesagt: „Es ist vermutlich für Sie verwirrend, wenn der falsche Mann das Richtige sagt."
(*Gelächter bei der CSP*)

Ich möchte noch kurz auf unseren Resolutionsvorschlag zum Problem der geschlechtsspezifischen Unterschiede im Bildungsbereich eingehen. Ich habe mir soeben noch einmal bestätigen lassen, dass der Begriff „geschlechtsspezifischer Unterschied" aus der Sozialpsychologie kommt und dort geläufig ist. Der Begriff hat nichts mit Anatomie zu tun. Er stammt aus der Sozialforschung und dort spricht man auch von Gender. Herr Paasch, wie man hört, werden Sie in zwei Monaten wahrscheinlich kein Gender-Problem haben.
(*Vereinzeltes Gelächter*)

Ich wollte diesen Sachverhalt nur klarstellen, den meine Kollegin im Resolutionsvorschlag auch begründet hat. Den Begriff „geschlechtsspezifischer Unterschied" aus dem Kontext zu reißen ist zwar lustig, aber nicht ganz fair.

HERR PAASCH, Minister: Verstehen Sie denn keinen Spaß?

HERR ARIMONT (*vom Rednerpult*): Doch, natürlich! Schon immer, sonst stünde ich nicht hier.

Ich komme nun zum Ministerpräsidenten. Ich warte ja förmlich darauf, dass er mich aus dem einen oder anderen Zeitungsartikel zitiert. Wenn er das tut, haben wir meines Erachtens alles richtig gemacht. Wenn er es nicht tut, dann fahren wir wahrscheinlich enttäuscht nach Hause mit dem Eindruck, dass keine unserer Anmerkungen ihn aufgeregt hat. Ich glaube, wenn er sich über etwas aufregt – nicht so, wie eben, sondern normal – … (*Allgemeines Gelächter*) … dann ist irgendwie etwas Wahres dran.

Der Ministerpräsident sagt, wir sollen uns doch nicht so aufregen, denn die nicht gedeckte Finanzierungslücke betrage im nächsten Jahr nur 0,5 bis 1 % des Gesamthaushalts. Das mag ja sein, aber wenn die Finanzierungslücke nur einen so kleinen Teil vom Gesamthaushalt ausmacht, wäre es dann nicht ein Leichtes gewesen, diesen Puffer zu schaffen? … (*Applaus bei der CSP und bei VIVANT*) … Die Schwäche dieses Haushalts liegt meines Erachtens darin, dass wir jetzt nicht in der Lage sind, diese

1,5 Millionen Euro locker aus der Hüfte zu schießen. Wir haben das Geld nicht. Basta! Das kritisieren wir meines Erachtens völlig zu Recht.

Die Zahl 732 Millionen Euro stammt nicht von mir, sondern steht in Teil 2 der Allgemeinen Rechtfertigungserklärung. In diesem Teil befindet sich auf Seite 8/8 eine mehrseitige Tabelle, bei der es sich um eine Übersicht der Ratenzahlung für beschlossene Projekte und Anleihen handelt. Sie ist datiert auf den 20. Oktober 2011. Sie diskutieren jetzt über den Begriff „Schuld". Ich weiß, das ist eine juristische Spitzfindigkeit.

HERR PAASCH, Minister: Das ist der Arimont'sche Rechenschieber! Genau das!

HERR ARIMONT (*vom Rednerpult*): Ja, genau! Aber sind diese Gelder verpflichtend oder nicht?

HERR PAASCH, Minister: Es gibt eine gesetzliche Definition für „Schuld".

HERR ARIMONT (*vom Rednerpult*): Ja, aber die interessiert mich jetzt nicht!

HERR PAASCH, Minister: An diese Definition halten Sie sich nicht.

HERR ARIMONT (*vom Rednerpult*): Was mich jetzt interessiert, ist die Frage, ob Sie verpflichtet sind, dieses Geld zu zahlen, oder nicht. … (*Zwischenruf*: Ja!) … In der Tabelle steht eine Summe von genau 729.229.016,33 Euro.

Herr Ministerpräsident, Sie behaupten weiterhin, dass wir im Jahr 2038 schuldenfrei sein werden. Natürlich weiß ich auch, was Sie damit meinen, aber der Bevölkerung suggerieren Sie damit, dass es uns 2038 wunderbar gehen wird und wir überhaupt nichts mehr zu bezahlen haben werden, was jedoch nicht stimmt. Natürlich werden die zukünftigen Regierungen auch Verpflichtungen eingehen, und das dafür benötigte Geld können Sie nicht einfach so wegreden. Sie sagen, dass wir 2038 schuldenfrei sein werden, doch die Debatten der letzten Wochen haben gezeigt, dass diese Aussage genau wie die Haushaltssimulation viele Wenn und Aber enthält. Meiner Ansicht nach gibt es in diesem Haushaltsentwurf viel zu viele „hätten", „können", „vielleicht" und „ sehen wir mal", als dass ich dem Dokument mein Vertrauen schenken könnte.

Ihre Idee, dass die Bürgerinnen und Bürger einen Teil ihres Ersparten zu einem korrekten Zinssatz für Projekte der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Verfügung stellen könnten, nehme ich zur Kenntnis. Allerdings muss ich Sie enttäuschen: Ich bin kein wohlhabender Mann und meine wenigen Ersparnisse würde ich nicht in Ihren DG-Staatsbon investieren. Ich glaube, meine lieben Oppositionskollegen würden das auch nicht tun. Ich und meine Fraktionskollegen werden dem vorliegenden Haushaltsentwurf, der eigentlich kein richtiger ist, weil der korrekte Haushaltsentwurf erst im Mai 2012 besprochen werden kann, nicht zustimmen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!
(*Applaus bei der CSP*)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Für die SP-Fraktion hat Herr Servaty das Wort.

HERR SERVATY (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem sich Kollege Arimont in seiner Replik wohl sechs- bis siebenmal bedankt hat, möchte ich ebenfalls mit einem symbolischen Dank beginnen, indem ich Ihnen wie am Montag eine gute Nachricht mitteile. Und zwar wurde vor zwei Tagen die Baugenehmigung für den RAVeL-Abschnitt Kalterherberg-Sourbrodt erteilt. … (*Vereinzelter Applaus*) … Dieses RAVeL-Projekt ist nicht nur ein unbedeutendes Beispiel, sondern hat einen vielfältigen Bezug zum REK und zum Haushaltsentwurf, den wir heute verabschieden. Mit dem REK hat es gleich in drei- bzw. vierfacher Hinsicht zu tun. Es passt nämlich zur Lebensregion DG, zur Wirtschaftsregion DG, zur Grenzregion DG, und wer ein wenig gesellschaftlichen Feinsinn entwickelt, fügt sogar noch die Solidarregion DG hinzu. Das Projekt hat auch Bezug zu den Haushaltsbereichen Freizeit und Tourismus, grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Natur und Umwelt. Das wollte ich nur als

kleines Internum präzisieren. Die erteilte Baugenehmigung nimmt sehr wohl Rücksicht auf Natur und Umwelt, denn sie ist sehr streng gehalten und an klare Bedingungen geknüpft. Alle Natur- und Umweltfreunde können beruhigt sein. Der Fauna und der Flora wird in dieser Genehmigung der größtmögliche Schutz garantiert.

In puncto grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist die Wallonische Region zu erwähnen, mit der wir dieses Projekt als Deutschsprachige Gemeinschaft kofinanzieren. Als zuständige Behörde hat sie die Baugenehmigung erteilt und sich so quasi selbst einer anderen Abteilung des Ministeriums der Wallonischen Region untergeordnet. Ich füge das heute ganz bewusst hinzu, da manche, auch aus unserer Fraktion, die Dienststelle für Raumordnung und Städtebau des Öfteren kritisch hinterfragen. An dieser Stelle gebührt ihr ein Lob dafür, dass die Frist zur Erteilung der Genehmigung eingehalten wurde.

Dass es grenzüberschreitend zugeht, beweist die Tatsache, dass sowohl die Stadt Monschau als auch die Städteregion Aachen in dieses Projekt involviert sind. Dabei sollten wir auch nicht die europäische Komponente vergessen, denn beim Bau dieses RAVeL-Abschnitts handelt es um ein Infrastrukturprojekt, das mit Interreg-Mitteln gefördert wird. Auch für die europäischen Bürger und Steuerzahler ist es eine gute Nachricht, wenn solche aufwendigen Projekte durchgeführt werden können und nicht an administrativen Hindernissen scheitern.

Nach dieser guten Nachricht möchte ich im Namen der SP-Fraktion bezüglich der nun bald zu Ende gehenden Haushaltsdebatte drei Schlussfolgerungen ziehen. Erste Schlussfolgerung: Es herrscht alles andere als Stillstand, was sowohl für die Deutschsprachige Gemeinschaft als auch für das erwähnte RAVeL-Projekt gilt. Diese Schlussfolgerung kann man nach der Lektüre der reichhaltigen Haushaltsfibel, aber auch nach den Debatten der vergangenen Tage über die verschiedenen Organisationsbereiche ziehen. Wer diesbezüglich noch Zweifel gehabt haben sollte, der konnte das heute auch den Antworten der Minister entnehmen. Sogar das *Grenz-Echo* hat diesem Sachverhalt ein nicht beantragtes Gütesiegel hinzugefügt.

Relevanter ist jedoch die Frage, was die Opposition dazu sagt. Nach der Analyse der jeweiligen Stellungnahmen kommt man zu der Feststellung, dass sich hier die Geister scheiden. Die einen sehen uns bereits in der Defensive und glauben, wir hätten zum Rückzug geblasen. Manche von ihnen würden allerdings noch gerne einen Wunschzettel hinzufügen, der auflistet, was noch zu tun wäre, bevor der Rückzug angetreten wird. Daneben gibt es die anderen, die der Meinung sind, dass wir noch immer zu viel des Guten tun. Sie würden am liebsten eigenhändig zum Rückzug blasen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, bezeichnend ist, dass beide Tendenzen sowohl sehr stark bei den inhaltlichen Aspekten der Organisationsbereiche und Einzelprojekte auftreten als auch bei den unterschiedlichen Fraktionen, manchmal sogar bei ein und derselben Fraktion. Da scheiden sich also, wie vorhin beschrieben, die Geister.

Zweite Schlussfolgerung: In der Deutschsprachigen Gemeinschaft – davon zeugt dieser Haushalt ebenfalls – geht es gerecht zu. Es gibt eine Fülle von Chancen, die geboten werden und sehr viele Menschen, die diese Chancen nutzen. Das kann man an den Bereichen Gesundheit und Soziales sowie Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung verdeutlichen. Im Bereich Gesundheit und Soziales kann man die Dienstleistungen in den Krankenhäusern sowie Alten- und Pflegeheimen nicht oft genug erwähnen. Im Bereich Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung lautet das Stichwort „Bildungsgerechtigkeit in den Schulen, aber auch in der mittelständischen Ausbildung". Die Angebote, die mit den Chancen einhergehen, zeichnen sich durch drei Merkmale aus: Qualität, Dichte und Zugänglichkeit, Letzteres sowohl in geografischer als auch in sozialer Hinsicht.

Dritte Schlussfolgerung: Was bringt die Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit sich? Sie ist Garant für die Qualität in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, aber auch für die Perspektiven. Ja, ich behaupte, wenn es die bisher 30 bzw. 40 Jahre Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht gegeben hätte, dann gäbe es auch

die heutige Angebotsfülle und die damit einhergehende Chancengerechtigkeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht. Dies alles geschieht zum Wohle der Dienstleistungen, zum Wohle der Gemeinden – um diese nicht unerwähnt zu lassen – und nicht zuletzt zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir sind fest davon überzeugt: Nachdem Belgien seit einigen Tagen über eine vollkommen handlungsfähige föderale Regierung verfügt, wird es in puncto Staatsreform zu den von uns gewünschten weiteren Etappen kommen. Die Qualität, die Dichte und die Zugänglichkeit unserer Dienstleistungen werden dank der neuen Zuständigkeiten nur zunehmen können. Diese neuen Zuständigkeiten werden uns in die Lage versetzen, weitere Verbesserungen herbeizuführen, sei es durch eine administrative Vereinfachung oder durch noch vielseitigere Angebote. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!
(*Applaus bei der SP, der PFF und ProDG*)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Für die ECOLO-Fraktion hat Frau Franzen das Wort.

FRAU FRANZEN (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament! In einer Haushaltsdebatte verhalten sich Mehrheit und Opposition jeweils auf eine erkennbare Art und Weise, was in der Natur der Sache liegt. Es ist nun einmal so, dass die Opposition bewusst auch die Schattenseiten sucht, die ein Haushalt aufweist, und dass sie es als ihre Aufgabe sieht, diese zu verdeutlichen. Dieser Aufgabe sind wir als Oppositionsfraktion auch nachgekommen.

Ich gehe kurz auf einige Aussagen ein, die entweder vergangenen Montag oder Dienstag oder auch heute von den Mitgliedern der Regierung gemacht wurden.

Herr Minister Mollers, ich möchte etwas klarstellen, denn meines Erachtens haben Sie mich falsch verstanden: Wenn ich davon gesprochen habe, im Seniorenbereich Projekte zu initiieren, dann wollte ich damit nicht sagen, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft eigene Projekte realisieren sollte. Auch ich sehe die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht als Träger eines Projekts im Seniorenbereich; das ist nicht ihre Aufgabe. In diesem Punkt bin ich hundertprozentig mit Ihnen einverstanden. Die Deutschsprachige Gemeinschaft kann allerdings wohl Dinge vorantreiben, Partner suchen, Projekte anregen, Know-how zur Verfügung stellen und Initiativen ergreifen. Das wollte ich eigentlich sagen.

Wenn Sie außerdem meinen, meine einzige Kritik wäre die des Mangels an Partizipation gewesen, dann haben Sie mir nicht bis zum Schluss zugehört. Tut mir leid! Vielleicht können Sie das ja noch einmal nachlesen.

HERR MOLLERS, Minister: Ich darf doch auch einmal provozieren!

FRAU FRANZEN (*vom Rednerpult*): Nun gut! Jedenfalls ist mir aufgefallen, dass Sie manche der von mir gestellten Fragen nicht beantwortet haben.

HERR MOLLERS, Minister: Die Redezeit ist ja begrenzt, Frau Franzen, aber in den Ausschusssitzungen können wir noch über vieles miteinander austauschen.

FRAU FRANZEN (*vom Rednerpult*): Wir sind froh, dass das Thema „Barrierefreiheit" nun auch von ProDG aufgegriffen wurde. Ich habe den Eindruck, dass wir bisher damit eher alleine auf weiter Flur standen. … (*Zwischenrufe und Unruhe im Saal*) … Jedenfalls freuen wir uns darauf, dass wir gemeinsame Themen haben, und sind auch gerne bereit, gemeinsam mit Ihnen über deren Umsetzung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft nachzudenken.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass wir die Entstehung des von Frau Weykmans angesprochenen Leitbilds für den Tourismus sehr genau verfolgen und darauf achten werden, ob die Barrierefreiheit dabei tatsächlich berücksichtigt wird. Wenn dem so ist, dann ist das eine gute Sache. Wenn nicht, dann werden wir es natürlich erneut einfordern.

Was Frau Ministerin Weykmans betrifft, wollte ich noch kurz auf das Heidberg-Kloster eingehen. Meines Erachtens ist unsere Überlegung schon fundiert. Dazu möchte ich kurz auf die Geschichte des Heidberg-Klosters zurückkommen: Meines Wissens sind 2002 oder 2003 die ersten Denkmalschutzmaßnahmen für diesen Komplex beschlossen worden. Jedenfalls war es noch zu der Zeit, als ECOLO an der Regierung beteiligt war. Damals ließ die VoG Heidberg Sicherungsarbeiten am Gebäude auszuführen, um es vor dem Verfall zu schützen, und wurde dabei finanziell von der Deutschsprachige Gemeinschaft unterstützt. Die VoG Heidberg hatte ein eigenes Projekt erarbeitet, das die Einrichtung eines Bildungs- und Begegnungszentrums vorsah. Im Jahr 2006 ist das Heidberg-Kloster dann effektiv von der Deutschsprachigen Gemeinschaft übernommen worden und seitdem das hat sich Projekt sehr stark verändert und weiterentwickelt.

Ich habe gar nicht darüber gesprochen, ob die Deutschsprachige Gemeinschaft das Projekt gut vorbereitet oder bezüglich der Inhalte gute Überlegungen angestellt hat, sondern ich habe in Frage gestellt, dass dieses Projekt zu den Prioritäten der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehört. Ich erinnere daran, dass wir bereits im Juni 2010 zum ersten Mal eine Interpellation zum Heidberg-Kloster vorgebracht und sehr kritische Fragen gestellt haben. Was wir heute diesbezüglich vorbringen, ist nichts Neues. Bereits damals haben wir gefragt, wie es mit den Finanzen aussieht, mit wem dieses Projekt erstellt worden ist usw. Erinnern Sie sich?

FRAU WEYKMANS, Ministerin: Ja!

FRAU FRANZEN (*vom Rednerpult*): Ich weiß, dass es nicht einfach ist, von diesen Plänen jetzt abzusehen. Ich sehe aber auch die Situation der Deutschsprachigen Gemeinschaft, und darum fragen wir nach den Prioritäten. Vor zwei Jahren sind an den schon sehr weit fortgeschrittenen Planungen zum neuen Parlamentsgebäude noch wichtige Veränderungen vorgenommen worden, um die Kosten herunterzufahren. So etwas ist also durchaus nicht unmöglich.

FRAU WEYKMANS, Ministerin: Sie müssen wissen, was Sie wollen! Entweder wollen Sie das Projekt abändern und die Kosten herunterfahren oder Sie wollen das Projekt erst gar nicht durchführen.

FRAU FRANZEN (*vom Rednerpult*): Wir finden, dass es nicht Aufgabe der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist, dieses Projekt durchzuführen. Das habe ich am Montag ganz deutlich gesagt.
(*Zwischenrufe*)

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: Das sehen wir anders!

FRAU FRANZEN (*vom Rednerpult*): Das ist mir bewusst, aber ich habe das Recht, einen anderen Standpunkt zu vertreten.

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: Natürlich!

FRAU FRANZEN (*vom Rednerpult*): Ich muss zugeben, dass auch ich die Aussage der VIVANT-Fraktion, dass Schulden machen nichts Schlechtes, sich verschulden jedoch ein Unrecht ist, nicht richtig verstanden habe. Wir haben in unseren Stellungnahmen keine großen Verschuldungssummen genannt, vielmehr haben wir es gewagt, über Prioritäten zu diskutieren und diese in Frage zu stellen. Das muss doch wohl noch erlaubt sein.

… (*Zwischenrufe*) … Die Prioritäten der Regierung in Frage stellen heißt doch nicht, dass eine Oppositionsfraktion damit die Krankenhauspolitik und die Schulbaupolitik in Frage stellt. Herr Ministerpräsident, diese von Ihnen vorgenommene plakative Gegenüberstellung war meines Erachtens Ihrer sonstigen Größe nicht würdig!

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: Das sind aber unsere Prioritäten!

FRAU FRANZEN (*vom Rednerpult*): Ich weiß, dass das Ihre Prioritäten sind, aber es ist das Recht und die Pflicht der Opposition, darüber zu diskutieren. Sie haben jedoch eben reagiert, indem Sie sagten: „Wie kann man über diese Prioritäten reden?"

ECOLO hat in der Debatte deutlich gemacht, dass Verschuldung an sich für eine staatliche Einheit, also auch für die Deutschsprachige Gemeinschaft, ein normaler Prozess ist. ECOLO sagt aber auch, dass diese Verschuldung mit Vernunft und Augenmaß geschehen muss. Übrigens stimmten die Aussagen der drei Oppositionsparteien darin überein, dass diese Verschuldung zum jetzigen Zeitpunkt zu sehr und bis aufs Äußerste ausgereizt wird. Die Regierung hat einen Großteil der Einnahmen schon verplant, bevor sie in der Gemeinschaft ankommen, und genau das führt zu der aktuellen kritischen Situation. Da stimme ich Kollege Arimont zu. Ein relativ geringer Prozentsatz an Mindereinnahmen bringt alles ins Ungleichgewicht und erfordert sofortige Sparmaßnahmen. So ist es übrigens auch schon vor zwei Jahren gewesen. Jetzt sehen wir das Resultat dieses Ausreizens der Grenzen, und darin können wir weder Augenmaß noch Weitblick erkennen. Dennoch bleibt die Regierung bei ihrer gewagten und riskanten Haltung.

Ministerpräsident Lambertz lobte die Regierung und sich selbst, indem er sagte, seit 2004 habe die Deutschsprachige Gemeinschaft keine neuen klassischen Anleihen mehr getätigt.

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: Das kann man doch sagen!

FRAU FRANZEN (*vom Rednerpult*): Das ist richtig! Aber dann muss man auch sagen, dass stattdessen in den letzten Jahren verstärkt auf alternative Finanzierungen zurückgegriffen wurde …

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: Das haben wir ja auch gesagt!

FRAU FRANZEN (*vom Rednerpult*): … die sich genauso belastend auf die Finanzen der Deutschsprachigen Gemeinschaft auswirken.

Ich komme zur Schuldenfreiheit: Die ECOLO-Fraktion hat sich am Montag in ihren Aussagen keineswegs widersprochen. Keiner, auch nicht Ministerpräsident Lambertz, kann den Bedarf der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die nächsten 27 Jahre, also bis 2038, jetzt schon planen und festlegen. Auch hat der Ministerpräsident keine Garantie hinsichtlich der zukünftigen Einnahmen der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Sie haben selbst gesagt, dass es ein neues Finanzierungsgesetz geben wird. Übrigens kennt jeder die Situation unseres Föderalstaates, der doch recht verschuldet ist, und keiner weiß, wer in Belgien für diese Schulden aufkommen wird. Schon heute die Situation im Jahr 2038 kennen zu wollen, ist einfach unrealistisch.

Die Regierung hat angekündigt, dass sie bis 2014 maximal 100 Millionen Euro an neuen Anleihen aufnehmen muss. Mit dem Haushaltsdekret, das heute Abend verabschiedet wird, wird sie jedoch ermächtigt, im kommenden Jahr maximal bis zu 150 Millionen Euro aufzunehmen.

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: Sie wissen schon, weshalb.

FRAU FRANZEN (*vom Rednerpult*): Dass Sie die Möglichkeit haben möchten, die gesamten Anleihen auf einmal aufzunehmen, weil man Ihnen dann gegebenenfalls bessere Konditionen gewährt, können wir noch nachvollziehen. Damit sind wir einverstanden. Womit wir jedoch nicht einverstanden sind, ist, dass das Dekret Sie berechtigt, 50 Millionen Euro mehr aufzunehmen als das, was Sie selbst an Bedarf angekündigt haben. 50 Millionen Euro sind kein Pappenstiel und unser diesbezügliches Einverständnis werden Sie auf jeden Fall nicht erhalten.

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: Das hat mit den Kassenkrediten zu tun!

FRAU FRANZEN (*vom Rednerpult*): Es muss gespart werden! ECOLO hat konkrete Sparvorschläge gemacht. Wir erwarten von der Regierung, dass sie klare Vorschläge ausarbeitet. Nur sie verfügt über die Simulationsinstrumente, die es erlauben, die mittelfristigen Auswirkungen von Sparvorschlägen zu berechnen. Trotz mehrfacher Nachfrage unsererseits und trotz zeitweise halbherziger Versprechungen hat uns die Regierung den Zugang zu diesen Instrumenten bisher nicht gewährt.

Noch ein letzter Punkt: Kollege A. Velz hat ein feuriges Plädoyer für die Kompetenzübertragung der Provinzzuständigkeiten …

HERR A. VELZ (*aus dem Saal*): Und der Mittel!
(*Zwischenrufe*)

FRAU FRANZEN (*vom Rednerpult*): … und der entsprechenden Mittel gehalten! Diese Forderung erheben alle Fraktionen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und insbesondere auch ECOLO. Allerdings wollen wir die Argumentation von Kollege A. Velz nicht eins zu eins übernehmen.

HERR A. VELZ (*aus dem Saal*): Das müssen Sie auch nicht.

FRAU FRANZEN (*vom Rednerpult*): Wir sind für die Abschaffung der Provinzen, weil das Modell der Provinzen veraltet ist. Der belgische Staat hat sich weiterentwickelt und in seinem jetzigen Aufbau ist kein Platz mehr für Provinzen.

HERR A. VELZ (*aus dem Saal*): Das ist richtig!

FRAU FRANZEN (*vom Rednerpult*): Gegebenenfalls muss eine Instanz geschaffen werden, die näher an den Gemeinden ist. Für die Deutschsprachige Gemeinschaft ist ganz klar, dass sie, die ja jetzt schon die Aufsichtskompetenz hat, diese Provinzkompetenzen übernehmen soll. Bis dahin sind wir mit Ihnen einverstanden. Wenn Sie jedoch argumentieren, dass die Steuern der Deutschsprachigen Gemeinschaft nur hier ausgegeben werden dürfen, dann macht das mir Angst.
(*Zwischenrufe*)

HERR PAASCH, Minister: Das hat er nicht gesagt!

FRAU FRANZEN (*vom Rednerpult*): Das hat Herr A. Velz am Montag aber ziemlich deutlich gesagt: „Die Deutschsprachige Gemeinschaft zahlt so viele Steuern an die Provinz, und die kommen ihr selbst nicht zugute!"

HERR A. VELZ (*aus dem Saal*): Sie dürfen meinen Redenbeitrag integral auf unserer Webseite nachlesen. Dort werden Sie Wort für Wort vorfinden, was ich gesagt habe. Das, was Sie soeben behauptet haben, werden Sie dort nicht finden.

FRAU FRANZEN (*vom Rednerpult*): Ich werde es nachlesen, denn ich möchte Ihnen nichts unterstellen. Ich sage Ihnen jedoch, was ich aus dieser Aussage herausgehört habe und was mir Angst gemacht hat.

Diese Argumentation bezüglich der Provinzen ist in den letzten Monaten in Belgien zu oft gebracht worden, und damit hätte sich der Staat fast gegen die Wand gefahren. … (*Applaus bei ECOLO, bei der CSP und VIVANT*) … Müssen wir demnächst …

HERR A. VELZ (*aus dem Saal*): Ich wiederhole, dass ich das nicht gesagt habe. Sie sollten genauer lesen, bevor Sie mir solche Unterstellungen machen!

FRAU FRANZEN (*vom Rednerpult*): Lesen konnte ich es ja noch nicht.

HERR A. VELZ (*aus dem Saal*): Sie sagen, dass Sie die Aussage herausgehört haben. In meiner Zeit als Lehrer ist mir das schon des Öfteren passiert. Schüler hören nicht unbedingt das, was man ihnen sagt.
(*Zwischenruf*: „Wir sind nicht Ihre Schüler!" *und vereinzeltes Gelächter*)

FRAU FRANZEN (*vom Rednerpult*): Herr Velz, ich werde das überprüfen. Für uns ist jedenfalls deutlich, dass wir solche Überlegungen nicht anstellen. Ich nehme nicht zurück, was ich gesagt habe, aber wenn Sie es nicht so gesagt haben, dann werde ich Ihnen die Aussage nicht in die Schuhe schieben. Meine Argumentation bleibt jedoch die gleiche.

So weit meine Replik. … (*Vereinzeltes Gelächter*) … In unseren Redebeiträgen der letzten Tage haben wir es noch nicht explizit gesagt. Aus unseren Aussagen ließ sich jedoch schließen, dass die ECOLO-Fraktion den drei zu verabschiedenden Haushaltsdekretentwürfen nicht zustimmen wird. Wir werden der Haushaltsanpassung für 2011 und dem Haushaltsplan für 2012 nicht zustimmen und uns bei der Abstimmung zur Abrechnung des Haushaltsplans 2010 unserer Stimme enthalten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!
(*Applaus bei ECOLO, der CSP und VIVANT*)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Für die PFF-Fraktion hat Herr Dannemark das Wort.

HERR DANNEMARK (*vom Rednerpult*): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Regierung, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich werde die mir zur Verfügung stehende Redezeit nicht ganz in Anspruch nehmen, denn meines Erachtens hat die PFF-Fraktion sowohl am Montag als auch am Dienstag sehr ausführlich begründet, warum sie diesem Haushalt zustimmen wird.

In meiner Replik werde ich kurz auf einige Aussagen der Regierungsmitglieder eingehen. Die Ministerin und die Minister haben uns während zwei Stunden und 50 Minuten in aller Ausführlichkeit auf all das geantwortet, was am Montag und Dienstag in der Debatte besprochen und gefragt wurde. Das ist auch löblich, … (*Vereinzeltes Gelächter*) … denn wenn hier im Parlament viele Fragen und Anregungen geäußert werden, ist es meines Erachtens sehr wichtig und mehr als folgerichtig, dass die Regierungsmitglieder darauf ausführlich antworten.

Es wurde mehrfach gesagt, dass sich Mehrheit und Opposition entsprechend ihrer jeweiligen Rolle verhalten würden. Das gilt nicht nur im Plenum, sondern das ist generell der Fall. Es ist prophezeit worden, dass die Opposition harsche Kritik an diesem Haushalt üben und die Mehrheit ein Loblied auf ihn singen würde. Von einem Loblied habe ich nichts gehört. Loblieder werden generell in Kirchen gesungen. Meines Erachtens haben wir, die Mitglieder der Mehrheitsfraktionen, sehr sachlich argumentiert, warum wir diesem Haushalt trotz schwieriger Zeiten zustimmen können.

Herr Arimont, werter Kollege und Freund, wir sind uns darüber einig, dass die Zeiten aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht rosig sind. Wenn Sie jedoch im gleichen Atemzug meinen, dass ich konsequenterweise diesem Haushalt gar nicht zustimmen dürfte, dann muss ich Sie leider enttäuschen.

HERR ARIMONT (*aus dem Saal*): Die ganze Krise ist dadurch verschuldet!

HERR DANNEMARK (*vom Rednerpult*): Die Feststellung ist schon richtig, die Krise ist da.

HERR ARIMONT (*aus dem Saal*): Man soll die Krise nicht verschlimmern!

HERR DANNEMARK (*vom Rednerpult*): Ich habe bereits am Montag gesagt, dass ich gespannt bin, ob Sie sich beteiligen werden, wenn es darum geht, den Haushalt zwecks der insbesondere vonseiten der Opposition eingeforderten Einsparungen zu durchforsten.

Zudem wurden erneut die veränderten, neuen Wirtschaftsparameter angesprochen. Bei der Berechnung des Haushalts habe man sie noch nicht berücksichtigt, daher könne man den Haushalt 2012 nicht als seriös betrachten, so die Sprecher der Oppositionsfraktionen. Ich muss in diesem Zusammenhang nochmals darauf hinweisen, dass das föderale Planbüro zum Zeitpunkt der Erstellung des Haushalts von einem Wirtschaftswachstum von 1,6 % ausging; das waren die prognostizierten Parameter. Es wäre weder sinnvoll noch im Interesse der parlamentarischen Demokratie, den Haushalt jetzt schon voreilig anzupassen. Sollte das Wirtschaftswachstum bei der ersten Haushaltsanpassung im Frühjahr 2012 effektiv bei 0,8 % liegen, was geschätzte Mindereinnahmen von 1,1 Millionen Euro zur Folge hätte, sollten wir uns dann die nötige Zeit nehmen und uns eingehend damit beschäftigen, wo eventuelle Einsparungen vorzunehmen wären, damit wir bei dieser Haushaltsabänderung tatsächlich etwas Realistisches vorlegen können. Diesbezüglich bin ich vollends mit der Regierung einverstanden.

Herr Minister Mollers ist sehr ausführlich auf den von allen Fraktionen angesprochenen demografischen Wandel eingegangen, der in der Tat nicht nur in der Deutschsprachigen Gemeinschaft für alle eine große Herausforderung sein wird. In diesem Zusammenhang ist auch nicht zum ersten Mal die Pflegeversicherung thematisiert worden. Herr Minister, Ihren Vorschlag, unsere Kollegen aus Flandern zu kontaktieren, um mit ihnen über die dort bereits 2001 eingeführte Pflegeversicherung Bilanz zu ziehen, halte ich für eine sehr löbliche Initiative. … (*Vereinzeltes Gelächter*) … Mit Spannung erwarten wir bereits jetzt die Schlussfolgerungen aus dieser Bilanz, die Sie dem zuständigen Ausschuss sicherlich vorlegen werden.

Zudem haben Sie das Betreute Wohnen angesprochen, das in der Tat in sehr direktem Zusammenhang mit dem demografischen Wandel steht und zu dem im Programmdekretvorschlag eine Änderung bezüglich der häuslichen Hilfe eingeführt wird. Auch das ist meines Erachtens eine sehr lobenswerte Initiative. Mit Sicherheit werden wir in Zukunft aufgrund des demografischen Wandels nicht mehr über ausreichend Pflegekräfte oder Personal für das Betreute Wohnen verfügen. Jedoch sollten die Seniorinnen und Senioren ihren Lebensabend so lange wie möglich in ihrem vertrauten Zuhause verbringen können. Damit dies gelingt, ist es sehr wichtig, dass die unverzichtbaren Dienste der häuslichen Betreuung in Zukunft mehrere Kernbereiche abdecken. Auf diese Weise kann gewährleistet werden, dass nicht mehr mehrere Helfer den alten Menschen aufsuchen, um verschiedene kleine Dienste zu verrichten, sondern dass ein und derselbe Helfer alle Dienste verrichtet.

Die Studie zur Gewaltbereitschaft der Jugendlichen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zu allen damit zusammenhängenden Faktoren ist ebenfalls angesprochen worden. Sehr viele Kolleginnen und Kollegen haben der Vorstellung der sehr interessanten Resultate dieser Studie im Ministerium beigewohnt. Noch interessanter waren die Unterschiede und Entwicklungen, die der in diesem Zusammenhang angestellte Vergleich mit Deutschland zutage gefördert hat. Bereits bei der Vorstellung dieser wichtigen Studie in der gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse II, III und IV habe ich gesagt, dass es jetzt gilt, daraus die Schlussfolgerungen zu ziehen, und dass man in einigen Jahren nochmals eine Studie durchführen muss, um

Erkenntnisse über die Entwicklung gewinnen zu können. Jedenfalls war die KFN-Studie ein erster wichtiger Schritt und ihre Resultate sollten wir äußerst ernst nehmen.

Der Tourismus – Frau Ministerin Weykmans hat es bereits erwähnt – ist ein sehr wichtiger Zuständigkeitsbereich und ein sehr großer Wirtschaftsfaktor. Werter Kollege Servaty, auch die PFF-Fraktion ist sehr froh über die vor zwei Tagen erteilte Genehmigung für den RAVeL-Abschnitt „Küchelscheid bis Bahnhof Sourbrodt" an der deutsch-belgischen Grenze. Diese Genehmigung ist eine wichtige Etappe in dem Gesamtkonzept. Neben unseren tollen Wanderwegen gehört der Ausbau der RAVeL-Strecken zu den touristischen Trümpfen unserer Gemeinschaft. Eines sollte nicht vergessen werden: Jedes touristische Angebot ist auch ein Angebot für unsere eigene Bevölkerung. Das wird in der Bevölkerung manchmal zu Unrecht anders empfunden.

Das waren im Großen und Ganzen die Punkte, die ich in meiner Replik vorbringen wollte. Werter Kollege Arimont, die PFF-Fraktion wird Ihren Wunsch nicht erfüllen, sondern diesem Haushalt ohne Wenn und Aber zustimmen …

HERR ARIMONT (*aus dem Saal*): Ohne Wenn und mit Aber!

HERR DANNEMARK (*vom Rednerpult*): … denn dieser Haushalt enthält sehr viele Initiativen und Projekte. Um die Zukunft braucht es den Bürgerinnen und Bürgern der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht bange zu sein. Vielen Dank!
(*Applaus bei der PFF, der SP und ProDG*)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Für die VIVANT-Fraktion hat Herr Mertes das Wort.

HERR MERTES (*vom Rednerpult*): Herr Präsident, Mitglieder von Regierung und Parlament, werte Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft! Herr Paasch, ich frage mich, warum Sie mich hier am Rednerpult – und das zum wiederholten Male – unvollständig zitieren, meine Aussagen aus dem Zusammenhang reißen und sie somit komplett verdrehen.

HERR PAASCH, Minister: Das stimmt überhaupt nicht!

HERR MERTES (*vom Rednerpult*): Haben Sie das wirklich nötig?

HERR PAASCH, Minister: Das tue ich doch gar nicht!

HERR MERTES (*vom Rednerpult*): Haben Sie keine anderen Argumente?

HERR PAASCH, Minister: Erinnern Sie sich nicht mehr an das, was Sie gesagt haben?

HERR MERTES (*vom Rednerpult*): Hören Sie mir bitte einmal richtig zu, Herr Paasch!

HERR SCHRÖDER, Präsident: Lassen Sie Herrn Mertes bitte ausreden!

HERR MERTES (*vom Rednerpult*): Es wird noch etwas dauern, bis der *Ausführliche Bericht* zu den Haushaltsdebatten vorliegt. Deshalb gebe ich Ihnen meine Rede zum Nachlesen. Lesen Sie bitte alles und prüfen Sie die Zusammenhänge bitte genau. Wir haben es nicht nötig, die Wahrheit zu verdrehen! Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!
(*Applaus bei VIVANT*)

HERR PAASCH, Minister: Dann tragen Sie die Auszüge doch noch einmal vor, damit es jeder mitbekommt. Hier wird auch noch gelogen!

HERR SCHRÖDER, Präsident: Als weiterer Redner für die VIVANT-Fraktion hat Herr Balter das Wort.
(*Unruhe im Saal und vereinzeltes Gelächter)*

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Hier herrscht heute dicke Luft, um nicht zu sagen, keine lobenswerte Stimmung. … (*Zwischenrufe*: „Löblich"!) … Nein, löblich war das heute in der Tat nicht.
(*Vereinzeltes Gelächter*)

Herr Lambertz – oder soll ich besser „der für Finanzen zuständige Minister" sagen? –, ich werde nicht auf Ihre Äußerungen von eben eingehen. Herr Arimont hat bereits klargestellt, was es dazu zu sagen gibt, und Sie müssen mit Ihren Aussagen leben. In diesem Hause habe ich nie irgendjemanden persönlich so angegriffen, wie Sie das heute nicht nur mit mir getan haben.

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: Das tun Sie regelmäßig!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Haushaltsdebatte neigt sich dem Ende zu und nach all den Argumenten, Zahlen und Vergleichen fragen sich die meisten Bürger: Was stimmt? Wer hat recht?

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: Das ist wohl wahr!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Das, was am Montag gesagt wurde, wurde heute teilweise verdreht.

HERR A. VELZ *(aus dem Saal)*: Widerlegt!

HERR ARIMONT (*aus dem Saal*): Verdreht!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Bitte, hören Sie mir doch einmal genau zu!
(*Vereinzeltes Gelächter*)

HERR A. VELZ (*aus dem Saal*): Sie haben eben auch unterbrochen!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Ich möchte den Appell an die Bürger, den ich vor einigen Wochen nach einer anderen Debatte schon einmal an sie gerichtet habe, erneuern: Machen Sie den Faktenscheck!

HERR PAASCH, Minister: Jawohl!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Vergleichen Sie die in den letzten sieben Jahren gemachten Aussagen der VIVANT-Fraktion und die in den letzten 10, 12 Jahren gemachten Aussagen des für Finanzen zuständigen Ministers und setzen Sie sich sachlich mit den Zahlen auseinander!

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: Genau!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Werte Bürgerinnen und Bürger, Sie werden zu interessanten Erkenntnissen kommen.

Heute haben einige Minister etwas gesagt, was nicht ganz redlich war. Ich möchte nicht auf die verschiedenen Bemerkungen eingehen, habe mir jedoch einiges notiert. Sicherlich werde ich anlässlich künftiger Debatten noch die Gelegenheit bekommen, das eine oder andere aufzugreifen.

Zunächst möchte ich den Gesundheitsminister daran erinnern, dass ich in meiner Stellungnahme zum Gesundheits- und Sozialbereich immer betont habe, dass zuerst an die Eigenverantwortung jedes Einzelnen appelliert werden muss. … (*Zwischenruf*) … Jeder ist zuerst für sich selbst verantwortlich, aber die Politik sollte die richtigen Leitlinien vorgeben.

Es ist auch bekannt, dass wir das Spiel, das in diesem Hause gespielt wird, nicht mitmachen. Wir plädieren für eine Veränderung und thematisieren deswegen manchmal Aspekte, die dem einen oder anderen vielleicht etwas utopisch erscheinen. Ein Umdenken in vielen Bereichen ist jedoch unumgänglich, denn die Realität spricht ganz einfach eine andere Sprache. Das wissen Sie genauso gut wie wir und das wissen vor allem die Bürgerinnen und Bürger.

Einige Redner sind beispielsweise auf die Regierungserklärung eingegangen. Übrigens möchte ich dem Premierminister und seiner Mannschaft gratulieren. Ich hoffe, dass sie ihre Arbeit korrekt ausführen werden. Ich habe jedoch den Eindruck, dass die Reformen, die sie durchführen möchten, keine Reformen sind, sondern eher Reförmchen, die nicht bewirken werden, was bewirkt werden müsste.

Im Zusammenhang mit der Regierungserklärung möchte ich ganz kurz ein Beispiel bringen. Im kommenden Jahr sind in Belgien mehr als 40 Milliarden Euro an Staatsanleihen fällig. Am Montag habe ich kurz erklärt, wie das System der Staatsanleihen funktioniert. Wenn diese zu dem derzeit gültigen Zinssatz neu finanziert werden müssen – er ist zwar in den letzten Tagen etwas gesunken, aber wir wissen nicht, wie es im nächsten Jahr aussieht –, dann fehlen dem belgischen Staat nur aufgrund dieser Tatsache 400 Millionen Euro. Das ist doppelt so viel wie der Gesamthaushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Es wird immer betont, was das für eine Arbeit gewesen ist, sich auf föderaler Ebene auf einen Haushalt zu einigen. Man hat es aber nach 530 Tagen nicht geschafft, für 2012 und für 2013 oder 2014 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Man spricht davon, dass vielleicht 2015 ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden kann. Das bedeutet, dass auch in den nächsten Jahren Schulden angehäuft werden. Das ist ganz einfach die Realität und wird auch Folgen für die Deutschsprachige Gemeinschaft haben. Wenn ich dann die schönen Reden hier höre! Was glauben Sie denn, wohin das führt? Glauben Sie denn, die Deutschsprachige Gemeinschaft würde nicht irgendwann ebenfalls an den Kürzungen beteiligt?

Herr Lambertz sprach eben davon, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft in Zukunft möglicherweise über ein eigenes Steueraufkommen verfügen wird. In diesem Zusammenhang möchte ich vor allem die Befürworter einer eigenständigen Region darauf aufmerksam machen, dass wir in einem Grenzgebiet, in dem bereits Tausende von Arbeitnehmern und Angestellten im benachbarten Ausland arbeiten, weil dort andere Steuersätze gelten, tunlichst aufpassen sollten. Wir sollten uns die Frage stellen, wohin diese Entwicklung führen wird. Bekanntlich spricht die Realität eine andere Sprache.

(*Zwischenruf*)

Bereits am Montag habe ich in der Einleitung zu meiner Stellungnahme gesagt, dass ich versuchen würde, einfache Worte zu benutzen, statt Begriffe, die kein Mensch versteht. Was zu den Schulden und zur Verschuldung gesagt wurde, stimmt so nicht, denn wohin hat uns die Verschuldung innerhalb Europas denn geführt? Wovon hat der für Finanzen zuständige Minister eben gesprochen? Wie viele EU-Gipfel hat es zu diesem Thema bereits gegeben? Heute findet schon wieder ein Euro-Krisengipfel statt. Die Menschen können es schon nicht mehr hören. Das System ist ganz einfach aus dem Ruder gelaufen. Deswegen sagt VIVANT als kleinste Oppositionspartei im Parlament, dass wir für eine Veränderung sind. Ob das Ihnen nun gefällt oder nicht.

Herr A. Velz, Sie haben am Montag die Problematik der Provinzen angesprochen. Frau Franzen und Herr Arimont sind eben nochmals darauf eingegangen. Im Grunde genommen haben Sie nicht ganz unrecht. Ich möchte nicht auf Ihren genauen Wortlaut eingehen, sondern Ihnen mit einfachen, saloppen Worten erklären: Wenn in einem föderalen Staat auf der einen Seite Geld hereinkommt, dann kommt dieses Geld in einen großen Topf und wird von da aus auf der anderen Seite wieder verteilt. Sie haben

natürlich recht, wenn Sie sagen, dass die Provinzen abgeschafft werden sollten. Natürlich sind sie ein Unding …

HERR A. VELZ (*aus dem Saal*): Das habe ich nicht gesagt!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): … Ich zitiere Sie ja nicht, das ist meine eigene Aussage. …

HERR A. VELZ (*aus dem Saal*): Sie sollten genau hinhören!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Ich habe meine Position …

HERR A. VELZ (*aus dem Saal*): Sie sollten nicht „heraushören", sondern „hinhören"!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Ich versuche, etwas sinngemäß zu erklären und unsere diesbezügliche Position klarzustellen.

Natürlich sind wir auch der Meinung, dass die Provinzen in Belgien abgeschafft werden sollten, denn sie sind Relikte aus der Vergangenheit. Natürlich sollte das in der Deutschsprachigen Gemeinschaft starten, beispielsweise mit einer provinzfreien Zone. Natürlich ist das mit den Steuergeldern an die Provinzen irgendwie nicht richtig, denn man weiß nicht, was die Provinzen mit diesen Geldern machen. Aber - ich betone dies – wir sollten den Menschen beispielsweise in Brügge und Antwerpen dankbar sein, denn sie zahlen ebenfalls Steuergelder in einen Topf ein, von denen auch wir profitieren. Meines Erachtens wollte uns Frau Franzen das eben zu verstehen geben.

So wie Sie, Herr A. Velz, das am Montag sinngemäß herübergebracht haben, könnte es in den anderen Gemeinschaften und Regionen falsch verstanden werden. Letzten Endes sind wir auf Biegen und Brechen auch auf Steuergelder angewiesen, die anderswo gezahlt werden. … (*Applaus bei der CSP*) … Diese Tatsache ist in diesem Hause oft erwähnt worden. Wir sollten also den anderen Gemeinschaften und Regionen dankbar sein für die von ihnen erwirtschafteten Gelder, die auf Umwegen auch in unsere Gemeinschaft fließen.

Ich bin mit Ihnen einverstanden, nur sollten Sie Ihren Standpunkt bezüglich der Provinzen etwas nuancierter vorbringen. Es sei denn, Sie wollten nicht nuancierter sein.

HERR A. VELZ (*aus dem Saal*): Sie sollten nicht sinngemäß …

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Sie können nachher in Ruhe darauf reagieren.

HERR A. VELZ (*aus dem Saal*): Gut, ich antworte nachher!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Antworten Sie gleich in Ruhe darauf und stellen Sie Ihre Aussagen klar! Meines Erachtens sind wir uns in diesem Punkt alle einig, deshalb sollten wir uns nicht streiten, sondern …

HERR PAASCH, Minister: Tun Sie doch nicht so, als gäbe es keine Einigung!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): … sondern wir sollten …

HERR PAASCH, Minister: Das ist polemisch!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Herr Paasch!

HERR PAASCH, Minister: So ist es aber!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Erstens haben Sie nicht das Wort.

HERR PAASCH, Minister: Das hatten Sie eben auch nicht, als Sie mich unterbrochen haben!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Zweitens habe ich Sie nicht unterbrochen …

HERR PAASCH, Minister: Sie haben mich sehr wohl unterbrochen, Herr Balter! Mehrfach sogar!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): … und ich habe dafür nicht das Mikrofon genommen, so wie Sie es immer tun!

HERR PAASCH, Minister: Was haben Sie nicht genommen?

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Ich habe nicht das Mikrofon genommen. Jetzt nehmen Sie es schon wieder! Wenn Sie etwas zu sagen haben, dann sagen Sie mir das ohne Mikrofon!

HERR PAASCH, Minister: Ich brülle wenigstens nicht dazwischen, wie Sie das tun!

HERR SCHRÖDER, Präsident: Bitte unterbrechen Sie den Redner nicht, Herr Minister Paasch, nicht dass ich Sie noch rügen muss!
(*Vereinzeltes Gelächter*)

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Wir sind uns in diesem Punkt …

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: Das ist schon ein Fall von Großkotzigkeit!

HERR SCHRÖDER, Präsident: Herr Ministerpräsident, jetzt muss ich Sie aber rügen!
(*Unruhe im Saal*)

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Das ist eine Unverschämtheit! Das muss man wirklich einmal sagen. Ich hoffe, die Bürgerinnen und Bürger zu Hause an den Bildschirmen haben gehört, was der Ministerpräsident soeben gesagt hat!

HERR SCHRÖDER, Präsident: Herr Ministerpräsident, ich muss Sie auffordern, das Wort „Großkotzigkeit" nicht mehr zu benutzen.

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Danke, Herr Präsident!

HERR SCHRÖDER, Präsident: Wenn Sie mich auffordern einzuschreiten, dann mache ich das natürlich.

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Ich habe Sie gar nicht dazu aufgefordert. … (*Zwischenrufe und vereinzeltes Gelächter*) … Vorhin ja, das stimmt! … (*Vereinzeltes Gelächter*) … Schön, dass Sie sofort reagiert haben!
(*Zwischenrufe*)

Kommen wir zurück zur Debatte! Besonders aufgefallen ist mir die Haltung der Regierung in Bezug auf die Stellungnahmen der Opposition. Wir hatten den Eindruck, dass die zwei jüngeren, unerfahreneren Minister teilweise in einer absolut unredlichen Art versucht haben, uns, die kleinste Oppositionspartei – nicht nur anzugreifen, sondern quasi fertigzumachen. Das haben wir bereits des Öfteren erlebt, aber wir lassen uns nicht kleinreden. Der ältere Minister hat förmlich versucht, die größte Oppositionspartei beiseitezu-
schieben.
(*Unruhe im Saal*)

Was sollen wir aus einer solchen Strategie folgern oder was für einen Sinn hat sie? Ganz einfach: Man möchte von der Lage ablenken. Meine Damen und Herren, uns allen ist bekannt, dass die Lage nicht nur in Europa oder auf gesamtbelgischer Ebene dramatisch ist, sondern auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, und wir wissen nicht, was in den nächsten Jahren auf uns zukommen wird.

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, morgen wird mich wahrscheinlich meine Oma wieder fragen: „Michael, warum schimpfen die so mit dir?" … (*Allgemeines Gelächter und vereinzelter Applaus*) … „Warum sind die so böse?"
(*Zwischenrufe und Unruhe im Saal*)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Das sagen die Omas und Opas immer!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): … „Wenn man die Nachrichten verfolgt, dann stimmt das doch, was du sagst. Und warum brauchen die so lange, um sich zu rechtfertigen?" Heute war das wieder der Fall. Anderthalb Stunden waren vorgesehen und es sind deren fast drei geworden. Wenn man sich seiner Sache sicher ist, dann kann man das doch auch mit wenigen Worten sagen. Heute hat es die Regierung jedoch nicht geschafft, sich kurzzufassen.

Auf die Frage meiner Oma werde ich antworten: „Tja, Oma, die Wahrheit tut manchmal sehr weh!" Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!
(*Applaus bei VIVANT und bei der CSP*)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Herr Balter, aus Erfahrung weiß ich, dass die Omas und Opas ihre Enkelkinder immer loben.

Für die ProDG-Fraktion hat Herr A. Velz das Wort.

HERR A. VELZ (*vom Rednerpult*): Einleitend möchte ich sagen, dass es wunderbar ist, dass hier so eine schöne, aufgelockerte, lustige Stimmung herrscht. Das freut mich persönlich sehr. Ich werde auch nicht tun, was Herr Balter in seiner Replik getan hat, und zwar werde ich in meiner Replik weder das Wort „löblich" verwenden … (*Zwischenrufe*) … noch werde ich mich direkt an den Premierminister wenden, denn ich vermute einmal, dass er den Offenen Kanal leider nicht empfängt. Ich werde auch nicht mit Herrn Balter schimpfen. Trotzdem muss ich auf die eine oder andere Aussage von ihm eingehen.

Das Haushaltsdefizit und die krisenbedingte Neuverschuldung standen in dieser Woche natürlich im Kreuzfeuer. Ganz klar! Der Haushalt ist defizitär. Das ist eine arithmetische Wahrheit und es besteht kein Grund zum Jubeln.

Herr Arimont, wenn Sie genau zugehört haben, dann haben Sie festgestellt, dass ich am Montag nicht gejubelt und auch kein Loblied gesungen habe. Ich kann mich jedenfalls nicht daran erinnern und leide meines Wissens auch noch nicht an Demenz. In der Tat sollten wir der Versuchung widerstehen, dieses Haushaltsdefizit schönzureden. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht darauf, die Wahrheit zu erfahren, und zwar die ganze Wahrheit. Sie erwarten von uns, dass wir offen und ehrlich mit den Zahlen umgehen.

Ich werde nicht auf die ganze Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingehen: dass wir uns 1999 in einem finanziellen Würgegriff befanden, dass wir zwischen 2004 und 2008 keine Anleihen mehr aufgenommen haben, dass wir nicht nur einen ausgeglichenen Haushalt hatten, sondern sogar bescheidene Reserven haben ansparen können. Letztere sind durch zwei knallharte Weltwirtschafts-, Finanz- und Schuldenkrisen mit Regression und Stagnation innerhalb von nur drei Jahren teilweise hinweggefegt worden. Das ist heute schon oft genug gesagt worden. In der Tat ist es so, dass nicht nur wir, sondern alle Regierungen dieser Welt vor einer riesengroßen finanzpolitischen Herausforderung stehen, der größten seit den 1920er-Jahren.

Zur Haushaltsdebatte selbst möchte ich erwähnen, dass die Mitglieder der Regierung in ihren Antworten gezeigt haben, dass sie zunächst die Fragen, Anregungen und Kritiken aller Fraktionen gründlich zur Kenntnis genommen, ernsthaft geprüft und meines Erachtens auch ausführlich beantwortet haben.

FRAU FRANZEN (*aus dem Saal*): Nein!
(*Vereinzeltes Gelächter und Unruhe im Saal*)

HERR A. VELZ (*vom Rednerpult*): Sie haben für diejenigen, die es nicht gewusst haben oder nicht haben wissen wollen, deutlich gemacht, dass sie trotz schwieriger Umstände an den inhaltlichen Prioritäten des Regierungsabkommens festhalten und nach wie vor gewillt sind, dies bei der ersten Haushaltsanpassung im Frühjahr zu tun. Daher brauche ich in meiner Replik nicht mehr auf die einzelnen Programme, Zuweisungen und Zahlen zurückzukommen. Das ist bereits ausreichend geschehen. Einige Dinge, die mir in der Debatte aufgefallen sind, möchte ich jedoch hervorheben.

Es gibt da einen Widerspruch, der mir im Verhalten der Opposition immer stärker auffällt, bei der einen Fraktion oft zwischen den Zeilen und bisweilen zynisch, bei den anderen oft direkter und effektheischend. Einerseits tut man so, als wäre die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft persönlich verantwortlich für alles, was in Europa und in der Welt schiefläuft …

FRAU FRANZEN (*aus dem Saal*): Das haben wir nicht gesagt!

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Das sagt doch keiner!

HERR A. VELZ (*vom Rednerpult*): … und macht schon im Vorfeld deutlich, dass man sich nicht dazu berufen fühlt, Ideen zu entwickeln, wie und wo man bei der Haushaltsanpassung im Frühjahr den Rotstift sinnvoll und gerecht ansetzen kann. Das erwartet man von der Mehrheit und der Regierung. Im nächsten Atemzug hält man allerdings schon wieder die Hand hin und erwartet von der eben noch laut gescholtenen Regierung ein Allheilmittel gegen jedes Wehwehchen und eine tägliche Rundumversorgung eines jeden einzelnen ostbelgischen Bürgers. Dabei ist der Kreativität beim Herbeireden von Bedürfnissen oder dem Erfinden von zu organisierenden Dienstleistungen oder Pilotprojekten keine Grenze gesetzt.

Die kleinste Fraktion setzt dabei noch einen drauf: Sie redet oberlehrerhaft und herablassend von „der Politik", und zwar immer nur in der dritten Person, so als komme diese Fraktion wie eine Lichtgestalt aus einer besseren Welt, die nichts mit den Niederungen der hiesigen Politik zu tun habe. Sie fühlt sich berufen, der Welt die Wahrheit zu predigen und ist absolut nicht der Meinung, ausgehend von der Wirklichkeit hier und jetzt, selbst handelnd zu einer Verbesserung der Situation beitragen zu müssen.

Was mich jedoch am meisten zu ärgern beginnt, sind diese manchmal direkt, manchmal indirekt vorgetragenen beleidigenden Vorwürfe. Diejenigen, die sich heute beleidigt gefühlt haben, sollten sich vielleicht einmal überlegen, wie oft sie schon beleidigende Vorwürfe geäußert haben. Diese beleidigenden Vorwürfe, die Parlamentarier der Mehrheit seien „Abnicker", „Befehlsempfänger des Ministerpräsidenten" oder der „verlängerte Arm der Regierung" – irgendwo habe ich sogar etwas von „vorauseilendem Gehorsam" gelesen – … (*Vereinzeltes Gelächter*) … sind schlicht unberechtigt und widersprechen übrigens der Realität, die ich tagtäglich in konstruktiven, mitunter auch kontroversen Diskussionen innerhalb der Mehrheit erlebe.

Ich muss zugeben, dass es für eine Opposition nicht leicht ist, einer entschlossenen, handlungsfähigen und handlungsbereiten Regierung und Mehrheit gegenüberzustehen, die weiß, was sie will und wie sie die Ziele erreichen kann, die sie sich zu Beginn der Legislaturperiode gesetzt hat. Erst recht ist es nicht leicht, wenn sich diese Mehrheit nicht

scheut, unabhängig vom öffentlichen Druck – wir haben es in den vorigen Tagen erlebt – auch schwierige und nicht bei allen beliebte Entscheidungen zu treffen, wenn es von der Sache her gerechtfertigt ist, und dies auch nach außen geschlossen zu demonstrieren.

Geschlossenheit ist wichtig. Sie gilt für alle Mehrheiten, erst recht für knappe Mehrheiten wie der unsrigen und besonders in Krisenzeiten. Ich persönlich habe knappe Mehrheiten immer als Glücksfälle für die demokratische Kultur angesehen, denn je knapper die Mehrheit ist, desto ausgefeilter muss die Argumentation und umso stärker muss das Bemühen um die besseren Argumente sein. Je stärker die Überzahl einer Mehrheit ist, desto träger und denkfauler drohen ihre Mitglieder zu werden. Auch das hat es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft schon gegeben.

Alle die soeben angeführten Anschuldigungen und Behauptungen, die seit geraumer Zeit hier und in der Öffentlichkeit bewusst verbreitet werden, können Sie also getrost dahin stecken, wo sie hingehören, nämlich ins Märchenbuch.

Ins Märchenbuch gehört mit Sicherheit auch Folgendes: Es gibt nämlich hier eine Fraktion, die versucht, bei jeder Gelegenheit bei unseren Bürgern das Selbstwertgefühl zu schmälern, ja mehr noch: ein Schuldgefühl zu wecken, indem sie so tut, als würden wir Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft uns vom belgischen Staat aushalten lassen, als würde der belgische Staat uns ständig mehr Geschenke machen, als uns zustehen, als würden wir wie undankbare, verwöhnte Kinder unverschämterweise immer mehr verlangen. Der Sprecher dieser Fraktion vergisst dabei jedoch zu erwähnen, dass die deutschsprachigen Bürger genauso wie alle anderen belgischen Bürger Steuern zahlen, und zwar nach den gleichen Sätzen wie in Brügge und anderswo.

Dass das Steueraufkommen unserer vielen Pendler nicht in den belgischen Büchern auftaucht, daran ist nicht der hiesige Bürger schuld. Das ist eher ein Problem, das auf internationaler Ebene besprochen und geregelt werden müsste. Werte Mitglieder der VIVANT-Fraktion, glauben Sie jedoch nicht, dass ich befürworten würde, dass man Mauern baut, um die Leute zurückzuhalten, was ich Ihnen unterstellen könnte, wenn ich so reagieren würde wie manche hier in diesem Hause, wenn sie etwas „herausgehört" haben.

Vor allem aufgrund der Pendler fällt unser Steueraufkommen auf dem Papier niedriger aus, als es unsere wirkliche Wirtschaftskraft eigentlich hervorbringen müsste. Daraus aber abzuleiten, dass wir nicht das Recht haben, als gleichwertiger vierter Teilstaat im Belgien von morgen unseren abgesicherten Platz zu haben, der unseren Wirklichkeiten und Bedürfnissen entsprechend finanziert werden muss, wie VIVANT schlussfolgert, ist völlig daneben. Das gilt übrigens nicht nur für uns, sondern auch für Brüssel. Das hat am Montag sowohl Kollege Dannemark am Beispiel der Gemeinden Amel und Antwerpen als auch vor einigen Monaten Kollege Cremer in einer Stellungnahme im *Grenz-Echo* unter der Rubrik *Das Wort den Parteien* verdeutlicht.

Im Übrigen wird immer deutlicher, dass der Ausstieg von VIVANT aus dem Allparteienkonsens weniger aus innerer Überzeugung kommt, als vielmehr aus dem ständigen Bestreben, sich aus wahltaktischen Gründen von allen anderen Fraktionen dieses Hauses zu unterscheiden …

HERR BALTER (*aus dem Saal*): So ein Quatsch!

HERR A. VELZ (*vom Rednerpult*): … sich also immer wieder zu allen Themen krampfhaft ein Alleinstellungsmerkmal aufzukleben. Deshalb hat sich übrigens Herr Arimont am Montag an die falsche Adresse gewandt, als er der Mehrheit vorwarf, „politische Egopflege" zu betreiben. Sie hätten es Ihrem Gegenüber dort hinten im Saal sagen müssen. … (*Vereinzeltes Gelächter*) … Dieses Attribut trifft nämlich eher auf die VIVANT-Fraktion zu, deren neueste Masche es ist, sich selbst bei jeder sich bietenden Gelegenheit zum Hüter der Vernunft und zum „Robin Hood des ostbelgischen Steuerzahlers" aufzuspielen.

HERR ARIMONT (*aus dem Saal*): Sollten wir nicht über den Haushalt reden?

HERR A. VELZ (*vom Rednerpult*): Doch! Das tun wir ja auch!
(*Unruhe im Saal*)

HERR ARIMONT (*aus dem Saal*): Ich höre aber etwas anderes!

HERR A. VELZ (*vom Rednerpult*): Es geht um die Steuergelder und die Mindereinnahmen, wozu Sie mir eben noch deutlich beigepflichtet haben, Herr Arimont!

Diese Haltung von VIVANT ist nichts als eine Legende, ein künstlicher Mythos. Hätte die VIVANT-Fraktion nämlich wirklich einen solch großen Respekt vor unseren Steuerzahlern, wie ihr Sprecher hier immer wieder behauptet, dann hätte sie zu dem, was ich am Montag zu den Provinzzuständigkeiten und -mitteln gesagt habe, laut applaudieren müssen.

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Ich habe das doch eben erklärt!

HERR A. VELZ (*vom Rednerpult*): Ich habe auch nicht gesagt, dass ich die Provinzen abschaffen möchte und das werde ich auch nicht sagen. Ich mische mich nicht darin ein, was Wallonien oder Flandern mit ihren Provinzen machen möchten. Das Einzige, was ich sage, ist: Wir nehmen längst die Aufgaben der Provinz wahr und es ist schon seit Langem überfällig, das wir auch die dafür nötigen Mittel direkt erhalten.

Ich möchte noch eine Bemerkung bezüglich der Regionalwährungen machen, die von VIVANT immer als Allheilmittel gelobt werden. Es gibt einige Gründe, die für Regional- oder Komplementärwährungen sprechen, auch wenn beispielsweise der Chiemgauer nur 0,02 % des Bruttoinlandsprodukts des Chiemgaus ausmacht. Es sind moralische Gründe und Gründe, die mit der Schaffung eines Identitätsgefühls zu tun haben, was sehr gut ist. Selbst wenn wir alle hier davon begeistert wären, sollte man trotzdem deutlich sagen, dass es nicht die Aufgabe der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist, eine Komplementärwährung, wie sie in den letzten Tagen des Öfteren vorgeschlagen wurde, zu initiieren. Ich würde der VIVANT-Fraktion einfach raten: Trommeln Sie sich 100 Geschäftsleute der Region zusammen und bringen Sie mit diesen Leuten eine eigene Komplementärwährung auf den Weg. Dafür brauchen Sie weder die Regierung noch das Parlament. Reden Sie nicht nur darüber, sondern handeln Sie! Nichts hindert Sie daran.

Zum Schluss möchte ich auf meine Aussage von Montag zurückkommen: Aufgrund der äußeren Umstände, also der zu erwartenden Mindereinnahmen, liefert dieser Haushalt keinen Grund zum Jubeln. Wir müssen jedoch mit den Füßen auf dem Boden bleiben, Ruhe bewahren, eine strikte Haushaltsdisziplin einhalten und die vorhandenen Mittel unter Berücksichtigung der Mindereinnahmen gezielt und wirksam einsetzen.

Zudem sollten wir nicht vergessen, dass wir uns hier in der Deutschsprachigen Gemeinschaft noch immer auf einem sehr hohen Niveau beklagen. Mit Bedacht sollte es uns gelingen, auch in den kommenden Jahren ein sehr gutes Niveau zu behalten, auch wenn wir uns vielleicht von einigen lieb gewonnenen „Bonbons" der letzten Jahre werden verabschieden müssen. Diesbezüglich befinden wir uns jedoch in guter Gesellschaft, denn das wird alle Belgier und nicht nur uns betreffen.

In der Erkenntnis, dass unsere Regierung mit diesem Haushalt kurz- und langfristig die richtigen Akzente und Schwerpunkte gesetzt hat, und in der Hoffnung, dass es uns in diesem Hause gelingen wird, mit Bedacht und Vernunft den Herausforderungen der nächsten Zeit zu begegnen, wird die ProDG-Fraktion diesem Haushalt zustimmen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!
(*Applaus bei ProDG, der SP und der PFF*)

HERR SCHRÖDER, Präsident: Gibt es noch weitere Wortmeldungen oder interessante Zwischenrufe, die ich tolerieren darf?

HERR BALTER (*aus dem Saal*): Herr Präsident, ich möchte ganz kurz auf das antworten, was Herr A. Velz gesagt hat.

HERR SCHRÖDER, Präsident: Selbstverständlich, Herr Balter! Sie haben das Wort.

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Meine Damen und Herren, es ist doch seltsam, wenn der Fraktionsvorsitzende der zweitgrößten Regierungspartei – einer Partei, die zwei von vier Ministern stellt – in seiner Replik zum Haushalt mehr als 50 % der Zeit, um nicht zu sagen fast Dreiviertel der Zeit über die kleinste Fraktion, die ach so unbedeutende utopische Ideen hat, philosophiert. Das finde ich sehr interessant. Stellen Sie sich einmal vor, Frau Merkel würde im deutschen Bundestag anlässlich einer Haushaltsdebatte während einer halben Stunde über DIE LINKE reden. Das würde sie nie machen. Warum nicht? Überlegen Sie einmal …

HERR PAASCH, Minister: Freuen Sie sich doch darüber!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*):… Herr Paasch, nein! … (*Allgemeines Gelächter*) … Wir sollten jetzt nicht lachen. …

HERR SCHRÖDER, Präsident: Herr Balter, überlassen Sie es bitte dem Präsidenten, einem Redner das Wort zu entziehen!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Entschuldigen Sie bitte! Herr A. Velz, ich habe Sie nicht mit Zwischenrufen am Mikrofon unterbrochen und ich bitte Sie …

HERR SCHRÖDER, Präsident: Herr Balter, ich möchte kurz darauf hinweisen, dass ich Ihnen das Wort erteilt habe, weil Sie eben angegriffen worden sind. Sonst hätte ich Ihnen gar nicht das Wort erteilen dürfen. Also seien Sie froh, dass Sie jetzt noch einmal Stellung nehmen dürfen!

HERR BALTER (*vom Rednerpult*): Über Angriffe sind wir nicht immer erfreut, aber sie verdeutlichen, dass wir mit unserer Kritik nicht ganz unrecht hatten.
(*Applaus bei VIVANT*)

HERR A. VELZ (*aus dem Saal*): Herr Präsident, darf ich darauf denn auch antworten?

HERR SCHRÖDER, Präsident: Ja, wenn Sie sich persönlich angegriffen fühlen. Aber fassen Sie sich bitte kurz.

HERR A. VELZ (*aus dem Saal*): Gilt das nur bei persönlichen Angriffen?

HERR SCHRÖDER, Präsident: Ja, normalerweise schon.

HERR A. VELZ (*aus dem Saal*): Nein, ich fühle mich nicht angegriffen …

HERR SCHRÖDER, Präsident: Ich möchte Herrn Balter zeigen, dass …

HERR A. VELZ (*aus dem Saal*): Ich fühle mich nur bestätigt …

HERR SCHRÖDER, Präsident: … wir ein demokratisches Gremium sind. Wenn ich mich strikt an die Geschäftsordnung gehalten hätte, hätte ich ihm das Wort nicht mehr erteilen dürfen, aber dann wäre das sicherlich als undemokratisch angesehen worden. Ich habe das so interpretiert, dass er persönlich angegriffen worden ist, und das mache ich bei Ihnen jetzt auch.

HERR A. VELZ (*aus dem Saal*): Gut, dann sage ich eben, dass ich mich angegriffen fühle. In Wirklichkeit fühle ich mich jedoch bestätigt in der Annahme, dass Herr Balter das erreicht hat, was ich soeben gesagt habe, und zwar hat er es wieder einmal geschafft, ein Alleinstellungsmerkmal für sich in Anspruch zu nehmen und Aufmerksamkeit zu erregen. Genau das wollte er.

HERR SCHRÖDER, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann kommen wir jetzt zur Diskussion und Abstimmung über die einzelnen Artikel der verschiedenen Dokumente.

Wir beginnen mit der Diskussion und Abstimmung über die einzelnen Artikel des Dokuments 5-HH2010-3. Anpassung (2011-2012) Nr. 2. Die Diskussion und Abstimmung ist eröffnet. Zu den einzelnen Artikeln des Dokuments liegen keine Abänderungsvorschläge vor. Ich schreite zur Abstimmung.

Die Artikel 1 bis 3, die Anhänge I, II.1, II.2 sowie die Anlagen 1 und 2 sind mit 13 Jastimmen gegen 8 Neinstimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Die Diskussion und Abstimmung ist geschlossen.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über die Gesamtheit des Dokuments 5-HH2010-3. Anpassung (2011-2012) Nr. 2.
Es stimmen mit Ja Herr H. KEUL, Frau L. KLINKENBERG, Herr H.-D. LASCHET, Frau N. ROTHEUDT, Herr F. SCHRÖDER, Frau P. SCHMITZ, die Herren C. SERVATY, L. SIQUET, Frau R. STOFFELS, die Herren A. VELZ, J.-L. VELZ, F. CREMER und E. DANNEMARK.
Es stimmen mit Nein die Herren L. FRANK, A. MERTES, P. MEYER, Frau G. THIEMANN, die Herren P. ARIMONT, M. BALTER, R. CHAINEUX und Frau P. CREUTZ.
Es enthalten sich der Stimme Frau F. FRANZEN, Frau R. ARENS und Herr K.-H. BRAUN.

Das Dekret ist mit 13 Jastimmen gegen 8 Neinstimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.
(Vom Plenum verabschiedeter Text: siehe Dokument 5-HH2010-3. Anpassung (2011-2012) Nr. 2)

Wir kommen zur Diskussion und Abstimmung über die einzelnen Artikel des Dokuments 6-HH2010-Endgültige Abrechnung (2011-2012) Nr. 3. Die Diskussion und Abstimmung ist eröffnet. Es liegen keine Abänderungsvorschläge vor. Ich schreite zur Abstimmung.

Die Artikel 1 und 2 sind mit 13 Jastimmen gegen 8 Neinstimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Die Diskussion und Abstimmung ist geschlossen.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über die Gesamtheit des Dokuments 6-HH2010-Endgütlige Abrechnung (2011-2012) Nr. 3.
Es stimmen mit Ja Herr H. KEUL, Frau L. KLINKENBERG, Herr H.-D. LASCHET, Frau N. ROTHEUDT, Herr F. SCHRÖDER, Frau P. SCHMITZ, die Herren C. SERVATY, L. SIQUET, Frau R. STOFFELS, die Herren A. VELZ, J.-L. VELZ, F. CREMER und E. DANNEMARK.
Es stimmen mit Nein die Herren L. FRANK, A. MERTES, P. MEYER, Frau G. THIEMANN, die Herren P. ARIMONT, M. BALTER, R. CHAINEUX und Frau P. CREUTZ.
Es enthalten sich der Stimme Frau F. FRANZEN, Frau R. ARENS und Herr K.-H. BRAUN.

Das Dekret ist mit 13 Jastimmen gegen 8 Neinstimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.
(Vom Plenum verabschiedeter Text: siehe Dokument 6-HH2010-Endgütlige Abrechnung (2011-2012) Nr. 3)

Wir kommen zur Diskussion und Abstimmung über die einzelnen Artikel des Dokuments 5-HH2011-2. Anpassung (2011-2012) Nr. 3. Die Diskussion und Abstimmung ist eröffnet. Es liegen keine Abänderungsvorschläge vor. Ich schreite zur Abstimmung.

Die Artikel 1 bis 7, die Anhänge I, II.1 und II.2 sowie die Anlagen 1 und 2 sind mit 13 Jastimmen gegen 11 Neinstimmen angenommen.

Die Diskussion und Abstimmung ist geschlossen.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über die Gesamtheit des Dokuments 5-HH2011-2. Anpassung (2011-2012) Nr. 3.
Es stimmen mit Ja Herr H. KEUL, Frau L. KLINKENBERG, Herr H.-D. LASCHET, Frau N. ROTHEUDT, Herr F. SCHRÖDER, Frau P. SCHMITZ, die Herren C. SERVATY, L. SIQUET, Frau R. STOFFELS, die Herren A. VELZ, J.-L. VELZ, F. CREMER und E. DANNEMARK.
Es stimmen mit Nein Herr L. FRANK, Frau F. FRANZEN, die Herren A. MERTES, P. MEYER, Frau G. THIEMANN, Frau R. ARENS, die Herren P. ARIMONT, M. BALTER, K.-H. BRAUN, R. CHAINEUX und Frau P. CREUTZ.

Das Dekret ist mit 13 Jastimmen gegen 11 Neinstimmen angenommen.
(Vom Plenum verabschiedeter Text: siehe Dokument 5-HH2011-2. Anpassung (2011-2012) Nr. 3)

Wir kommen zur Diskussion und Abstimmung über die einzelnen Artikel des Dokuments 4-HH2012-Festlegung (2011-2012) Nr. 5. Die Diskussion und Abstimmung ist eröffnet. Es liegen keine Abänderungsvorschläge vor. Ich schreite zur Abstimmung.

Die Artikel 1 und 2 sind mit 13 Jastimmen gegen 11 Neinstimmen angenommen.

Artikel 3 ist mit 16 Jastimmen gegen 8 Neinstimmen angenommen.

Die Artikel 4 und 5 sind mit 13 Jastimmen gegen 11 Neinstimmen angenommen.

Artikel 6 ist mit 16 Jastimmen gegen 8 Neinstimmen angenommen.

Artikel 7 ist mit 16 Jastimmen gegen 8 Neinstimmen angenommen.

Artikel 8 ist mit 16 Jastimmen gegen 8 Neinstimmen angenommen.

Die Artikel 9 bis 12, die Anhänge I, II.1 und II.2 sowie die Anlagen 1 und 2 sind mit 13 Jastimmen gegen 11 Neinstimmen angenommen.

Die Diskussion und Abstimmung ist geschlossen.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über die Gesamtheit des Dokuments 4-HH2012-Festlegung (2011-2012) Nr. 5.
Es stimmen mit Ja Herr H. KEUL, Frau L. KLINKENBERG, Herr H.-D. LASCHET, Frau N. ROTHEUDT, Herr F. SCHRÖDER, Frau P. SCHMITZ, die Herren C. SERVATY, L. SIQUET, Frau R. STOFFELS, die Herren A. VELZ, J.-L. VELZ, F. CREMER und E. DANNEMARK.
Es stimmen mit Nein Herr L. FRANK, Frau F. FRANZEN, die Herren A. MERTES, P. MEYER, Frau G. THIEMANN, Frau R. ARENS, die Herren P. ARIMONT, M. BALTER, K.-H. BRAUN, R. CHAINEUX und Frau P. CREUTZ.

Das Dekret ist mit 13 Jastimmen gegen 11 Neinstimmen angenommen.
(Vom Plenum verabschiedeter Text: siehe Dokument 4-HH2012-Festlegung (2011-2012) Nr. 5)

Ich bitte Sie noch einen Augenblick um Ihre Aufmerksamkeit. Ich möchte nämlich den ehrenamtlichen Mitarbeitern des Offenen Kanals recht herzlich danken, denn sie haben in dieser Woche drei Sitzungen live übertragen, während sie sich zusätzlich noch um das

Kinderkinofest gekümmert haben. Diese ganze Arbeit zeitgleich zu leisten, ist für Ehrenamtliche nicht so evident. Vielen Dank!
(*Allgemeiner Applaus*)

Ich wünsche allen Mitgliedern des Parlaments und der Regierung, den Vertretern der Presse, den Mitarbeitern der Parlamentsverwaltung und des Ministeriums sowie allen Bürgerinnen und Bürgern ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr.

Die nächste Plenarsitzung findet am 16. Januar 2012 statt. Ich schließe die heutige Sitzung und wünsche Ihnen eine gute Heimfahrt.

Der Präsident schließt die Sitzung um 21.23 Uhr.

INHALTSVERZEICHNIS

1. Eröffnung und Anwesenheiten 1

2. Annehmbarkeit von Dekretvorschlägen 1

3. Dekretentwurf zur dritten Anpassung des Dekrets vom 3. Dezember 2009 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2010 – Dokument 5-HH2010-3. Anpassung (2011-2012) Nr. 2

   Dekretentwurf zur endgültigen Abrechnung des Haushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2010 – Dokument 6-HH2010-Endgültige Abrechnung (2011-2012) Nr. 3

   Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 9. Dezember 2010 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2011 – Dokument 5-HH2011-2. Anpassung (2011-2012) Nr. 3

   Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2012 – Dokument 4-HH2012-Festlegung (2011-2012) Nr. 5

   - Diskussion (Fortsetzung) und Abstimmung 2

4. Inhaltsverzeichnis 79